El Salvador: Luftwaffe bombadiert Städte Seite 11

1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 21 vom 23. Mai 1980 14. Jahrgang 1 DM



Entscheidung gegen Olympia — das war das Ergebnis der Tagung des Nationalen Olympischen Komitees am vergangenen Donnerstag. Mit einer Mehrheit von 59 gegen 40 Stimmen entschied sich das NOK für den Boykott der Oylmpischen Sommerspiele in Moskau. Damit hatten sich die Scharfmacher um den Flick-Gesellschafter von Brauchitsch und den DSB-Präsidenten Weyer durchgesetzt. Die Sportler dagegen hatten im Vorfeld der NOK-Sitzung immer wieder durch Aktionen und Resolutionen ihren Willen bekundet, in Moskau an den Start zu gehen. Unser Bild zeigt Boykott-Gegner vor dem Tagungsort des NOKs in Düsseldorf. Siehe auch Kommentar und Artikel auf Seite 9.

Aus Anlaß des CDU-Wahlrummels

15 000 gegen Strauß in Westberlin!

Der Kampf muß fortgeführt werden

WESTBERLIN. — Am Montag, den 19. Mai, wurde die CDU zum Rapport nach Westberlin gerufen. Sie sollte dort das Wahlprogramm von Strauß annehmen. Aber dort waren nicht nur die Jubeldelegierten von Kohl's Hilfstruppen, sondern auch ungefähr 15000 Demonstranten, die sich unter der Losung „Stoppt Strauß" zu einer einheitlichen Aktion zusammengefunden hatten. Einer Aktion, die von fast 40 Organisationen und Gruppen sowie zahlreichen Einzelpersönlichkeiten getragen und unterstützt wurde.

Diese Aktion, die auch von der VOLKSFRONT gegen Reaktion, Faschismus und Krieg unterstützt wurde, die einen großen eigenen Block mobilisierte, war ein gutes Zeichen. Ein Zeichen dafür, daß der Kampf gegen Strauß keinesfalls nachläßt.

Das tut auch not. Denn es ist keinesfalls so, wie es eine zielgerichtete Propaganda darstellen will, daß Strauß nach seinen Wahlniederlagen in Nordrhein-Westfalen und an der Saar sozusagen schon ein geschlagener Mann sei. Die Kanzlerkandidatur von Strauß ist nach wie vor nicht nur eine persönliche Karriereplanung von Strauß und seinen Stoibers, sondern bleibt vor allem ein Programm der reaktionärsten Teile des Finanzkapitals der Rüstungsindustrie.

Gerade das wird durch die Berliner CDU-Versammlung nochmals unterstrichen. Es ist Strauß, es ist die CSU, die den Inhalt des Wahlprogramms diktieren. Die CDU soll Beifall klatschen. So kümmert sich Strauß auch nicht um die Forderungen, eine Wahlkampfmannschaft zu benennen, solange er vielleicht taktische innerparteiliche Rücksichten nehmen müßte. Er will sich seine Truppe selbst reservieren. Und es ist Strauß, der kommandiert. Lautstark verlangt er seit seinen Wahlniederlagen eine schärfere Gangart, will er eine noch rücksichtslosere Hetzpropaganda organisieren.

Bedeutungsvoll an der Westberliner Demonstration ist auch, daß eindeutig auch die Politik, die Strauß den Weg bereitet hat und es weiter tut, an den Pranger gestellt wurde, daß keine SPD-Wahlkampfpropaganda aus der Demonstration gemacht wurde. Die reaktionären Maßnahmen der Regierungen Brandt und Schmidt, die ein Kanzler Strauß nur voll anzuwenden braucht, wurden bereits im Aufruf entlarvt.

EG-Beschlüsse zum Iran-Boykott

Carter konnte sich nicht durchsetzen

Bonn: Beschlüsse unbefriedigend

NEAPEL. — Am Wochenende berieten die Außenminister der EG über die von Carter verlangten Boykott-Maßnahmen gegen den Iran. Das Ergebnis jedoch fiel nicht im Sinne der amerikanischen Forderungen aus.

Es wurde nämlich beschlossen, daß alle Liefer- und Dienstleistungsverträge, die mit dem Iran **nach** dem 4. November 1979 (dem Tag der Botschaftsbesetzung in Teheran) geschlossen wurden, von den jeweiligen Regierungen genehmigt werden müssen. Weiter wurde beschlossen, daß entsprechende Genehmigungen nicht erteilt werden.

Da aber die meisten Verträge mit dem Iran schon zur Zeit des Schah-Regimes geschlossen wurden — also jetzt auch nicht unter die Boykott-Beschlüsse fallen — wird der Handel mit dem Iran kaum berührt. Carter dagegen hatte ausdrücklich ein vollständiges Embargo gegen den Iran verlangt. Wie die bürgerliche Presse berichtet, hat sich vor allem die italienische Regierung für eine „weiche Linie" eingesetzt. Rom hatte auch schon das amerikanische Militärabenteuer im Iran kritisiert. Dem gegenüber machte sich Außenminister Genscher in Neapel für die amerikanischen Forderungen stark. Das Ergebnis der Außenministertagung wurde zu Beginn dieser Woche in Bonn als „unbefriedigend" bezeichnet.

Diese Woche

Gericht sprach vier weiße Mörder frei

Massenkundgebungen in Florida von Nationalgarde überfallen!

Offene Rassendiskriminierung im Süden der USA

MIAMI. — Zehntausende von farbigen Einwohnern der Stadt Miami im US-Bundesstaat Florida demonstrierten am Samstag und Sonntag letzter Woche gegen das rassistische Urteil eines Gerichts im benachbarten Tampa. Nach nur drei Stunden Verhandlung hatte dort eine rein weiße Jury vier weiße Polizisten von der Mordanklage an dem farbigen Versicherungsagenten Mc Duffie freigesprochen.

McDuffie war von den vieren bei einer Verkehrskontrolle mit Knüppeln und Stabtaschenlampen zu Tode geprügelt worden. Der Prozeß war vom Gericht bereits nach Tampa verlegt worden, um Protestdemonstrationen möglichst zu vermeiden — allein, es nutzte nichts. Wenige Minuten nach der Bekanntgabe des Urteils waren die Straßen Miamis bereits voll.

Am Sonntag beschloß der Gouverneur von Florida, Graham, die Nationalgarde einzusetzen. Diese Terrortruppe ist nicht erst seit dem berüchtigten Massaker an Studenten in Kent vor nunmehr zehn Jahren blutig bekanntgeworden, sondern war stets gegen Unruhen der Negerbevölkerung eingesetzt worden.

Nach dem Einsatz der Nationalgarde flackerten Brände auf, wurde geschossen, gab es mindestens ein Dutzend Todesopfer. Unter den nationalen Minderheiten der USA wächst der Widerstand, denn sie müssen erleben, wie der rassistische Kurs durch den Ku Klux Klan, durch Gerichte und durch Carters Sparprogramme wieder verschärft wird. Verschiedene Organisationen der Neger und der Chicanos planen Aktionen. Steht im jahrhundertelangen Kampf der rassistisch Unterdrückten der USA ein neuer „heißer Sommer" bevor?

Massendemonstrationen in allen Großstädten

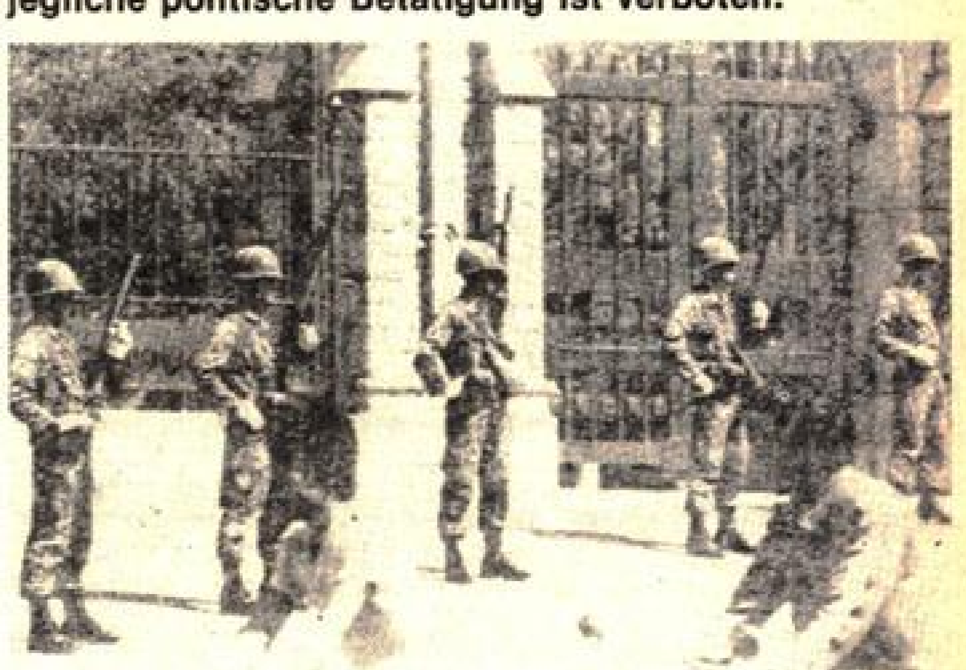
Militärdiktatur in Südkorea

KCIA-Chef faktisch Ministerpräsident

SEOUL. — Am frühen Morgen des 18. Mai hat der südkoreanische Präsident Choi den verschärften militärischen Ausnahmezustand über das ganze Land verhängt. Dadurch liegt die gesamte Justiz und Verwaltung auf allen Ebenen in den Händen der Armee, jegliche politische Betätigung ist verboten.

Die offene Errichtung einer Militärdiktatur ist die Antwort der herrschenden Klasse Südkoreas auf die gewaltig anwachsenden Massendemonstrationen, die seit Beginn des Monats das Land beherrschten. Der neue Aufschwung der demokratischen Oppositionsbewegung hatte auch dieses Mal seinen Ausgang von den Universitäten des Landes genommen, die jetzt alle geschlossen wurden, nachdem die Führer der Studentenorganisationen bereits am Donnerstag verhaftet worden waren. Am Samstag war es zu einer Demonstration von 50 000 Studenten im Universitätsviertel von Seoul gekommen, die sich in Richtung Regierungsviertel in Bewegung setzte. Unterwegs schlossen sich weitere 50 000 Einwohner der Hauptstadt an, um die Forderung nach Abschaffung des bis dahin bestehenden teilweisen Ausnahmezustands zu erheben. Die Polizei reagierte mit Bajonettangriffen.

Der Mann, der als Reaktion auf die Massenproteste die Errichtung einer offenen Militärdiktatur verlangt hatte, war niemand anderes als der berüchtigte General Chun. Er hatte bereits Ende letzten Jahres einen Putsch innerhalb des Generalstabs organisiert, der ihm zu weich war. Damals wurde Chun zum Chef des Korean CIA ernannt, wie Chun selbst, der in West Point ausgebildet wurde, eine US-Schöpfung. Jetzt hat er alle Macht in der Hand.



Truppen besetzten Seoul. Die Armee und der Geheimdienst haben in Südkorea die Macht übernommen. Seit Samstag wurden fast tausend Südkoreaner verhaftet, über zehn sollen getötet worden sein. Im strategischen US-Stützpunkt Südkorea wird keine Demokratie erlaubt.

Kaum waren bei der Tagung des Nationalen Olympischen Komitees die Stimmen ausgezählt, da meldete sich auch schon der Drahtzieher aus dem Weißen Haus zu Wort: Jimmy Carter lobte per Telegramm die „mutige Entscheidung" des NOK.

Der amerikanische Präsident verleiht seine Orden. Wer nur tief genug katzbuckelt, wer nur bereit ist, jedem Wink aus dem Weißen Haus eilfertig zu folgen, wer nicht zögert, die olympische Idee zu verraten und notfalls auch die Interessen seines Volkes zu verkaufen — der kann sichergehen, aus Washington die höchsten Weihen eines Helden der westlichen Welt zu empfangen.

Carters Helden

Und gerade unser Land hat an solchen Helden wahrlich mehr als genug. Anders als etwa in Frankreich oder Britannien haben sich im westdeutschen NOK die Scharfmacher, die Boykott-Hetzer und kalten Krieger durchgesetzt. Und es ist wahrlich kein Zufall, daß an ihrer Spitze ein Mann der Rüstungsindustrie stand — der Flick-Gesellschafter und Strauß-Förderer, Eberhard von Brauchitsch.

Aber das allein erklärt noch nicht alles. Die Carterschen Helden hätten ihren vorläufigen Sieg im Amoklauf gegen die olympische Idee nicht erringen können, hätten sie nicht die massive Unterstützung der Bundesregierung und der Koalitionsparteien gehabt. Auch die Schmidt, Genscher und Brandt haben ihren Anspruch auf eine Auszeichnung durch den Präsidenten der amerikanischen Supermacht.

Wir haben dieses Schauspiel ja jetzt — mit jeweils wechselnden Szenen — schon mehrere Male erlebt. Da kommt der Befehl aus Washington — sei es nun zur NATO-„Nachrüstung" oder zur Erhöhung des Militärhaushalts, zum Olympia- oder zum Iran-Boykott. Das von Strauß vertretene Lager erhebt sofort ein schrilles Geschrei, malt den Untergang der Bundesrepublik in grellen Farben für den Fall aus, daß nicht ein jeder dieser Befehle sofort und uneingeschränkt ausgeführt würde. Dann tritt Schmidt auf — im Rollenfach des besonnenen Staatsmanns. Er zögert, taktiert, spielt auf Zeit, macht hier einen kleinen Einwand, läßt dort eine abschätzige Bemerkung über Carter fallen.

Und das Ergebnis? Die Bundesregierung erfüllt jeden Befehl aus Washington bis aufs letzte i-Tüpfelchen — „zähneknirschend" allerdings, wie dann hinter vorgehaltener Hand geraunt wird. Mit „Zähneknirschen" wurde die Zustimmung für die Stationierung der Mittelstreckenraketen gegeben, mit „Zähneknirschen" wurde der nötige Druck auf die Sportfunktionäre vor der NOK-Tagung organisiert usw. Das Ende der Vorstellung bildet dann jedes Mal ein gewaltiger Szenenapplaus des SPD-Propaganda-Apparats, der sich gar nicht genug daran tun kann, die „Besonnenheit" des Kanzlers zu bejubeln.

Welch eine Schmierenkomödie! Schmidt hat die Olympia-Teilnahme der westdeutschen Sportler verhindert, er hat sich hier als Vollstrecker der amerikanischen Interessen erwiesen; Genscher hat am Wochenende in Neapel gegen die Front der anderen EG-Regierungen versucht, den von Carter gewünschten vollständigen Boykott des Iran durchzudrücken. Wo, bitte, ist denn da die Besonnenheit? Wo ist denn da der Unterschied, ob sich einer mit Hurra! wie Strauß, oder mit „Zähneknirschen" wie Schmidt zum Lakaien des amerikanischen Imperialismus macht?

Nein — diese Regierung ist wahrhaftig keine Alternative zu den an die Macht drängenden Kräften um Strauß. Wer heute vor Carter strammsteht, wenn es „nur" um Olympia- oder Iran-Boykott geht, der wird auch morgen strammstehen, wenn die Herren der Wall Street mehr von ihrem ergebensten Gefolgsmann verlangen: die unmittelbare Beteiligung an den Kriegsabenteuern der amerikanischen Supermacht.

Unser Volk aber braucht keine Helden mit der Ledernacken-Mentalität eines Schmidt oder Strauß. Wir brauchen keine Figuren, die in blinder Vasallentreue zum Kriegstreiber Nummer Eins die Zukunft unseres Landes aufs Spiel setzen. Was wir brauchen — das ist der breite und entschlossene Widerstand gegen eine solche Politik, die mit dem Feuer eines neuen Weltbrands spielt.

ds



Des Mittelstürmers Schußpech

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

NATO-Tagung in Brüssel

Weitere Steigerung der Rüstungsausgaben

BRÜSSEL. — Auf der Tagung der Kriegs- und Außenminister der NATO-Staaten trugen die amerikanischen Vertreter neue massive Rüstungsforderungen an ihre europäischen „Partner" vor. Ohne Einschränkungen wurden diese Forderungen angenommen.

US-Kriegsminister Brown machte deutlich, daß Washington daran denkt, einige bislang für den Einsatz in Europa bestimmte Reserveverbände des amerikanischen Militärs für einen Einsatz im Mittleren Osten bereitzuhalten. Die dadurch entstehenden Lücken sollen durch eine Verstärkung der europäischen NATO-Streitkräfte geschlossen werden.

Darüber hinaus sollen die europäischen Mitgliedsstaaten auch höhere Beiträge für das NATO-Infrastruktur-Programm aufbringen. Dieses Programm, das unter anderem den Bau neuer Militärflughäfen und Depots vorsieht, soll um etwa 50 Prozent aufgestockt werden. Die Bundesrepublik wird sich an den Mehrkosten mit 26,5 Prozent beteiligen — das ist eine runde Milliarde Mark.

Weiter wiederholte Brown die Forderung der amerikanischen Imperialisten nach einer Erhöhung der laufenden Rüstungshaushalte der Mitgliedsländer um real 3 Prozent. All diese Forderungen zielen darauf ab, die Schlagkraft des von Washington kontrollierten Militärblocks weiter zu erhöhen. Sie zeigen darüber hinaus, daß die amerikanische Supermacht bestimmte Umgruppierungen innerhalb des Pakts vornimmt, die einen möglichen militärischen Einsatz im Mittleren Osten erleichtern sollen.

Gegen diese Kriegsvorbereitungen gab es nicht die geringsten Einwände der europäischen „Partner". Sie beugten sich im Gegenteil den amerikanischen Forderungen vollständig. Dabei konnte Bonn sogar noch ein besonderes Lob der amerikanischen Kriegstreiber einstecken: es galt der Bereitschaft, die Türkeihilfe noch weiter aufzustocken. Bislang hat Bonn schon Waffen und andere Militärgüter im Wert von einer Milliarde Mark an das profaschistische Demirel-Regime in der Türkei geliefert.

Aber auch in umgekehrter Richtung gab es Lob: Kriegsminister Apel steckte seinem Amtskollegen Brown am vergangenen Dienstag das Großkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland an. Offenbar als Anerkennung für erfolgreiche Gefährdung des Weltfriedens — denn andere „Verdienste" hat Brown ja wohl nicht aufzuweisen.

Erfolg vor Gericht für Professor Sigrist

MÜNSTER. — Einen großen Erfolg erreichte der Münsteraner Soziologieprofessor Christian Sigrist vor dem Landgericht Münster. Das Gericht beschloß am 19. Mai, daß die Hauptverhandlung vorerst ausgesetzt wird. Gleichzeitig machte das Gericht den Vorschlag, das Verfahren gegen Sigrist einzustellen.

Wie wir im letzten „Roten Morgen" berichteten, war Sigrist in erster Instanz zu einer Geldstrafe von 5 400 Mark verurteilt worden, weil er im Mai 1976 in Stockholm bei einer Podiumsdiskussion kritische Äußerungen über den Staatsapparat der Bundesrepublik gemacht hatte. Unter anderem hatte Sigrist gesagt, der im Juni 1974 verstorbene Duisburger Kommunist Günter Routhier sei durch die Polizei ermordet worden.

Das Gericht vertrat jetzt den Standpunkt, ohne Beweisaufnahme in bezug auf diese Behauptung, also ohne Aufrollen der Todesumstände im Fall Routhier, komme eine Verurteilung von Sigrist nicht in Frage. Da die Sache jedoch bereits sechs Jahre zurückliegt, sei eine Einstellung des Verfahrens sinnvoll.

Der Vorschlag auf Einstellung kann jedoch nur mit Einverständnis sowohl des Staatsanwaltes als auch des Angeklagten realisiert werden.

Über 10 000 auf dem Westberliner Gesundheitstag

Hoffnungsvolle Ansätze zu verzeichnen

WESTBERLIN. — Mit weit über 10 000 Teilnehmern aus dem ganzen Bundesgebiet und Westberlin ging vom 14. bis 18. Mai der „Gesundheitstag Berlin 1980" über die Bühne. Parallel dazu lief der sogenannte „Deutsche Ärztetag" im Internationalen Kongreß-Zentrum (ICC) am Funkturm ab. Die Standesfunktionäre, die auf Einladung des Vorsitzenden der Westberliner Ärztekammer, Prof. Dr. med. Heim (1933 bis 1945 aktives SA-Mitglied), nach Westberlin gekommen waren, forderten im Rahmen des „blauen Papiers", die Werktätigen müßten über die „Selbstbeteiligung" vermehrt zur Kasse gebeten werden.

Der „Gesundheitstag Berlin 1980" war, um mit den Worten der Veranstalter zu sprechen, „ein Dokument einer Tendenz, Seismograph einer Entwicklung im bundesdeutschen und Westberliner Gesundheitswesen". Allerdings läßt sich diese Tendenz beileibe nicht mit einem Wort zusammenfassen. Abgesehen davon, daß man sich gar nicht weitgehend einig war, daß es mit dem Gesundheitswesen so nicht weitergehen kann, wurden extrem verschiedenartige und widersprüchliche Alternativen aufgezeigt.

Da gab es verkrachte Linke, die ihr Heil in gruppendynamisch organisierten Ärztepraxen suchen. Da gab es eine Menge Mediziner, die in einer „naturwissenschaftlich orientierten Medizin" ihren schlimmsten Feind sehen. So machten Vorstellungen die Runde, wenn das Pflegepersonal sich dazu durchringen könnte, den Patienten als ganzen Menschen zu betrachten, könne der Einfluß der profitorientierten Arzneimittelindustrie zurückgedrängt werden. Andere wiederum sehen im Widerspruch zwischen Schulmedizin und Naturheilkunde das Hauptproblem unseres miserablen Gesundheitswesens.

Glücklicherweise beherrschten jedoch solche Strömungen nicht das gesamte Feld. Es gab zahlreiche Veranstaltungen und Diskussionen, die konkrete Perspektiven wiesen.

Da wäre zu nennen der Vortrag von Dr. René Kalisch, Personalrat am Städtischen Krankenhaus Neukölln, über einen Spritzenstreik des Pflegepersonals. Gleichzeitig wurde eine Streikdokumentation der RGO-Zeitung „contra" angeboten.

Hier wäre zu nennen die Veranstaltung von Ingeborg Simon, den Herren Rosenbrock und Greiser über die Rolle der Pharma-Konzerne in der Arzneimittelversorgung, die klar zum Ausdruck brachte, daß der Kampf gegen Hoechst, BASF, Bayer, Schering etc. ein unverzichtbarer Bestandteil des Kampfes zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung der arbeitenden Bevölkerung ist.

Da wäre der Vortrag von Uli Clever (Redaktion „Dr. med. Mabuse", Freiburg) über die Geschichte der ärztlichen Standesorganisationen, der nachwies, daß seit 1900 jegliche Standespolitik völlig bevölkerungsfeindlich war und im Bund mit der äußersten Reaktion stand.

Erwähnung verdient schließlich eine Initiative des niedergelassenen Arztes Dr. Peter Reibisch aus Kiel (Mitglied des zentralen Vorstandes der VOLKSFRONT), der dem Gesundheitstag einen gesundheitspolitischen Programmentwurf zum Aufbau einer „demokratischen Alternative im Gesundheitswesen" vorlegte.

Wie Dr. Reibisch mitteilte, haben sich bereits zahlreiche Interessenten gemeldet, die eine konkrete Zusammenarbeit suchen, die die ewigen, fruchtlosen und unverbindlichen Diskussionen leid sind.

Vor nahezu 250 Zuhörern wurde Dr. Reibisch außerdem mehrfach veranlaßt, Stellung zur Politik der VOLKSFRONT zu nehmen.

Sicherlich hat der „Gesundheitstag Berlin 1980" dazu beigetragen, einiges an der Front des Kampfes zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung in Bewegung zu bringen.

Schon heute ist klar, daß jene Kräfte, die die Misere auf individuelle Weise im Kampf gegen Schulmedizin oder Naturwissenschaft beheben wollen, kläglich in einer Sackgasse enden werden, denn dieser Kampf ist in erster Linie ein politischer Kampf.

Der „Rote Morgen" wird in seinen nächsten Ausgaben auf verschiedene Aspekte dieses Kampfes eingehen.

Postgewerkschaft: Opposition gegen Beiratsbeschluß

LUDWIGSHAFEN. — Einstimmig protestierte die Bundesjugendkonferenz der Postgewerkschaft gegen den Beschluß des Gewerkschaftsrates, DKP-Mitglieder in der Gewerkschaft mit Funktionsverbot zu belegen

Dieser Beschluß, der auf der Linie der gewerkschaftsfeindlichen Hetzkampagne von der angeblichen „kommunistischen Unterwanderung" des DGB liegt, ist im November vergangenen Jahres gefaßt worden. Er stellt einen Angriff gegen die Grundlagen der Einheitsgewerkschaft dar. Ein ähnlicher Beschluß wurde jetzt auch von der Führung der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten gefaßt (siehe auch Seite 4).

Die Delegierten der Postgewerkschaftsjugend waren sich auf ihrer Bundesjugendkonferenz, die am letzten Wochenende in Ludwigshafen stattfand, auch in ihrem Widerstand gegen die Scharfmacher und Kriegstreiber einig. Einstimmig wurden die NATO-Pläne, „moderne atomare Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik zu stationieren", verurteilt. Die Konferenz forderte „alle gewerkschaftlichen Gremien und demokratischen Kräfte auf, sich unmißverständlich und energisch für die Erhaltung des Friedens einzusetzen".

Ein weiterer Antrag der Bundesjugendkonferenz richtet an den im Oktober stattfindenden Gewerkschaftstag die Forderung, „sich für eine Arbeitszeitverkürzung ohne zeitliche Verzögerung bei vollem Lohnausgleich auf 35 Stunden einzusetzen."

Hamburg: Massive Proteste gegen Graue Wölfe

HAMBURG. — Einen Erfolg im Kampf gegen die faschistische Terrororganisation Graue Wölfe erzielten Antifaschisten am vergangenen Wochenende in Hamburg. Durch Besetzung des Gerhart-Hauptmann-Platzes durch 500 bis 600 Personen wurde verhindert, daß die angekündigte Kundgebung der Grauen Wölfe dort stattfinden konnte. Anschließend protestierten rund 1 000 Menschen in einem Demonstrationszug gegen die Umtriebe ausländischer Faschisten.

Nicht verhindern konnten die Antifaschisten allerdings, daß die Grauen Wölfe ihre Kundgebung, die im Zeichen des Kampfes gegen den Kommunismus stand, an einem anderen Ort durchführten.

Die Kundgebung der türkischen Faschisten war von der Polizei und vom Senat genehmigt worden. Nicht genehmigt wurde dagegen die antifaschistische Gegenkundgebung mit der fadenscheinigen Begründung, sie sei zu spät angemeldet worden. Die antifaschistischen Demonstranten besetzten trotzdem den Gerhart-Hauptmann-Platz.

Sie wurden jedoch unverzüglich von einem starken Aufgebot Polizei in voller Straßenkampfmontur eingekreist. Die Polizei riegelte den Platz während mehrerer Stunden hermetisch ab. So nahm die Antifaschisten so faktisch in „Schutzhaft", um so zu gewährleisten, daß die anderweitig stattfindende Graue-Wölfe-Demonstration ungestört ablief.

Abschließendes zu den Gewerkschaftswahlen in der DDR

Zweckoptimismus nach außen — Katzenjammer nach innen

von einem Genossen aus der DDR

Vier Monate lang trompetete es aus der „Tribüne" nur so von „positiver Bilanz" und „Initiativen im Wettbewerb" anläßlich der Gewerkschaftswahlen. Jedoch von den Sorgen der Gewerkschaftsbosse kein Wort — und Sorgen hatten und haben sie.

Nicht so sehr um das Wahlergebnis — der Wahlmodus des FDGB sicherte den hauptamtlichen Leuten in den Vorständen sowieso den „Erfolg". Um so mehr Sorgen jedoch darüber, daß die Wahlatmosphäre in den meisten Betrieben geprägt war von einem tiefen Unmut der Arbeiter gegenüber der Gewerkschaft, daß diese sich Gedanken machten über Zusammenhänge zwischen betrieblichen Problemen und Unzulänglichkeiten mit der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Lage der DDR.

Und diese Gedanken wurden beileibe nicht für sich behalten, sondern oftmals besonders in den Wahlen zu den Gewerkschaftsgruppen, zu den AGL und BGL deutlich ausgesprochen. Unmittelbar bekannt ist, daß im Raum Leipzig und in Schwerin von den Arbeitern gezielte Fragen gestellt wurden zu den wirklichen Ursachen für die derzeitge Lage in der DDR. Und bestimmt nicht nur dort.

Da wurde u.a. Antwort darauf verlangt:

Warum wird über den wissenschaftlich-technischen Fortschritt überall viel geredet, wo doch jeder sieht, daß er nur stagniert, daß Material und Energie vergeudet werden und unkontinuierlich produziert wird.

Woran liegt es denn, daß die Arbeitsproduktivität trotz von Jahr zu Jahr steigender Leistungen der Arbeiter um ca. 17 Prozent unter der in Westdeutschland liegt.

Wie kommt es eigentlich, daß bei Verträgen im RGW die DDR für Rohstoffe und Energieträger immer mehr auf den Tisch legen muß, ohne daß dieser zusätzliche Aufwand über den Exporterlös bei Fertigwaren wieder abgefangen wird — sind RGW-Verträge für die DDR eine ökonomische Einbahnstraße, die nur dem „großen Bruder" nutzt?

Wie ist es mit dem „Leistungsprinzip" zu vereinbaren, daß Schludereien und mangelhafte Arbeit der Leiter keinen Einfluß auf deren Gehälter haben, jedoch die Arbeiter „zur Kasse" gebeten werden?

Kommen die Fragen aus heiterem Himmel?

Keinesfalls! — Zu viel hatte sich angestaut und wurde mit großer Erbitterung im Kollegenkreis angesprochen.

Da waren die drastischen Preiserhöhungen mit späteren verschämten Korrekturen bei manchen Artikeln.

Da waren die ständig steigenden Überstunden und die laufenden Appelle, doch „mehr, besser und effektiver zu arbeiten." Da gab es Forderungen nach gerechterer Entlohnung und viele, viele Kritiken, weil vor allem auf sozialem Gebiet viel versprochen, in der Praxis aber in den meisten Betrieben kaum etwas eingehalten wurde.

Da gab es starken Unwillen darüber, daß die Disziplinierungswelle in Richtung höherer Arbeitsdisziplin sich nur gegen die Arbeiter richtete, die Schlamperei in der Verwaltung aber nicht angetastet wurde, durch die ja meist die Ursachen für Produktionsstockungen und andere Störungen entstanden waren.



Arbeiterinnen in einem DDR-Betrieb

Worüber schweigen die Gewerkschaftsbosse?

Am meisten wurmt es sie, daß ihnen Inhalt und Richtung der Diskussionen der Arbeiter in den betrieblichen Gewerkschaftswahlen davongelaufen sind, ohne daß es verhindert werden konnte. Heiterkeit war noch die höflichste Reaktion der Kollegen auf die „Begründungen" der FDGB-Leute zu den aufgeworfenen Fragen, die die Arbeiter wirklich bewegen. (Preise, Arbeitsbedingungen, Leistungszwang u.ä.)

Verstimmung und ein schlechtes Gewissen der FDGB-Spitze gegenüber dem „großen Bruder SED" gibt es auch darüber, daß die Zahl der Vertrauensleute die SED-Mitglieder sind, nicht im befohlenen Maße erhöht werden konnte. Oft ist von acht Vertrauensleuten einer nur SED-Mitglied.

Eine weitere wesentliche Ursache des Ärgerns und der Besorgnis „da oben" ist, daß die eigentlich für die Gewerkschaftswahlen vorgesehene „Entwicklung der Massenbegeisterung" nicht voll durchsetzbar war. Man versucht das jetzt nach den Gewerkschaftswahlen als „Mittag-Strategie" nachzuholen. (Beratung Günter Mittag mit leitenden Staats-, Wirtschafts- und Gewerkschaftsvertretern in Gera Mitte März.)

Über „Staatsdisziplin" sollen jetzt bis Ende 1980 zwei Tagesproduktionen zusätzlich kommen. Natürlich „mischen" die Gewerkschaftsvorstände da tüchtig mit — ist ja auch aus ihrer Sicht sehr viel geradezu bügeln, denn auch mit den nach den betrieblichen Gewerkschaftswahlen anschließenden Wahlen in den Kreisen und Bezirken, die dann ganz im Sinne der Gewerkschaftsführung abliefen, konnte die eben zu den betrieblichen Wahlen erwartete „Masseninitiative" nicht voll durchgesetzt werden.

Was gilt es zu tun?

Wir sind Realisten und gehen davon aus, daß der deutlich spürbare Unmut der Kollegen zu ihrer Gewerkschaftsführung deren Position als Steigbügelhalter der SED noch nicht erschüttert hat.

Wichtig ist, daß dieser Unmut für die Gewerkschaftsführung in nicht erwarteter Stärke zum Ausdruck kam. Es zeigt sich, daß viele Kollegen nicht weiter bereit sind alles hinzunehmen und beginnen, sich zur Wehr setzen. Jetzt geht es darum, daran anzuknüpfen, diese vielfach spontanen Reaktionen einzelner Kollegen oder auch ganzer Brigaden in organisierte Bahnen zu lenken und dazu alle legalen Möglichkeiten zu nutzen. Auf eines dieser legalen Mittel möchten wir hier hinweisen.

Wenn auch mit dem Begriff „soziale Zusammensetzung" der FDGB-Vorstände und Leitungen Schindluder getrieben wird, müßte der FDGB hinnehmen, daß in jedem Vorstand einige Arbeiterinnen und Arbeiter hineingewählt werden, die mit ihre Arbeitskollegen eine oft ausgeprägte solidarische Bindung haben. Natürlich sollte man von ihnen keine Wunderdinge erwarten. Was aber ganz legal gefordert werden kann, ist daß jedes gewählte Vorstandsmitglied in seinem Arbeitskollektiv darüber berichtet, was im Vorstand beraten und beschlossen wurde und welche Position er dazu bezogen hat.

Damit bietet sich eine gute Möglichkeit, sich innerhalb des engsten Kreises der Arbeitskollegen zu Problemen zu unterhalten, seinen Standpunkt zu sagen in einer Art, wie es nicht im ND oder in der „Tribüne" steht.

Da die Vorstandssitzungen auf der Ebene der Kreise und Bezirke in der Regel alle sechs Wochen stattfinden, bietet sich die Möglichkeit der Beratung im Arbeitskollektiv relativ oft.

Dabei zeigt sich sehr schnell, welches gewählte Vorstandmitglied aus den eigenen Reihen ein echter Vertreter seiner Kollegen ist und bleibt, und auch, wer sich von den Apparatleuten des FDGB einwickeln läßt und damit von den Kollegen isoliert.

Gerade weil jeder FDGB-Vorstand im Wesen statt Arbeiterpolitik die Interessen der SED-Führung vertritt, wird bei so manchem Kollegen auch das bewußte Nachdenken über die mit der Entartung der SED vollzogenen Trennung zwischen den proletarischen Klasseninteressen und denen der FDGB-Führung eingeleitet und gefördert werden. Nur Unzufriedenheit allein hilft noch nicht weiter.

Wer sich gegen den sozialen Abbau zur Wehr setzen will, der muß mit den zur Verfügung stehenden Mitteln Position beziehen — sich ducken hilft keinem.

Zur Erklärung

„Tribüne" — Zeitung des FDGB

FDGB — Freier Deutscher Gewerkschaftsbund, Einheitsgewerkschaft der DDR

AGL — Abteilungsgewerkschaftsleitung

BGL — Betriebsgewerkschaftsleitung

ND — „Neues Deutschland", Zentralorgan der SED

Günter Mittag — Führender Gewerkschaftsfunktionär der DDR, Mitglied des ZK und des Politbüros der SED, im ZK für Gewerkschaftsfragen zuständig. Mitglied des Vorstands des FDGB.

Korrespondenzen aus der DDR

Schnittblumen Mangelware

Seit Anfang des Jahres sind in Berlin bekanntlich Schnittblumen kaum noch zu haben. Die Schilder „Keine Schnittblumen" werden von den Ladentüren gar nicht mehr abgenommen. Man hat die Wahl zwischen Grünpflanzen und Orchideen, preiswert, das Stück ca. 10 Mark mit Vase... Grund: Wegen Energieknappheit wurden Treibhäuser stillgelegt. Die Blumenlieferungen an den Handel wurden dadurch radikal gekürzt. Spezielle Kunden aber, Staatsfunktionäre usw. sind in Listen bei den für die einzelnen Berliner Stadtbezirke verantwortlichen Stellen des Handels festgehalten und erhalten weiterhin, was sie benötigen... Einmal in der Woche hat jeder Berliner Stadtbezirk eine LKW-Ladung Schnittblumen für den Palast der Republik zu stellen. Die Blumen kommen allerdings nicht an die Stellen im Palast, zu denen wir normale Sterbliche Zutritt haben, sondern sind bestimmt für Tagungen, Konferenzen usw. der führenden Herrschaften.

Begeisterung in Brandenburg

Die ganze Republik macht mürrische Gesichter.

Aber Jubel in Brandenburg. Denn Erich kommt.

Am 8. Mai will er eine Stippvisite machen. Schon jetzt rüsten Brandenburgs Bürger zum Empfang. Einer von ihnen, der schon in den Genuß der Vorbereitungen kam: „Wenn das so ist, kann Erich öfter kommen. Von mir aus alle halbe Jahre".

Was macht Erich in Brandenburg so beliebt?

In bestimmten Straßen der Stadt werden eiligst verkommene Fassaden neuverputzt. Die Straßen selbst, seit Jahren stark vernachlässigt, bekommen eine neue Bitumendecke bester Qualität.

Nicht wundern! Dies sind die „Protokollstraßen", denen unser Staatsoberhaupt bei seinem Besuch die Ehre geben wird.

Auch das Warenangebot ist plötzlich stark verbessert. Es gibt sogar einige Kühltruhen. Und alle Tage Fleisch. Was sonst nur in Leipzig zur Messezeit oder in Berlin erhältlich — nun findet man es in Brandenburg.

Und das sorgt natürlich für Stimmung. Wir freuen uns mit.

Und doch soll es in Brandenburg Meckerköppe geben, die fragen:

Und was kommt nach Erich?

Für Arbeiter kein Platz in Moskau

Man sollte erwarten, daß den DDR-Bürgern ausreichend Olympiareisen und Karten für Oylmpiawettkämpfe in Moskau zur Verfügung gestellt werden. Schließlich sind wir ja auf das engste befreundet. Doch ist das nicht so. Ein Arbeiter aus Schwerin fragte in seinem Betrieb nach, ob er nach Moskau fahren könne. Zur Antwort bekam er: „Sie sind ja gut. Wir sind doch hier nicht im Kölner Reisebüro. Sie müssen sich schon mit den Segelausscheidungen in Tallin begnügen."

Einem Leipziger Betrieb mit mehreren tausend Beschäftigten wurden nur drei Plätze für Moskau zur Verfügung gestellt. Keine Einzelfälle. Da die wenigen Plätze für den Betrieb nach bekannter Manier noch unter Leitern und SED-Funktionären verschoben werden, gucken wir wieder mal in die Röhre. Bei Geld hört eben die Freundschaft auf, zumal beim harten.

Ministerratsverordnung: aufmerksam und fürsorglich

Sauer reagierten viele Kollegen, als vor einiger Zeit die neue Ministerratsverordnung bekanntgemacht wurde, wonach zwischen Wochenfeiertagen und Wochenenden liegende Werktage künftig nicht mehr verlagert werden dürfen. Viele Berliner Angestellter: „Die denken wohl, wir machen zuviel Urlaub." Viele hatten das verlängerte Wochenende Anfang Mai bereits eingeplant. Im BKV der Betriebe für '80 war ja die Verlagerung des 2. Mai vereinbart. Wer dennoch die ersten vier Maitage privat nutzen wollte, mußte nun einen Urlaubs- oder Haushaltstag dafür hergeben. Das war natürlich nur wenigen Kollegen möglich.

Der Urlaub ist für Arbeiter und Angestellte immer noch knapp bemessen. Und wie dringend benötigt man mal ein paar zusammenhängende Tage, weil man ja heute oft genug selbst Handwerker spielen muß, wenn man nicht zu den oberen Zehntausend gehört!

Klar waren da die Kollegen verärgert, doch das war vom Ministerrat offenbar eingeplant. Die Stellungnahme des FDGB wurde gar nicht erst eingeholt. Nicht einmal inoffiziell, geschweige denn offiziell. Die FDGB-Spitzen hätten sich dem Ministerrat bestimmt nicht widersetzt. Doch wenn bei einer Entscheidung, die die Interessen der Werktätigen direkt berührt, nicht mal formal die FDGB-Meinung eingeholt wird, wie muß es dann um die immer herausposaunten Rechte des FDGB, die Interessen der Kollegen zu vertreten, bestellt sein?!

Man hielt es nicht einmal für nötig, den Kollegen in der Presse oder über die Leiter offiziell zu erklären, warum diese Maßnahmen ergriffen wurde. In jeder Hinsicht: aufmerksam und fürsorglich. Die Kollegen werden es den Herren Ministern mit verdoppelter Arbeitsfreude lohnen.

Protest gegen Tarifabschluß im Ruhrbergbau

Tagesarbeiter fordern neue Verhandlungen

230 Unterschriften auf Zeche Ewald

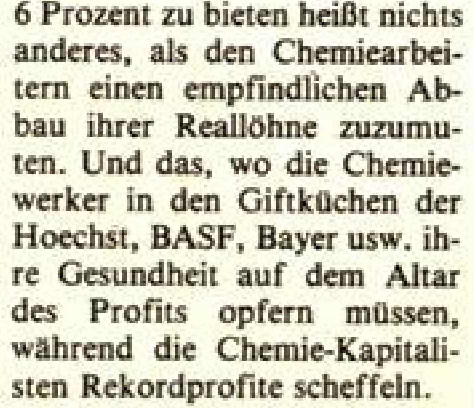
HERTEN.— Auf den Zechen des Ruhrbergbaus regt sich Wochen nach dem Tarifabschluß Widerstand. Die Übertage-Arbeiter, die bei dem Abschluß stark benachteiligt wurden, sind mit Recht unzufrieden. Auf der Schachtanlage Ewald in Herten haben 230 Kumpel ein Protestschreiben an den Hauptvorstand der IG Bergbau und Energie unterzeichnet, in dem umgehend neue Verhandlungen gefordert werden.

Die IG-Bergbau-Bonzen hatten mit der Ruhrkohle AG eine Tariferhöhung von 7,15 Prozent vereinbart. Die Forderung der Gewerkschaft hatte 9,5 Prozent betragen. Dieser Tarifabschluß liegt zwar um einige Zehntelprozent höher, als die Abschlüsse in den meisten anderen Branchen. Gemessen an der berechtigten Forderung der Kumpel, daß sie wegen ihrer besonders schweren Arbeit von den unteren Rängen wieder an die Spitze der Lohnskala gelangen müssen, ist dieser Abschluß jedoch nicht annehmbar. Ganz abgesehen davon liegt auch dieser Abschluß noch erheblich unter der realen Teuerungsrate.

Um die Kumpel zu beschwichtigen, aber auch, um für die schwere Untertagearbeit leichter Nachwuchskräfte werben zu können, hat man den Untertagearbeitern diesmal allerdings einen Sonderbonus zugestanden: Sie erhalten pro Schicht aus Steuergeldern 10 Mark steuerfreie Bergmannsprämie vom Staat und zusätzlich eine tarifliche zu versteuernde Sonderzulage in Höhe von 5,—DM pro Schicht. Diese Vergünstigungen werden jedoch den Tagesarbeiter vorenthalten.

Auf der Schachtanlage Ewald haben sich Tagesarbeiter entschlossen, gegen ihr schlechtes Abschneiden anzukämpfen. Eine Unterschriftenliste wurde angefertigt, die folgenden Text hat:

„Die Tagesarbeiter unserer Schachtanlage sind mit der Lohnerhöhung nicht einverstanden. Ohne den Kollegen des Untertagesbetriebes diese Zulage von 5,—DM und die teilweise höhere Einstufung zu mißgönnen, müssen wir feststellen, daß wir diesmal zu kurz gekommen sind. Immer größer wird der Abstand zwischen den unteren und höheren Lohngruppen. Die beschlossene Umgruppierung in anderen Lohngruppen trifft bei uns kaum zu. Auch bekommen die Kollegen von Unternehmerfirmen eine Schmutzzulage im Gegensatz zu uns. Mit dieser Unterschriftenliste wollen wir dem Hauptvorstand der IGBE unsere Mißbilligung darüber zum Ausdruck bringen und verlangen umgehend Verhandlungen an Ort und Stelle über die Beurteilung und Einstufung unserer Arbeitsplätze.“



Die RGO unterstützt die Initiative der Ewald-Kumpel. Dieses Flugblatt wurde in einer Auflage von 8 000 Stück vor den wichtigsten Zechen verteilt.

Die RGO verbreitert die Kampffront

Inzwischen haben bereits viele Kumpel auf Ewald diese Erklärung unterzeichnet. Eine Unterschriftenliste mit 230 Unterschriften wurde bereits am Dienstag letzter Woche an den Hauptvorstand der IGBE geschickt. Das ist eine klare Demonstration dafür, daß die Tagesarbeiter bereit sind, für ihre Forderung zu kämpfen. Das Problem ist allerdings, diese Forderung und die Kampfbereitschaft auch auf die anderen Zechen zu tragen und gleichzeitig die solidarische Unterstützung der Untertagearbeiter zu gewinnen.

In dieser Situation zeigt sich, wie wichtig und notwendig der Aufbau der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO) ist. Noch besteht die RGO im Ruhrbergbau nicht lange, noch ist sie eine kleine Organisation. Aber sofort hat sie die Initiative der Ewald-Kumpel aufgegriffen und unterstützt. Denn die RGO stellt sich nicht nur die Aufgabe, gegen die Handlanger der Unternehmer in den Führungsgremien der Gewerkschaft für eine konsequente Gewerkschaftsarbeit einzutreten. Gleichzeitig unterstützt sie auch selbständige Aktionen an der Basis, den Kampf der Kumpel in Betrieb und Schacht für die Durchsetzung ihrer Forderungen.

So hat die RGO-Ruhrbergbau ein Flugblatt gedruckt, das in einer Auflage von 8 000 Stück an den wichtigsten Zechen verteilt wird. In dem Flugblatt heißt es unter anderem:

„Wir fordern die Untertage-Kumpel auf, sich mit den Forderungen der Tagesarbeiter solidarisch zu erklären, denn nur gemeinsam können wir das Ziel erreichen. Außerdem ist es notwendig, daß auch auf den anderen Schachtanlagen Unterschriften für diese Forderungen gesammelt werden, denn nur ein breiter Protest zwingt den Hauptvorstand zu neuen Zusatzverhandlungen.“

IG Druck in Hessen

7,5 Prozent Nachschlag gefordert

FRANKFURT.— Der Landesverband Hessen der IG Druck und Papier fordert wegen der anhaltenden Teuerung für den Herbst dieses Jahres einen Nachschlag in Höhe von 7,5 Prozent.

Dieser Beschluß wurde von den Delegierten des 12. ordentlichen Bezirkstages der IG Druck und Papier am vorletzten Wochenende durch Annahme eines Initiativantrages gefaßt.

Die 113 Delegierten traten mit insgesamt 103 Anträgen noch für eine große Zahl weiterer wichtiger Forderungen ein. Unter anderem verlangen sie eine Politik der Friedenssicherung und die Rücknahme des Brüsseler Raketenbeschlusses der NATO. Eine weitere Erhöhung der Rüstungsausgaben lehnen sie entschieden ab. Des weiteren forderte der Bezirkstag auch die Ausdehnung des in den hessischen Landesverfassung verankerten Aussperrungsverbotes auf die gesamte Bundesrepublik.

Chemie-Konzerne auf Provokationskurs

6 Prozent sind ein Hohn!

Chemie-Kapitalisten kassieren Superprofite

DÜSSELDORF.— 6 Prozent haben die Chemie-Unternehmer bei der zweiten Verhandlungsrunde des Bezirks Nordrhein angeboten. Angesichts der Tatsache, daß die Chemiekonzerne enorme Umsatz- und Profitsteigerungen zu verzeichnen haben, ist das eine Provokation! In den anderen Tarifbezirken wurden die Verhandlungen ergebnislos vertagt.

6 Prozent zu bieten heißt nichts anderes, als den Chemiearbeitern einen empfindlichen Abbau ihrer Reallöhne zuzumuten. Und das, wo die Chemiewerker in den Giftküchen der Hoechst, BASF, Bayer usw. ihre Gesundheit auf dem Altar des Profits opfern müssen, während die Chemie-Kapitalisten Rekordprofite scheffeln.

Die Gewinnsteigerungen, die Hoechst, BASF und Bayer zur Zeit melden, übertreffen alle führenden Rekordmarken in der Chemieindustrie. Im vergangenen Jahr konnte Hoechst seinen Umsatz um 11,9 Prozent steigern. Bayer verzeichnete eine Steigerung um 13,9 Prozent und BASF sogar um 20,5 Prozent! Und das bei gleichzeitiger Reduzierung der Belegschaften durch Rationalisierungsmaßnahmen. Insgesamt wurde die Zahl der Arbeitsplätze in der Chemieindustrie im vergangenen Jahr um 1,2 Prozent heruntergedrückt. Dementsprechend ging die Summe der Löhne und Gehälter gemessen am Umsatz um 2 Prozent zurück.



In den Giftküchen der Chemie-Kapitalisten ruinieren viele Kolle gen ihre Gesundheit. Trotzdem sollen sie sich mit einem Abbau ihrer Reallöhne abfinden. Dagegen muß der Widerstand organisiert werden. Das unverschämte 6-Prozent-Angebot der Kapitalisten hat Empörung in den Belegschaften ausgelöst.

In diesem Jahr haben die Chemiebarone die Ausbeutungsschraube noch mehr angezogen. Die Umsatzsteigerungen haben ein unerhörtes Tempo angenommen. Hoechst und Bayer haben vor kurzem die Ergebnisse des ersten Quartals 1980 bekanntgegeben. Hoechst meldet eine Steigerung um 23,8 und Bayer um 23,4 Prozent.

Aber beim Gewinn sind die Steigerungen, bedingt durch Rationalisierungsmaßnahmen und Lohnabbau, noch horrender: Bayer AG um 34,6 Prozent auf 276 Millionen und Hoechst AG um 62,7 Prozent auf 314 Millionen. Das bedeutet, daß die Chemiekapitalisten absahnen wie nie zuvor. Hunderte von Millionen Mark werden sie in diesem Jahr an zusätzlichen Gewinnen verbuchen können!

In dieser Situation ist es völlig unbegreiflich, daß Hauenschild und Konsorten sich von den Kapitalisten in der Lohnrunde derart hinhalten und mit dem unverschämten 6-Prozent-Angebot auf die Schippe nehmen lassen, ohne auch nur die geringsten Kampfmaßnahmen in die Wege zu leiten. Doch halt! Unbegreiflich ist das gar nicht. Hauenschild hat ja schon öfter zugegeben, daß hohe Profite der Kapitalisten sein Herz höher schlagen lassen. Kommt es vielleicht daher, daß Hauenschild den Beruf verfehlt hat?

Mit solchen Bonzen als Gewerkschaftsführern ist es für die Chemiewerker jedenfalls schwer, den Kapitalisten eine Lohnerhöhung abzuringen. Jetzt ist es für die aktiven Gewerkschafter in IG Chemie an der Zeit, eigene Initiativen zu entwickeln und die Kollegen im Betrieb zu mobilisieren. Sonst wird die diesjährige Lohnrunde zu einer ganz bitteren Pille für die Kollegen.

NGG-Chef Döding greift die Einheitsgewerkschaft an

DKP-Mitglieder in der NGG sollen diskriminiert werden

Mitglieder 2. Klasse in den Gewerkschaften? Niemals!

ESSEN.— Die Führung der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten (NGG) hat jetzt, ähnlich wie vor einiger Zeit die Führung der Postgewerkschaft, einen Beschluß zur Diskriminierung der DKP-Mitglieder innerhalb der NGG gefaßt.

Vor dem Beirat der NGG-Gewerkschaft — dem höchsten Gremium zwischen den Gewerkschaftstagen — verkündete der NGG-Vorsitzende Günter Döding, daß DKP-Mitglieder zwar auch künftig nicht aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden sollen; sie sollen fortan aber nicht mehr in gewerkschaftliche Funktionen gewählt und auch nicht in hauptamtliche Gewerkschaftsämter berufen werden. Vor einigen Monaten hat einen ähnlichen Beschluß auch die Führung der Deutschen Post-Gewerkschaft (DPG) gefaßt.

Döding erklärte zur Begründung dieses Beschlusses, das Programm der DKP stehe nicht in Übereinstimmung mit den Grundpositionen der NGG. Die DKP wolle die bestehende Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik verändern und strebe die Diktatur des Proletariats an.

Sowohl dieser Beschluß der NGG-Führung als auch die von Döding vorgebrachte Begründung stehen in offenem und krassem Gegensatz zum Prinzip der Einheitsgewerkschaft. Und darüber hinaus stehen sie überhaupt im Gegensatz zu grundlegenden Normen der innergewerkschaftlichen Demokratie und zum Prinzip der Solidarität in der Gewerkschaftsbewegung.

Niemals dürfen in einer Gewerkschaft Kollegen wegen ihrer Parteizugehörigkeit oder ihrer Weltanschauung zu Mitgliedern zweiter Klasse gemacht werden! Ein solches Vorgehen führt dazu, daß die reaktionäre Praxis der Gesinnungsschnüffelei und der antikommunistischen Verhetzung systematisch in die Gewerkschaft hineingetragen wird. Wer solche Praktiken und Verhältnisse in die Gewerkschaftsbewegung verpflanzen will, der hat in führenden gewerkschaftlichen Funktionen nichts zu suchen; er taugt eher für eine Tätigkeit beim Verfassungsschutz oder in bestimmten Abteilungen einer kapitalistischen Unternehmensführung.

Wir wollen uns an dieser Stelle nicht über unsere Kritik an der DKP, ihrem Programm und ihrer Politik auslassen. Eins aber sei klargestellt: Viele DKP-Mitglieder sind ganz im Gegensatz zu Figuren wie dem Herrn Döding als Gewerkschafter ehrlich bestrebt, sich für die Interessen der Arbeiterschaft und für die Stärkung der Gewerkschaftsbewegung einzusetzen.

Das Argument, die DKP stehe im Gegensatz zu den Grundpositionen der NGG, weil sie die bestehende Gesellschaftsordnung bekämpfe (ob, und in welchem Sinne dies tatsächlich der Fall ist, sei dahingestellt), schlägt dem Grundgedanken der Einheitsgewerkschaft direkt ins Gesicht.

Waren es nicht während und nach der Nazizeit Gewerkschafter der verschiedenen politischen und weltanschaulichen Richtungen, Kommunisten, Sozialdemokraten und Christen, die sich angesichts der bitteren Niederlage im Kampf gegen den Nazifaschismus, angesichts der verheerenden Folgen, die die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung gehabt hat, geschworen haben: *„Nie wieder sollen unsere Parteizugehörigkeit, unsere unterschiedlichen politischen Vorstellungen, unsere weltanschaulichen Differenzen, uns davon abhalten, gemeinsam in einer Front und in einer Gewerkschaft zu kämpfen“?!*

Solche Herren wie Günter Döding sind ausgemachte Gewerkschaftsfeinde. Ihr Geschäft ist es, Spaltung und Mißtrauen in die Reihen der Gewerkschafter zu tragen. Sie sind faktisch Handlanger jener ultrareaktionären Kräfte um Strauß und Stoiber, die mit der Hetze von der angeblichen „kommunistischen Unterwanderung“ des DGB angetreten sind, den DGB zu spalten mit dem Ziel, zu gegebener Zeit die Gewerkschaften zu zerschlagen.

Kein Fleiß ohne Preis

Döding von Carstens ausgezeichnet

ESSEN.— Am Donnerstag vergangener Woche, einen Tag nachdem er vor dem Beirat der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten die DKP-Mitglieder zu Gewerkschaftsmitgliedern zweiter Klasse gestempelt hat, wurde Günter Döding von Bundespräsident Carstens für seine großen Verdienste ausgezeichnet.

Der NGG-Vorsitzende erhielt das Verdienstkreuz erster Klasse. Döding wurde dieses Blech „für hervorragende Verdienste im arbeits-, sozial- und tarifpolitischen Bereich“ angeheftet. Zur großen Verwunderung der Fachleute war bei der Ordensverleihung von Dödings noch weitaus größeren Verdiensten im Kampf gegen den kommunistischen Unterwanderungsstiefel gar nicht die Rede.

10. Landesdelegiertenkonferenz der Gewerkschaft HBV Berlin

Für die ersatzlose Streichung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse

Westberliner HBV faßt Beschlüsse für einen konsequenten gewerkschaftlichen Kampf

WESTBERLIN. — Der Westberliner Landesbezirk der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) hat eine Reihe von wichtigen Anträgen verabschiedet, die die Interessen der Arbeiter und Angestellten richtig und konsequent zusammenfassen und auf einen konsequenten gewerkschaftlichen Kampf zielen. Der wohl wichtigste Beschluß beinhaltet die Abschaffung der reaktionären Unvereinbarkeitsbeschlüsse.

Die 118 Delegierten waren sich durchaus nicht immer in allen Fragen einig. Es gab harte Diskussionen und knappe Abstimmungsergebnisse. So etwa in der Frage, ob man einen sofortigen Stopp aller Bau- und Bauvorbereitungsarbeiten für Kernkraftwerke sowie für Wiederaufbereitungsanlagen und Kompaktlager für Atommüll fordern soll oder nicht. Mit knapper Mehrheit (54:51) wurde ein Antrag verabschiedet, der diese (unserer Meinung nach berechtigte) Forderung enthält und der konsequenterweise auch die Stillegung aller bereits im Betrieb stehenden Kernkraftwerke verlangt.

Bei anderen wichtigen Fragen dagegen herrschte Einheit unter den Delegierten. So zum Beispiel in bezug auf den Kampf gegen den Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß. Einstimmig wurde ein Antrag verabschiedet, der einen offensiveren Kampf gegen Strauß fordert. Dieser Kampf müsse gemeinsam vom ganzen DGB geführt werden. Es reiche auch nicht aus, sich nur gegen Strauß zu äußern; gleichzeitig müsse die Gewerkschaft auch Veranstaltungen gegen den Gewerkschaftsfeind Nr. 1 unterstützen.

In der Tarifpolitik stellte die Konferenz die Beseitigung von spalterisc!.en und ungerechten Einkommensunterschieden und die Durchsetzung des Prinzips „gleiches Einkommen bei gleicher Tätigkeit" in den Vordergrund. Auch der Schutz vor den Folgen der Rationalisierung und der Kampf gegen die verschärfte Ausbeutung, für Arbeitszeitverkürzung, für das Verbot der Nacht- und Schichtarbeit wurde betont. Die Delegierten verabschiedeten einen Antrag, der die Führungsgremien der HBV auffordert, die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich in Angriff zu nehmen.

Natürlich befaßte sich die Konferenz auch mit der wachsenden Gefahr eines neuen völkermordenden Weltkrieges. Der Antrag, den die Kollegen dazu verabschiedeten, zeugt von der Erkenntnis der dringenden Notwendigkeit, daß der DGB zur starken Stütze des antimilitaristischen Kampfes, zum Eckpfeiler einer breiten Friedensbewegung wird.

Gewerkschaftspolitisch brisant sind nicht nur Anträge wie der Antrag zum Kampf gegen Strauß oder zur Streichung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse. Auch ein Antrag zum 8. März, dem internationalen Frauentag, bedeutet eine indirekte Kampfansage gegen die innergewerkschaftliche Reaktion, insbesondere gegen die Politik des DGB-Bundesvorstands. Denn dieser Antrag ist so abgefaßt, daß er nicht nur das Verbot der Aktionen zum internationalen Frauentag durch den Bundesvorstand faktisch verurteilt. Er ist gleichzeitig eine Kritik an der Verfälschung des Begriffs der Einheitsgewerkschaft durch die Vetter, Weber, Schwab und Konsorten, denn er verteidigt die großen sozialistischen Traditionen der deutschen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung.

Die Westberliner HBV-Kollegen führen einen verantwortungsbewußten und notwendigen Kampf für die Stärkung der Gewerkschaftseinheit, für die Verteidigung und konsequente Verwirklichung unserer Einheitsgewerkschaft. Der Antrag für die Abschaffung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse zeigt, daß sie es damit ernst meinen. Immer mehr oppositionelle Gewerkschafter erkennen jetzt, daß man durch faule Kompromisse und falsches, opportunistisches Taktieren nur den versteckten Spaltern, den innergewerkschaftlichen Feinden der Einheit Vorschub leistet.

Der qualitativ und gewerkschaftspolitisch guten Entwicklung in der Westberliner HBV entspricht auch eine quantitativ sehr erfreuliche Entwicklung: Seit Ende 1975 konnte der Verband seine Mitgliederzahl um mehr als 50 Prozent steigern. Waren es vor fünf Jahren noch 7 500 Kollegen, die die Westberlinger HBV in ihren Reihen zählte, so ist ihre Zahl inzwischen auf knapp 11 000 angewachsen. Ein sehr gutes Ergebnis, wenn man bedenkt, daß die HBV sich nicht nur gegen die Unternehmer, sondern auch gegen den Spalterverband der Deutschen Angestellten Gewerkschaft (DAG) behaupten muß.

Im Wortlaut

Beschlüsse der Berliner Landesdelegiertenkonferenz

Unvereinbarkeitsbeschlüsse

Am 3.10. 1973 wurde der Unvereinbarkeitsbeschluß vom DGB-Bundesausschuß verabschiedet und für alle dem DGB angehörenden Gewerkschaften verbindlich. Die Praxis hat gezeigt, daß dieser Beschluß antidemokratisch und störend für gewerkschaftliche Aktivitäten ist. Wir fordern daher die ersatzlose Streichung des Unvereinbarkeitsbeschlusses.

Kriegshysterie

Der Landesbezirksvorstand Berlin des DGB, der Bundesvorstand und der DGB-Bundeskongreß werden aufgefordert, sich gegen alle psychologischen und praktischen Militarisierungstendenzen, gegen Kriegs- und Rüstungshysterie und gegen das Geschäft mit der Angst zu wenden und alle Aktionen gegen den kalten Krieg und alle Initiativen für den Frieden zu unterstützen, wie sie gegenwärtig von namhaften Wissenschaftlern, Politikern, Schriftstellern usw. initiiert worden sind, weil nur in einem Klima der Entspannung Katastrophen zu vermeiden sind.

Internationaler Frauentag

Der 8. März, der internationale Frauentag, wird zukünftig in die aktuelle Frauenarbeit miteinbezogen, soweit dies von den Kolleginnen als eine sinnvolle Maßnahme angesehen wird, die örtliche Frauenarbeit zu unterstützen.

Begründung:

Anknüpfend an die Traditionen der sozialistischen und sozialdemokratischen Frauen, die vor 70 Jahren diesen Tag als Gedenktag an die Streiks der New Yorker Textilarbeiterinnen im Jahr 1857 (gestreikt wurde für noch heute gültige Forderungen wie: Gleicher Lohn für Mann und Frau; Arbeitszeitverkürzung etc.) ausgerufen hatten, ist dieser Tag wie kein anderer dafür geeignet, in die gewerkschaftliche Frauenarbeit miteinbezogen zu werden.

Mahlein schweigt nicht mehr

Adressat der Kritik sind reaktionäre DGB-Führer

GTB-Vorsitzender fühlt sich getroffen

FRANKFURT.— Der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Druck und Papier, Leonhard Mahlein, handelt nicht mehr nach der Devise „Schweigen ist Gold". Zunehmend übt Mahlein offene Kritik an dem reaktionären Kurs der DGB-Führung und bestimmten Führern der Einzelgewerkschaften.

Wie wir schon in der letzten Ausgabe des „Roten Morgen" berichtet haben, griff Mahlein auf dem 12. ordentlichen Landesbezirkstag seiner Organisation in Frankfurt die Politik der Klassenzusammenarbeit und der Sozialpartnerschaftsillusionen an. Mahlein erklärte, diese Politik sei *„ein wesentliches Hemmnis bei der Kraftentfaltung der Gewerkschaften"*.

Scharfe Kritik übte Mahlein auch an dem Beschluß des DGB-Bundesvorstands, die Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl zurückzuziehen. Wie inzwischen zu erfahren war, bezeichnete der IG-Druck-Vorsitzende den 6. Mai, an dem diese Entscheidung getroffen wurde, als *„schwarzen Dienstag"* in der Nachkriegsgeschichte der deutschen Gewerkschaften (siehe aus nebenstehenden „Gewerkschaftskommentar").

Durch den Verzicht auf die Wahlprüfsteine — so der IG-Druck-Vorsitzende — *„wurde ein erneuter Schritt zur ‚Entpolitisierung' der Gewerkschaften eingeleitet"*. Es sei dahingestellt — sage Mahlein — welche Partei für die Entscheidung des DGB-Bundesvorstands die treibende Kraft gewesen sei, *„aber immerhin bleibt festzuhalten, daß es auch im DGB-Bundesvorstand Kollegen gibt, die dafür die Hand reichen"*.

Mahlein übte noch in weiteren Punkten scharfe Kritik an der Düsseldorfer DGB-Zentrale: *„Daß ausgerechnet in der 1.-Mai-Nummer der ‚Welt der Arbeit' sich sowohl der CSU-Gewerkschaftsspezialist Stoiber als auch der CDU-Generalsekretär Geißler mit spalterischen, für zwei Gewerkschaften des DGB beleidigenden Äußerungen darstellen konnten, ist sicher nicht nur ein unglücklicher Zufall."*

Des weiteren beklagte der Gewerkschaftsführer die Tatsache, daß im Unterschied zum Vorgehen der Unternehmer der DGB keine einheitliche Strategie zu gemeinsamem gewerkschaftsübergreifenden Handeln in gesellschaftspolitischen Fragen besitze. Was die 35-Stunden-Woche betrifft, so werde in dieser Hinsicht eine solidarische Tarifpolitik *„mehr besungen als praktiziert"*.

In Bestätigung des Sprichwortes „Getroffene Hunde bellen" reagierte inzwischen der Vorsitzende der Gewerkschaft Textil-Bekleidung (GTB), Bertholt Keller, auf die völlig berechtigte Kritik von Leonhard Mahlein. Keller machte dem IG-Druck-Vorsitzenden in einem Brief den demagogischen Vorwurf, die IG Druck und Papier wolle ihre Schwächen *„durch unqualifizierte Angriffe auf andere Gewerkschaften verdecken"*.

In bezug auf Mahleins Kritik an der Politik der Sozialpartnerschaftsillusionen und an der Zusammenarbeit mit den Unternehmern richtete Keller an den IG-Druck-Führer provozierend die Frage, ob als die GTB dieses *„gewerkschaftsschädigenden Verhalten"* bezichtigt werde. Keller behauptete ferner, die IG Druck und Papier sei bisher *„jeden Beweis schuldig geblieben"*, daß sie mit ihrer *„offensichtlich als klassenkämpferisch betrachteten"* Gewerkschaftspolitik erfolgreicher sei.



Leonhard Mahlein

Einen „schwarzen Dienstag" in der Nachkriegsgeschichte der deutschen Gewerkschaften nannte der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Druck und Papier, Leonhard Mahlein, den 6. Mai. An diesem Tag nämlich hat der Bundesvorstand des DGB beschlossen, auf die „Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl" zu verzichten.

Es läßt sich vielleicht darüber streiten, ob ein solch schwerwiegendes Wort hier angemessen ist. In der deutschen Nachkriegsgeschichte gab es sicherlich andere verhängnisvolle Entscheidungen und Schritte von DGB-Führern, die ein schlimmerer Verrat an der Gewerkschaftsbewegung waren, als der Beschluß vom 6. Mai 1980. Dennoch! Im Prinzip muß man Mahlein recht geben.

Der schwarze Dienstag des DGB

Wem das, was aktive, kämpferische Gewerkschafter unter Einheitsgewerkschaft verstehen, am Herzen liegt, wer sich der lebenswichtigen Rolle einer starken Gewerkschaftsbewegung für den Kampf gegen Reaktion, Faschismus und Krieg bewußt ist, der muß Alarm schlagen angesichts einer solch untragbaren, in höchstem Maße gewerkschaftsschädigenden Politik, wie sie in dem Beschluß vom 6. Mai zum Ausdruck kommt.

Bei diesem Verzicht auf Wahlprüfsteine handelt es sich keineswegs allein darum, daß in einer vom gewerkschaftlichen Standpunkt untragbaren Weise Rücksicht auf die bürgerlichen Parteien und ihren Wahlkampf genommen wird. Der Beschluß des DGB-Bundesvorstands ist vor allem ein Ergebnis der Kapitulationspolitik der Vetter, Weber, Schwab und Konsorten gegenüber dem Kanzlerkandidaten F.J. Strauß und seiner schwarz-braunen Polit-Mafia.

Die CSU hat den DGB-Führern damit gedroht, falls der DGB seine Wahlprüfsteine nicht zurückziehe, wolle man mit „Gegenwahlprüfsteinen" zurückschlagen, in denen die „Erwartungen der Union an die Einheitsgewerkschaft" formuliert würden.

Jeder ehrliche Gewerkschafter sagt sich aus seinem gesunden Menschenverstand heraus, daß auf derartig unverfrorene Erpressungsversuche nur mit Unbeirrbarkeit reagiert werden kann. Soll die schwarz-braune Meute doch mit ihren „Erwartungen" herauskommen. Man wird ihnen dann schon die passende Antwort geben. Man wird ihnen klarmachen: Was Einheitsgewerkschaft bedeutet, das bestimmen wir Gewerkschafter selbst! Das leitet sich aus den Interessen der im DGB organisierten siebeneinhalb Millionen Mitglieder ab, aus den Interessen der Arbeiterklasse! **Da lassen wir uns doch von geschworenen und fanatischen Gewerkschaftsfeinden, von den Vertretern der großen Profithaie, von den ultrareaktionären Scharfmachern und kalten Kriegern keine Vorschriften machen!**

Die antigewerkschaftlichen Angriffe der Strauß, Stoiber und ihrer Hintermänner werden zu einer wirklich ernsten, ja letztendlich sogar tödlichen Gefahr für die Gewerkschaftsbewegung erst dadurch, daß sie vom DGB und seinen Einzelgewerkschaften nicht offensiv und einheitlich zurückgewiesen werden.

Nur dadurch, daß die Vetter, Weber, Schwab, Kluncker, Hauenschild, und wie sie alle heißen, eine einheitliche und offensive Antwort des DGB auf diese Angriffe verhindern, nur dadurch, daß diese Bonzen eine Taktik des ständigen Kuschens, Zurückweichens, eine Taktik der kampflosen Preisgabe von gewerkschaftlichen Freiheiten und Kampfpositionen verfolgen, ist es überhaupt möglich, daß die größte in der Bundesrepublik existierende Organisation, der gewaltigste demokratische Machtfaktor in diesem Land, der nahezu acht Millionen Mitglieder zählende Deutsche Gewerkschaftsbund in die Defensive gedrängt wird und in der Perspektive sogar in eine bedrohliche Lage geraten kann.

Das Ziel der aggressivsten Teile des Monopolkapitals, die hinter Politikern wie F.J. Strauß stehen, heißt: Vernichtung der Gewerkschaften als unabhängige Organisationen der Lohnabhängigen. Ihre Art von „Krisenbewältigung" verlang ähnlich wie 1933, daß der Arbeiterklasse die eigenen, unabhängigen Organisationen genommen, daß diese zerschlagen werden! Wenn der DGB-Bundesvorstand auf Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl verzichtet, so ist dies ein Schritt zum freiwilligen Verzicht des DGB auf politische Unabhängigkeit und Handlungsfreiheit. Es ist in einer Situation, in der es gilt, sich gegen den Feind zu wappnen, ein Akt der Selbstverstümmelung.

Hf

Konflikt um Wahlprüfsteine

Nein zum Beschluß des DGB-Bundesvorstandes

DÜSSELDORF.— Der Beschluß des DGB-Bundesvorstands auf Verzicht der Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl hat zu einer Konfrontation innerhalb des DGB geführt. Bislang haben sich die IG Druck, die IG Metall, die Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen (HBV) und die IG Chemie gegen den Verzicht gewandt.

Der DGB-Bundesvorstand hatte mehrheitlich beschlossen, auf die Wahlprüfsteine zu verzichten und stattdessen die Parteien am Aktionsprogramm des DGB zu messen. Eine endgültige Entscheidung soll allerdings erst vom DGB-Bundesausschuß gefällt werden. Gegen diesen Beschluß opponierten auf der Sitzung des Bundesvorstandes die IG Metall, die IG Druck sowie die Gewerkschaft HBV.

Inzwischen hat der Vorstand der IG Metall formell den Beschluß gefaßt, an Wahlprüfsteinen festzuhalten. In der Begründung dafür heißt es, Wahlprüfsteine hätten eine andere Funktion als das Aktionsprogramm. Zwischen den Grundsatzabteilungen der IG Metall und des DGB-Vorstands war es zunächst zu einem Streit darüber gekommen, wie die Wahlprüfsteine inhaltlich aussehen sollen. Bisher ist nicht bekanntgeworden, um welche Inhalte es bei dieser Auseinandersetzung gegangen ist.

Auch die IG Chemie hat sich mittlerweile gegen den Verzicht auf Wahlprüfsteine ausgesprochen. Die IG Chemie hat einen Kompromiß vorgeschlagen: Das Aktionsprogramm soll so gestrafft und aufbereitet werden, daß es im Wahlkampf als Wahlprüfsteine anwendbar ist.

Neunkirchen (Saarland)

Drei Tote bei Starfighter-Absturz

Drei junge Frauen im Alter von 22 bis 26 Jahren starben in der vergangenen Woche beim Absturz eines Starfighters vom Typ F-104 der belgischen Luftwaffe. Die Maschine war direkt in das Bürogebäude einer Neunkirchener Maschinenfabrik gestürzt, in dem die Frauen arbeiteten.

Die beiden Piloten hatten sich in letzter Minute mit dem Schleudersitz retten können.



Ein Bild der Verwüstung: Teilansicht der Absturzstelle.

Die Katastrophe von Neunkirchen hat im ganzen Saarland Bestürzung und Proteste ausgelöst. Sogar der Innenminister sah sich genötigt zu erklären, bei dem Absturz könne es sich wohl kaum um einen Zufall handeln. Tatsächlich sind in einem Umkreis von 20 Kilometern von der jetzigen Unglücksstelle allein in den letzten zwei Jahren vier Militärflugzeuge heruntergekommen.

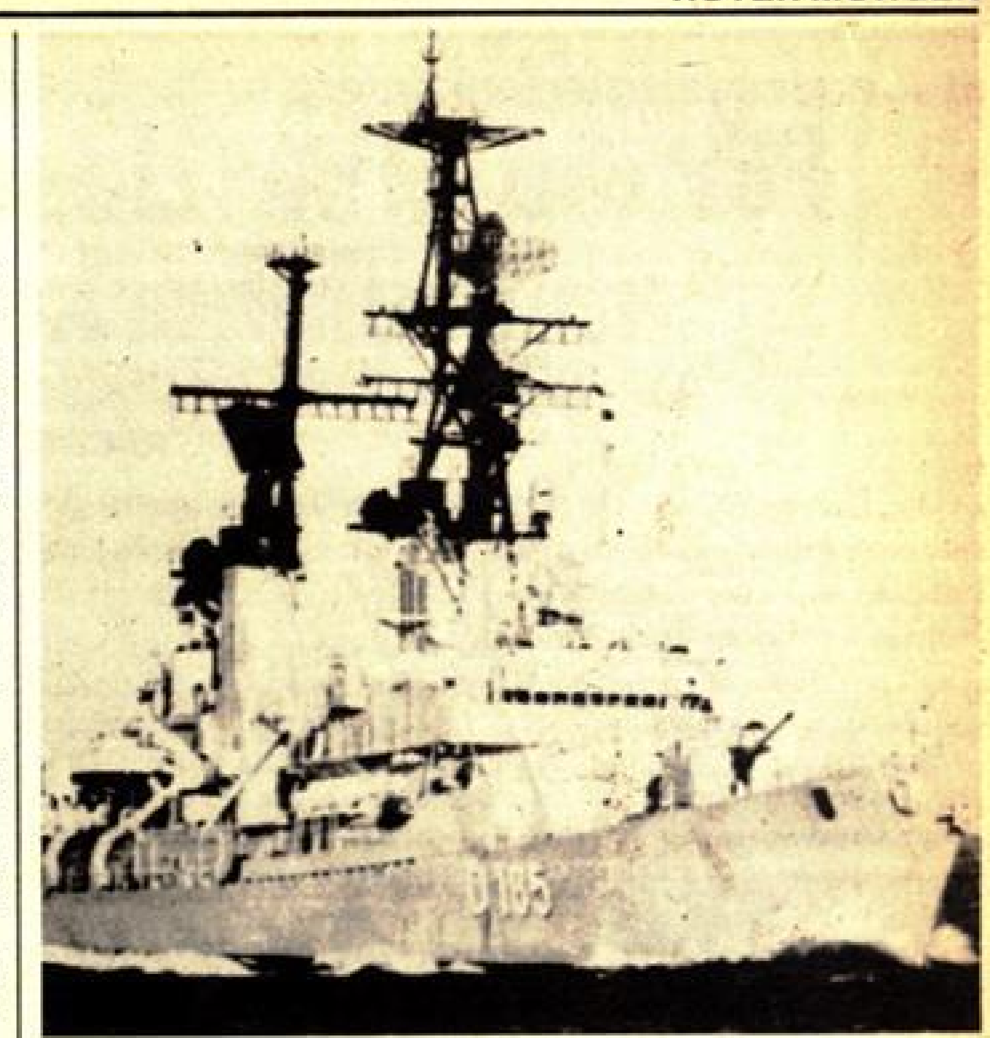
Mehr als 50 Häuser wurden durch die abstürzenden Maschinen zerstört; angesichts dieser Schreckensbilanz grenzt es fast an ein Wunder, daß nicht schon früher Menschenleben zu beklagen waren. Und insofern war auch der jetzige Absturz kein Zufall, der Tod der drei Frauen aus Neunkirchen war in dieser Region, die zu den bevorzugten Übungsgebieten der NATO-Kampfflieger gehört, schon vorprogrammiert.

Aus dem Bonner Kriegsministerium verlautete, Apel persönlich hätte ein vorläufiges Flugverbot für das ganze Saarland angeordnet. Aber schon einen Tag nach dem Absturz des belgischen Starfighters berichteten Anwohner davon, daß erneut Militärmaschinen Tiefflugübungen unternommen hätten. Aber selbst wenn das von Bonn verkündete Verbot tatsächlich durchgesetzt worden wäre, hätte es sich doch nur — wie gesagt — um eine vorläufige Maßnahme gehandelt. An der Sache selbst hätte sich dadurch nichts geändert.

Die Bundesrepublik als Aufmarschgebiet des westlichen Kriegspakts NATO gegen den Osten ist in den letzten Jahren immer mehr zum Manövergelände der NATO-Luftwaffen geworden. Das Bestreben der Militärstrategen ist es dabei, den Luftkrieg so realistisch wie möglich zu üben. Und dazu gehören eben auch riskante Tiefflugmanöver, mit denen die Piloten darauf trainiert werden sollen, im Ernstfall den feindlichen Radar zu unterfliegen.

Und die Zivilbevölkerung ist ein Faktor, bei der Planung und Durchführung solcher Manöver nichts zählt. Sie wird — nicht nur im Saarland — einem unerträglichen Lärmterror durch unmittelbar über dem Boden fliegende Maschinen ausgesetzt. Und sie muß in den Übungsgebieten auch ständig der Gefahr gewärtig sein, durch abstürzende Maschinen erschlagen zu werden. Man muß sich nur einmal vor Augen halten, daß allein die Bundeswehr über 200 Starfighter durch Absturz verloren hat (siehe auch Artikel auf dieser Seite). Ganz zu schweigen von Maschinen anderen Typs und von Flugzeugen der hier stationierten Besatzer.

So sind denn auch die drei Frauen in Neunkirchen letztlich Opfer der aggressiven und menschenfeindlichen NATO-Strategie geworden, einer Strategie, die schon in Friedenszeiten nicht die geringste Rücksicht auf Menschenleben nimmt.



Zerstörer „Lütgens"

Karambolage vor Toulon

Flottenverband setzt Fahrt fort

Ziel ist der Indische Ozean

Trotz massiver Proteste in der Öffentlichkeit ist Ende April ein Flottenverband der Bundeswehr in das gegenwärtige Krisengebiet Nr. 1, den Indischen Ozean, ausgelaufen. Auf dem Programm steht dabei unter anderem ein Besuch im amerikanischen Stützpunkt Diego Garcia.

Im Indischen Ozean haben die beiden Supermächte und andere imperialistische Staaten eine gewaltige Armada von Kriegsschiffen zusammengezogen. Allein Washington hat dort inzwischen 34 schwimmende Festungen auffahren lassen, unter anderem die Flugzeugträger „Constellation" und „Eisenhower" mit insgesamt 150 Kampfflugzeugen an Bord. Von dieser Flotte aus haben die amerikanischen Imperialisten ihre verbrecherische Aggression gegen den Iran gestartet, die dann allerdings in der Wüste schmählich gescheitert ist.

Aber auch dieses Wüstenabenteuer hat die Schmidt und Apel nicht daran gehindert, ihrerseits einen Flottenverband in Richtung auf den Indischen Ozean in Marsch zu setzen. Allerdings hätte dieser Verband beinahe das gleiche Schicksal erlitten wie die amerikanischen Flugzeuge, die sich in der iranischen Wüste selbst zerstört haben. Vor der französischen Hafenstadt Toulon nämlich stießen der Zerstörer „Bayern" und das Versorgungsschiff „Spessart" zusammen. Für die „Bayern" ist damit die Reise beendet. Apel hat jedoch schon für Ersatz gesorgt: Der Zerstörer „Hessen" soll das demolierte Schiff ersetzen.

Die Fahrt des Verbands geht weiter. Der westdeutsche Imperialismus will auch in den Gewässern vor dem Iran militärisch Flagge zeigen und dort demonstrativ die unverbrüchliche Treue zum Kriegstreiber Carter zeigen.

Hintergrund

Franz Josef Strauß und der Starfighter

Im Herbst 1958 traf der ehemalige Bonner Kriegsminister Strauß die Entscheidung, die im Aufbau befindliche Luftwaffe der Bundeswehr mit dem Starfighter des amerikanischen Lockheed-Konzerns auszurüsten; eine Entscheidung, bei der übrigens — wie später der Bundesrechnungshof feststellte — die entscheidenden Gremien des Bundestages getäuscht, um nicht zu sagen belogen wurden.

Was damals schon Militärexperten in aller Welt verblüffte, war die Tatsache, daß Strauß mit seinem Auftrag an Lockheed zwei nicht zusammengehörende Dinge miteinander verknüpfte: zum einen nämlich gab er den Auftrag für die Weiterentwicklung des amerikanischen Schönwetter-Abfangjäger F-104 zu einer Version F-104 G (german = deutsch); zum anderen gab er dem Lockheed-Konzern einen festen Lieferauftrag. Er orderte also ein Flugzeug, eben die F-104 G, das es zu diesem Zeitpunkt noch nicht einmal auf dem Reißbrett gab. Dadurch wurden Lockheed alle normalerweise anfallenden Garantien über Preise, Leistung usw. erlassen. Wie der Konzern diese ihm von Strauß eingeräumte Möglichkeit, im Preis drastisch aufzuschlagen, nutzte, zeigen die folgenden Zahlen: Wurde anfänglich der Preis einer Maschine mit 4,5 Millionen Mark angegeben, so wurde schon 1962 ein realer Bruttopreis von 7,5 Millionen errechnet.

Um aus dem amerikanischen Schönwetter-Jäger die von Strauß gewünschte Version F-104 G zu machen, mußte der Starfighter vollständig umgebaut werden. Eine Unmenge zusätzlicher Aggregate wurde eingebaut, Rumpf und Tragflächen wurden verstärkt usw. Mit voller Bewaffnung war diese Version nun um ein Drittel schwerer als der ursprüngliche Starfighter. Der „Spiegel" schrieb dazu im Januar 1966: „In Wahrheit wurde die US-Version des Starfighters für die Deutschen so grundlegend und vielfältig abgewandelt, als würde man etwa alle Komfort-Knöpfchen und technischen Finessen des Mercedes 600 nachträglich in das 200er Serienmodell einbauen."

In dieser Umrüstung, vor allem in der drastischen Steigerung des Gewichts, sahen denn Fachleute auch einen wesentlichen Grund für die hohe Absturzquote dieses Flugzeugs. Aber warum ließ Strauß den amerikanischen Starfighter in solch gefährlicher und unfallträchtiger Weise umrüsten? Dazu noch einmal der „Spiegel" vom Januar 1966:

„Daß der Wunsch nach atomarer Kampfkraft ein Hauptbeweggrund für die Erweiterung des Starfighter-Programms war, machte eine technische Modifikation deutlich, die Strauß nachträglich an der F-104 G vornehmen ließ: Er ließ den Bombenrechner austauschen.(...) Insgesamt 560 bundesdeutsche Starfighter bekamen ein neues Bombenrechner-Modell den 'Dual-Timer', der für den Abwurf von Atombomben geeignet, für konventionelle Bomben dagegen zu ungenau ist."

Darum also ging es Strauß und seinen imperialistischen Hintermännern: Sie wollten einen Atombomber haben. Sie brauchten Kampfflugzeuge für den Atomkrieg, und zwar so viele wie möglich und so schnell wie möglich. Und in dieser Gier nach Atomwaffen setzten sie sich über alle Bedenken hinsichtlich der Unzuverlässigkeit des Starfighters hinweg. Die Folge war dann unter anderem, daß beinahe 100 Piloten der Bundeswehr in diesem Flugzeug, das bald der „fliegende Sarg" genannt wurde, ihr Leben ließen.

Schon die amerikanische Version des Starfighters wies schwere Mängel auf, Mängel, die natürlich auch Strauß bekannt waren. Die Fachzeitschrift „Flug-Revue" wußte bereits im Dezember 1962 zu berichten: „Noch während die Politiker in Bonn die Argumente der Techniker (gegen den Starfighter, RM) abwehrten, begann in den USA das große Starfighter-Sterben. Nachdem die Starfighter eine erschreckend große Unfallneigung gezeigt hatten, zog die USAF (US-Luftwaffe, RM) alle F-105 A aus dem Dienst — insgesamt vier Squadrons. Im Frühjahr 1960 wurde dieser Typ endgültig gesperrt und zum Verkauf an kleinere Luftwaffen von zweitrangiger Bedeutung freigegeben (die Maschinen wurden Nationalchina und Pakistan überlassen). Diese Meldung wurde in der Bundesrepublik unterdrückt, um Bonn nicht zu verärgern."

Durch den Umbau in die von Strauß gewünschte Atombomberversion erhöhte sich — wie erwähnt — die Anfälligkeit des Starfighters noch. Als äußerst unzuverlässig erwies sich unter anderem auch der Schleudersitz — beim drohenden Absturz die einzige Möglichkeit für die Piloten, ihr Leben zu retten.

Bis heute hat die Bundeswehr nach offiziellen Angaben 209 F-104 G durch Absturz verloren. In dieser Zahl sind all die Maschinen nicht enthalten, die beim Start oder bei der Landung, bei einer Bruchlandung oder bei Karambolagen auf dem Flugfeld zerstört wurden. Insgesamt haben bei den Abstürzen 92 Piloten ihr Leben verloren. Diese Zahlen wären sicher noch viel höher, wenn nicht Straußens Nachfolger im Bonner Kriegsministerium die Flüge erheblich eingeschränkt hätten.

Wenn von der Beschaffung des Starfighters für die Bundeswehr die Rede ist, muß auch noch ein anderer Gesichtspunkt genannt werden. In den Jahren 1975/76 mußten sich die führenden Manager des Lockheed-Konzerns vor einem Untersuchungsausschuß des amerikanischen Senats verantworten. Es wurde ihnen nachgewiesen, daß sie allein in dem Zeitraum von 1970 bis 1975 Bestechungsgelder in Höhe von 24,4 Millionen Dollar gezahlt hatten. Empfänger waren hochgestellte Politiker und Militärs in nahezu allen westlichen Ländern, die sich für die Anschaffung von Lockheed-Flugzeugen mit dicken Schmiergeldern hatten honorieren lassen. Im Zuge des Lockheed-Skandals wurden unter anderem zwei japanische Ministerpräsidenten und Prinz Bernhard der Niederlande zum Rücktritt gezwungen.

Auch Franz Josef Strauß war tief in diesen Skandal verwickelt. Es stellte sich beispielsweise heraus, daß der auch für die Bundeswehr zuständige Lockheed-Agent Ernest F. Hauser auf persönliche Intervention des damaligen Bonner Kriegsministers beim Konzernboß Groß hin seinen Posten bekommen hatte. Und dieser Hauser beschuldigte als Zeuge des US-Untersuchungsausschusses Strauß, ebenfalls Bestechungsgelder empfangen zu haben.

US-Besatzer setzten Vietnam-Gift in der Bundesrepublik ein

Wie der Vorsitzende einer amerikanischen Veteranenvereinigung, Ronald De Young, jetzt enthüllte, haben die amerikanischen Besatzer in der Bundesrepublik das berüchtigte „Agent Orange" eingesetzt.

Im Verlauf ihrer Aggression gegen Vietnam hatten die amerikanischen Streitkräfte 40 Millionen Liter dieses Giftes versprüht. Die Folge davon war nicht nur eine völlige Zerstörung des Pflanzenwuchses in weiten Gebieten Vietnams, sondern auch eine systematische Vergiftung der Bevölkerung in den betroffenen Gebieten. Noch heute leiden die Menschen in Vietnam an den Langzeitfolgen dieser barbarischen Aktion.

Betroffen davon sind auch ehemalige amerikanische Vietnam-Soldaten, die zunehmend an Krebs erkranken, verkrüppelte Kinder zeugen usw. „Agent Orange", das den Wirkstoff Dioxin enthält (der auch bei dem schweren Unglück im italienischen Seveso in die Luft gelangte), ist nach Angaben De Youngs von den amerikanischen Besatzern in Westdeutschland zu sogenannten Entlaubungsaktionen auf ihren Stützpunkten eingesetzt worden.

Wie die „Washington Post" berichtet, haben amerikanische Militärs schon vor acht Jahren Pläne verkündet, nach denen die Bundesrepublik im Ernstfall nach dem Beispiel Vietnams in großem Maßstab „entlaubt" werden soll. Die von De Young enthüllten Aktionen der Besatzer stehen offensichtlich mit diesen Plänen in Verbindung.

Die amerikanische Supermacht hat unser Land von jeher als Aufmarschgebiet gegen ihre russische Konkurrentin verstanden, als ein Gebiet, in dem sie nach Belieben schalten und walten kann, als ein Gebiet, das im Ernstfall — wenn es die strategischen Notwendigkeiten erfordern — vergiftet oder in eine Atomwüste verwandelt werden kann. Die jetzt bekanntgewordenen Manöver mit dem Gift „Agent Orange" beweisen nur einmal mehr, daß jede Bindung unseres Landes an den amerikanischen Imperialismus im wahrsten Sinne des Wortes lebensgefährlich ist.

Bundestagsdebatte über die Bremer Demonstration

NATO, NATO über alles!

SPD beweist der CDU ihre „Bündnistreue"

BONN.— Die Bundestagsdebatte über die Bremer Demonstration nahm genau den Verlauf, der durch die Berichterstattung in den Medien und die Stellungnahmen der Bonner Parteien bereits im voraus abzusehen war. Um es mit den Worten einer Agenturmeldung zu sagen: „Einig waren sich die Parteien im Bekenntnis zur NATO und der Verurteilung der Vorfälle." Sie waren sich aber noch weiter einig. Auch darin, daß so eine öffentliche Vereidigung eine Friedensdemonstration an sich sei, und darin, daß eine neue „Ohne-mich"-Bewegung verhindert werden müsse.

Die gesamte Debatte war einmal mehr davon gekennzeichnet, daß die CDU/CSU als direkte Sprecherin der reaktionärsten, militaristischen Kräfte in der Offensive gegenüber der SPD war. Strauß und Kohl beschworen das für sie so furchtbare Gespenst einer Volksfront und klagten die SPD an, Teile ihrer Mitglieder und Anhänger würden sich an dieser Aktionsgemeinschaft beteiligen. Die SPD hatte nichts Eiligeres zu tun, als auch allen Seiten zu versichern, dies sei überhaupt nicht der Fall. Sie sei genauso NATO-treu wie die CDU. Dabei ging Helmut Schmidt sogar so weit, sich von einer Zeitungsanzeige von SPD-Anhängern im nordrheinwestfälischen Wahlkampf zu distanzieren, in denen diese der CDU einen Kurs der Kriegstreiberei vorgeworfen hatten.

Im Verlaufe der Debatte führten die CDU-Redner auch die geschichtliche Dimension in die Diskussion ein: Es sei ja schließlich Adenauer gewesen, der gegen den Widerstand der SPD die Bundeswehr in die NATO eingegliedert habe. Die SPD hätte damals die „Ohne-mich"-Bewegung geleitet. Was insofern natürlich stimmt, als es damals wie heute einen beträchtlichen Anteil SPD-Mitglieder gab und gibt, und noch mehr Anhänger, die durchaus Einwände gegen den NATO-Kriegsblock haben. Aber auch davon distanzierte sich die SPD-Bundestagsfraktion lauthals. Nicht nur Minister Apel und Kanzler Schmidt, sondern auch und ganz besonders die sogenannten Entspannungsstrategen wie Wehner und Bahr. Bündnistreue, wie sie es nennen, wird ganz groß geschrieben.

Nachdem die provokatorischen Akte einer Handvoll Anarchisten, deren Aktionen keineswegs aus dem Verlauf der Demonstrationen resultierten, bereits in den Tagen vor der Bundestagsdebatte leidlich ausgeschlachtet worden waren, war auch hier natürlich die Einheit groß. Hatten diese Aktionen in den Massenmedien dazu gedient, die Diskussion vom Inhalt, von der Zielrichtung der Demonstration abzulenken, so wurden sie jetzt genutzt, um eben jene gefürchtete Volksfront als unheilvoll und gefährlich darzustellen.

Minister Apel, so die CDU, habe seine Sorgfaltspflicht verletzt, als er die Rekruten sozusagen schutzlos den Demonstranten überlassen habe. Der Zynismus dieser Aussage ist wahrlich kaum noch zu überbieten. Nicht die Teilnehmer der Demonstration sind es, die eben diese Rekruten, die jetzt heuchlerisch im Bundestag bemitleidet werden, als Kanonenfutter verwenden wollen, sondern eben jene Bonner Herren selbst, die sich jetzt als ihre Sachwalter aufspielen. Und während die militaristischen Provokateure, eben jene Carstens und Apels, sehr wohl von ihren zahlreichen Gorillas geschützt waren, verhielt es sich doch auf der anderen Seite so, daß es die Demonstranten waren, die dann schutzlos dem Terror der Polizei ausgeliefert waren. Denn die Verletzten unter den Demonstranten waren eben nicht die anarchistischen Provokateure, sondern jene, die gekommen waren, um ihre Bereitschaft, für den Frieden zu kämpfen, kundzutun.

Bremen war, vor dem Hintergrund jener anderen Aktionen in zahlreichen Städten, die größte Friedensdemonstration seit langem, eine Kampfansage an die Militaristen. Obwohl Leute wie Apel beteuerten, nichts läge ihnen ferner als militaristische Spektakel, war die Vereidigung genau dies. Zum alten Eisen geworfen wird jetzt selbst die sogenannte „innere Führung" eines Grafen Baudissin, der sich in seinen Leitfäden ausdrücklich gegen öffentliche Rekrutenvereidigungen ausgesprochen hatte, weil sie zu sehr an die Vergangenheit erinnern würden...

Was das Gespenst jener „Ohne-mich"-Bewegung anbetrifft, das im Bundestag so ausführlich an die Wand gemalt wurde, bleibt eigentlich nur zu sagen: Ja, bitte. Es ist höchste Zeit dafür. Es tut dringend not. Eine solche Bewegung, so wurde im Bundestag gesagt, sei der Beginn der Neutralisierung Deutschlands! Gut so!

Genau das braucht, verlangt die heutige Situation. Mit dem Wachsen der Kriegsgefahr ist auch von neuem eine Friedensbewegung entstanden. Diese Bewegung benötigt eine Ausrichtung, die sich gegen beide Militärblöcke richtet. Hier steht vor uns Kommunisten eine wichtige Aufgabe. Der Kampf gegen den imperialistischen Krieg, gegen beide Kriegsblökke, der überparteiliche Zusammenschluß für diesen Kampf, dabei müssen wir mit aller Tatkraft vorangehen.

Volksfront-Kandidaten für die Bundestagswahl gewählt

Wie der letzten Ausgabe der Zeitung der Volksfront „Volks-Echo" zu entnehmen ist und auch von der Bundesgeschäftsstelle zu erfahren war, sind in nahezu 50 Wahlkreisen bereits die Direktkandidaten der Volksfront für die Bundestagswahl am 5. Oktober 1980 gewählt worden.

Unter den Kandidaten, die vor allem in den größeren Städten des Bundesgebietes schon gewählt sind, finden wir Kollegen aus wichtigen Betrieben, Arbeiter und Angestellte, aktive Gewerkschafter und Betriebsräte. So den Hoesch-Betriebsrat Hartmut Siemon in Dortmund, den IGM-Vertrauensmann Heinrich Hellwig von Krupp in Essen, den Kollegen Otto Kollakowsky von der Werft in Bremerhaven, dann den Verantwortlichen des Zentralen Ausschusses der „Kampagne für ein Verbot der Aussperrung", den Maschinenschlosser Willi Wiechern aus Herne. Ganz im Süden unseres Landes, am Bodensee, kandidiert der 51jährige Arbeiter und Betriebsrat Peter Pirker aus Meersburg.

Auch zahlreiche Kolleginnen treten als Kandidaten an. So zum Beispiel Helga Lorenz in Bremen, die Krankenschwester- und Betriebsratsvorsitzende, Margret Preuß, die 37jährige Postangestellte Edith Jäckel oder die Chemielaborantin Veronika Heinz in Freiburg. Auch Hausfrauen sind unter den Kandidatinnen, wie die Mutter von fünf Kindern, Mina Liebendörfer, aus der Nähe von Heilbronn oder Ulrike Möhrle, die Vorsitzende des Kreisverbandes Stuttgarts der Volksfront.

Mit Peter Reibisch, Johann Janssen, Hans Joachim Streicher in Kiel, Wilhelmshaven, Hamburg, Bremen oder dem Zahnarzt Ralf Schneider sind einige der kandidierenden Ärzte genannt. Auch Kolleginnen und Kollegen, die in der Jugendarbeit Erfahrung haben, Sozialarbeiter und Lehrer treten für die Volksfront an: der Leiter des städtischen Jugendzentrums in Oberhausen und Sprecher der Initiative „Keine Jugendpolizei in NRW", Klaus Kühl, die Lehrerinnen Angela Stöwsand in Hamburg oder Anke Apel in Emden-Aurich. Auch vom Berufsverbot Betroffene sind darunter, wie der heutige Arbeiter Stefan Jensen aus Hamburg, der auch die Landesliste Hamburg der Volksfront anführt.

Außer im Saarland stehen seit Ende April/Anfang Mai auch die Landeslisten der Volksfront in den Bundesländern.

In Bremen wird die Landesliste vom Vorsitzenden der Volksfront, dem Klöckner-Arbeiter und IGM-Vertrauensmann, Eike Hemmer, (43 Jahre) angeführt. In Rheinland-Pfalz vom Betriebsrat Ulrich Feuerhelm aus Mainz, gefolgt von der Kollegin Hannelore Bappert, dem Sozialarbeiter Detlef Ermisch aus Diez und dem Schüler Paul Benz. In Baden-Württemberg steht Buchhändler Klaus Kienzler, Mitglied in der Großen Tarifkommission seiner Gewerkschaft, in Baden-Württemberg an der Spitze der 10köpfigenLandesliste, auf der außer den genannten Direktkandidaten unter anderem noch der 44jährige Buchbinder Andreas Barth aus Konstanz zu finden ist.

Frauen führen die Landesliste NRW an: neben Margret Preuß die Siemens-Betriebsrätin Annette Schnoor aus Witten. In Schleswig-Holstein steht der Maschinenbauingenieur und Betriebsratsvorsitzender Törk Hansen auf Platz 1 der Landesliste, gefolgt von der Hausfrau Renate Kuhl aus Kiel und dem 61jährigen Kraftfahrer Ferdinand Thiermann. Hier wie auf den meisten Lande-listen sind es zehn Kandidaten und Kandidatinnen, die zur Bundestagswahl für die Volksfront antreten, Menschen aus dem Volk, eine Mischung aus älteren und jüngeren Kollegen, Frauen und Männern, die Erfahrungen aus dem Leben und Kampf der Werktätigen im Betrieb und in anderen Bereichen mitbringen.

Spitzeldienste für CIA

Verfassungsschutz arbeitet auch für Westmächte

Konkrete Fälle aufgedeckt

GUMMERSBACH.— Auf einer Tagung in der Theodor-Heuss-Akademie in Gummersbach gab ein Mitarbeiter des hessischen Datenschutzbeauftragten bekannt, daß die westdeutschen Geheimdienste auch für die Geheimdienste der Westmächte ihre Spitzeldienste ausführen.

Auf der Tagung unter dem Titel „Datenschutz und innere Sicherheit" kamen abermals eine ganze Reihe von geheimdienstlichen Praktiken zur Sprache, die geltenden rechtlichen Bestimmungen widersprechen. „Grauzonen" heißt dies dann in der Sprache der amtlichen Datenschützer.

So wurde die Koppelung zwischen der Arbeit und Organisation der Staatsschutzabteilung des Bundeskriminalamtes und den verschiedenen westdeutschen Nachrichtendiensten als „grundsätzlich unzulässig" kritisiert. Weiter wurde eine Tatsache zugegeben, die bisher als Propagandaerfindung abgetan worden war, nämlich daß die sogenannte Sperrung von Daten überhaupt keine Bedeutung hat, keinen irgendwie gearteten Schutz darstellt.

Denn die Behörden behandeln — und dies ganz offiziell — gesperrte Daten genauso wie ungelöschte, geben sie also — Sperre hin oder her — auf dem Behördenwege weiter.

Daß aber selbst die Löschung von Daten noch kein Ende der Überwachung bedeutet, trug ein anderer Fachmann vor. Denn die gesammelten Erkenntnisse würden zwar im Computer selbst gelöscht, aber auf Lochstreifen aufbewahrt — mindestens noch ein Jahr nach der Löschung.

Das meiste Aufsehen erregte aber die Bekanntgabe der Zubringerarbeit westdeutscher Geheimdienste für die alliierten Nachrichtendienste, wofür einige Fälle aufgezählt wurden.

Ein ganz eindeutiger davon: Der Lektor eines westdeutschen Verlags wurde daran gehindert, Einladungen des Pen-Clubs in die USA Folge zu leisten. **Grund: Sowohl das zuständige Landeskriminalamt als auch das zuständige Landesamt für Verfassungsschutz hatten den Sicherheitsoffizier der US-amerikanischen Botschaft über die vergangenen Aktivitäten dieses Lektors während der Zeit der Studentenbewegung informiert.** Der entsprechende CIA-Offizier erteilte das Visum in mehreren Fällen erst dann, als der Termin der Veranstaltung, zu der der Lektor eingeladen war, bereits verstrichen war.

Konjunktur für Rassenhetzer?

Rassismus blüht in allen Varianten

Wo sich vornehme Liberale mit Faschisten treffen

Liest man heute die westdeutsche Presse aufmerksam, so kommt man nach einer gewissen Zeit zur Erkenntnis: In den letzten Monaten erscheint eine wachsende Anzahl von Artikeln oder neuaufgelegten Büchern, die sich mit der Rassenfrage beschäftigen. Die Art und Weise wie das geschieht, der Inhalt dieser Kampagne, beweist sehr deutlich eine alte Tatsache: In Zeiten politischer Krise, der Zuspitzung sozialer Gegensätze haben die Rassenfanatiker Konjunktur.

Es sind nicht nur die Faschisten, wie die NPD mit ihrer sogenannten „Bürgerinitiative gegen Ausländer", die hier in unserem Lande von neuem Rassenpropaganda machen. Das ist die Spitze des Eisbergs. Das ist aber auch die plumpe, sozusagen die ordinäre Tour, der „gewöhnliche Rassismus". Aber: ihre Argumente leihen sich diese Rassenhetzer von Bochumer Uniprofessoren, die für die Haßkampagne die „nötigen wissenschaftlichen" Grundlagen liefern.

Diese Kampagne wird auch in etablierten Kreisen der westdeutschen Intelligenzkreise geführt. Ganz im Stil der französischen rassistischen „neuen Philosophie" gibt es in Publikationen wie der „Zeit" oder auch „Geo" sowie bei Buchverlagen eine ganze Reihe von angeblich wissenschaftlichen Veröffentlichungen, die die Überlegenheit der weißen Rasse, des Mannes und der herrschenden Klassen beweisen sollen.

Die in der „Zeit" veröffentlichten Artikel von Dieter Zimmer, die dort unter dem Titel „Wir, die Ungleichen" erscheinen, stellen dabei eine Zusammenfassung verschiedener „neuer" Entdeckungen dar. Schon vom Titel her sind also solche Werke wie Eysencks „Die Ungleichheit der Menschen", Darlingtons „Die Wiederentdeckung der Ungleichheit" und Herrnsteins „Chancengleichheit — eine Utopie" beinhaltet.

Keine Überraschung ist es, daß die professoralen Chefhetzer dabei heute aus den USA kommen — dort haben sich zahlreiche psychologische Institute der Erforschung der „Minderwertigkeit der Schwarz.n, der Frauen und der Arbeiter gewidmet.

Der Professor an der University of California, Arthur Jensen, sagt zum Beispiel in „Geo" ganz offen: „Ein großer Teil der Differenzen zwischen den IQs (Intelligenzquotient) der Schwarzen und Weißen hat genetischen Grund. Ich bringe das als Hypothese vor. Sie ist wissenschaftlich nicht bewiesen."

Was der Vorbeter aus dem fernen Kalifornien noch als Hypothese darstellt, immer schön wissenschaftlich bleibend, ist dann auf der langen Reise nach Europa schon Tatsache geworden.

„Bei uns wird ja viel die Frage diskutiert, ob wir unser Land zum Einwanderungsland machen wollen und Flüchtlinge aus aller Welt (Afrika eingeschlossen) aufnehmen sollen. Denkt man an die Belastung künftiger Generationen, dann muß man wohl auch die Begabung der neu aufgenommenen Bevölkerungsgruppen berücksichtigen, sonst handelt man unseren Enkeln gegenüber verantwortungslos." Ein Leserbrief an die „Zeit", zu den Zimmer-Artikeln. Nicht von irgendwem: Professor Eibl-Eibesfeld vom Max-Planck-Institut war der Verfasser, der sich bei Zimmer ausdrücklich für dessen Machwerk bedankte.

Aber in diesen Abhandlungen wird auch hervorgehoben, daß der Mann eben doch geistig „variabler" sei als die Frau, und ein Fließbandarbeiter ist eben geistig so beschaffen, daß er sich dabei wohlfühlt...

Daß es allerdings doch nicht so ist, daß die ganze weiße Rasse und alle Männer etwas Besonderes sind, darauf legt dann der Mann aus Kalifornien, Professor Jensen, viel Wert: „Die Klassenstruktur der modernen Gesellschaft ist im wesentlichen eine Funktion der angeborenen Unterschiede hinsichtlich der Intelligenz und anderer Fähigkeiten bei den Menschen, aus denen diese Klassen bestehen."

Natürlich: Alle diese Theorien sind nicht neu. An der südafrikanischen Universität von Bloemfontain gibt es dafür seit langem einen Lehrstuhl. Und Alfred Rosenberg, der Autor vom „Mythos des zwanzigsten Jahrhunderts" und Rassentheoretiker der Nazis, könnte, wäre er noch am Leben, so manchen Professor aus Kalifornien, München oder Bochum wegen Plagiats verklagen.

Was das Aufsehenerregende ist, daß, diese Theorien jetzt wieder mit Nachdruck aus der Schublade geholt werden, daß diese alten ekelhaften Lügen, pseudowissenschaftlich untermauert, jetzt wieder in die politische Debatte geworfen werden. Bei der Asylrechtsfrage, beim Wahlrecht für Ausländer, bei der Unterstützung ausländischer Faschistengruppen, bei der Haßkampagne der deutschen Neonazis.

Diesem feinen Bündnis muß mit aller Entschiedenheit, auf allen Ebenen entgegengetreten werden. In dem Geiste, wie es in dem bekannten Lied der Arbeiterbewegung heißt: Reden erst die Völker selber, werden sie schnell einig sein.

Starfighter Absturz

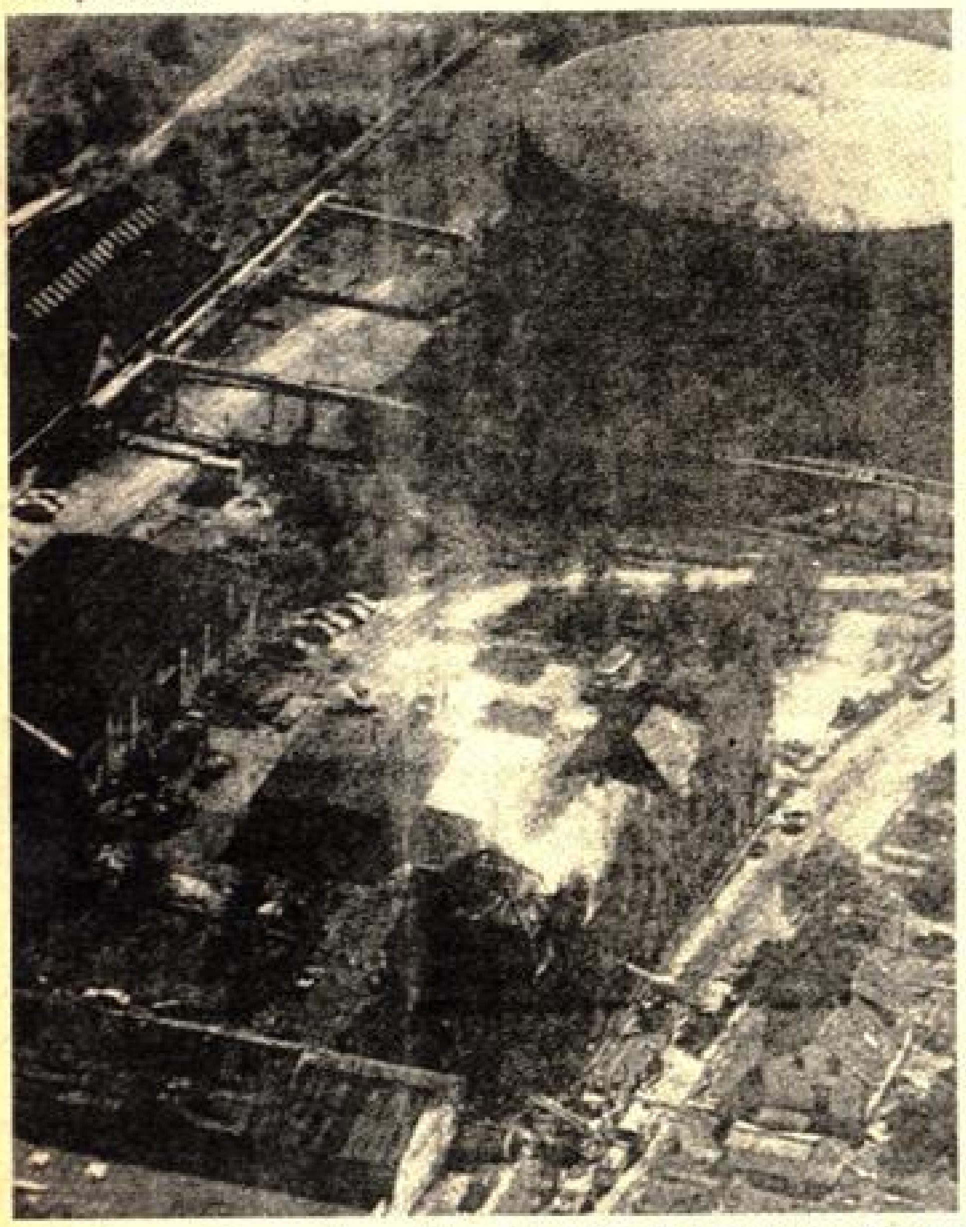
Ein Volkskorrespondent aus Saarbrücken sandte der Redaktion Roter Morgen die hier veröffentlichten Bilder aus der Lokalpresse. Bilder des Schreckens, Bilder des Terrors. Obwohl die Liste der Starfighter-Opfer immer länger wird, geschieht nichts. Die Todesmaschinen werden weder verschrottet, noch die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen.



Ein Bild der Verwüstung



Die Opfer werden von der Feuerwehr geborgen. Die Verantwortlichen werden jetzt den Hinterbliebenen ihr „Mitgefühl" aussprechen.



200 Meter weiter, und es wäre eine Riesenkatastrophe geworden: Da steht der Gasometer!

Über den Starfighter-Absturz

Ett es e Verbreche, datt mett däne Flischa

(Kurzgeschichte eines Saarbrücker Volkskorrespondenten)

„Mensch Karl, es ist doch ganz schön, daß wir die Schicht für heute wieder verfahren haben."

„Da hast du recht Emil, bei diesem herrlichen Wetter ist es halt schöner zu Hause als hier auf der Grube."

„Hast du denn noch was zu schaffen zu Hause?"

„Ja, meinem Heinz, dem Ältesten, helfe ich noch am Bau."

„Sieh mal, Karl, heute fliegen die aber mal wieder tief, man meint gerade, die wollen uns wieder angreifen, wie damals 44/45."

„Meinst du?" (beide lachen)

„Mahlzeit" — „Mahlzeit", und Emil und Karl gehen in die Grubenbusse. Der eine fährt nach Dingwart, der andere nach Neunkirchen-Heinitz.

Am nächsten Tag um viertel nach fünf, treffen sie sich auf der Grube wieder — beide haben ihren Korb nebeneinander in der Waschkaue.

„Glück auf, Karl" — „Glück auf".

„Karl, sag mal was ist denn gestern Nachmittag bei euch passiert? In den Nachrichten haben die gesagt, ein Starfighter ist in Heinitz abgestürzt."

„Ja, stell dir vor — gestern sitze ich mit meiner Elli beim Mittagessen. Auf einmal rauscht es, und dann gab es einen fürchterlichen Knall, und im ganzen Haus haben die Scheiben gewackelt. Danach war in Heinitz der Teufel los. Feuerwehr, Polizei und Soldaten — es war fast wie im Krieg. Ja ein Starfighter ist abgestürzt, drei Tote hat es gegeben, und was meinst du, wenn der auf den Gasometer gefallen wäre, der ist nur 200 Meter von der Absturzstelle entfernt. Ich sage dir, ganz Heinitz wäre kaputt. Da kann ich nur wiederholen, was mein Nachbar, der Fritz, auch gesagt hat: Es ist ein Verbrechen, das mit den Fliegern. Und das denken nicht nur wir zwei.

„Kannst du dich noch erinnern an das Flugblatt von den Kommunisten, das wir vor einiger Zeit am Tor bekommen haben. Darin hat gestanden, daß die Militärflugzeuge uns nicht beschützen sollen, sondern daß sie eine Gefahr sind für die Bevölkerung, wenn sie hier herumfliegen."

„Da haben die Roten recht, wenn die sagen, man muß etwas dagegen tun."

— Am Abend des Absturztages wünscht der saarländische Ministerpräsident Zeyer den Verletzten baldige Genesung, und eine Phantom zieht ihre Kreise über Heinitz.



Ein streikender Mobil-Arbeiter

Der Streik der Amsterdamer Mobil-Oil-Arbeiter

Volkskorrespondenz aus Amsterdam

Am Freitag, den 9. Mai habe ich an einer Streikversammlung der niederländischen FNV-Gewerkschaft teilgenommen. Die streikenden Arbeiter des Ölmultis Mobil Oil fordern eine Neuregelung, eine Erleichterung der Schichtarbeit.

Es sprachen Vertreter der FNV und Arbeiter aus dem Betrieb. Ein junger Arzt beschrieb die schädlichen Auswirkungen der Nachtarbeit. Dann trat die Kulturgruppe „Alarm" auf, die in einem Stück die Machenschaften der Geschäftsleitung der Amsterdamer Mobil Oil anprangerte.

Diese hatte den Frauen der streikenden Schichtarbeiter einen Brief geschickt, mit dem sie zu einer von der Geschäftsleitung einberufenen Versammlung eingeladen wurden. Dort sollten die Frauen „darüber aufgeklärt" werden, daß ihre Männer sich selbst schadeten.

Auch noch weitere plumpe Provokationen der Geschäftsleitung gegen die rund 100 streikenden Schichtarbeiter blieben wirkungslos. So versuchten die Herren die Büroangestellten gegen die streikenden Arbeiter aufzuhetzen, was genauso erfolglos blieb wie eine andere Schweinerei. Um eine Betriebsbesetzung zu verhindern, ließen sie die Tore des Werkes zuschweißen — die Kollegen öffneten sie wieder.

Der Streik dauert nun schon drei Wochen. Am Dienstag, den 13. Mai organisieren die Kollegen eine Demonstration in Amsterdam. Viele tausend Gulden sind bereits gespendet worden in der gewerkschaftlichen Solidaritätskampagne.

Die Betriebsvertretungen einer ganzen Reihe von Betrieben solidarisierten sich mit dem Kampf der Mobil-Arbeiter, unter anderem von AKZO, Shell und Albaeros. Das Streikkomitee befindet sich in Amsterdam-Nord, Zonnehuis, Zonneplein.

Die Kapitalisten haben jetzt ein Gericht angerufen, das den Streik verbieten soll. Die Verhandlung steht noch aus.

Ein Skandal

Stadt Heilbronn: Freiwillig 65 000 DM für die faschistische „Deutsche Volksunion"!

Volkskorrespondenz aus Heilbronn

Am 21. Oktober 1977 wollte die Deutsche Volksunion (DVU), deren Vorsitzender der Herausgeber der „Nationalzeitung", Dr. Gerhard Frey, ist, in Heilbronn eine „Heldengedenkfeier" mit dem Altnazi und Wehrmachtsoberst a.D., Hans-Ulrich Rudel, durchführen. Das Städtische Verkehrsamt hatte damals mit der DVU einen Vertrag abgeschlossen und ihr die Festhalle Harmonie zur Verfügung gestellt.

Als die Veranstaltung durch Veröffentlichungen bekannt wurde, gab es massive Proteste. Der DGB kündigte Kundgebung und Demonstration gegen diese Provokation an. Selbst SPD-Stadträte (Heilbronn hat einen OB, der SPD-Mitglied ist) machten sich für ein Verbot stark. Auch unsere Partei und verschiedene antifaschistische Organisationen riefen zur Verhinderung der Veranstaltung auf. Erschreckt durch die heftigen Proteste, verbot dann die Stadt Heilbronn die Veranstaltung mit der sehr richtigen Begründung, daß „Volksverhetzung" von der DVU betrieben werde und es zu befürchten sei, daß das internationale Ansehen der Bundesrepublik einen nicht wiedergutzumachenden Schaden erleide. Gleichzeitig mit dem Verbot hatte die Stadt die sofortige Vollziehung dieser Verfügung angeordnet.

Am Tag des Naziaufmarsches selbst fanden sich zahlreiche Antifaschisten vor der Festhalle ein. Der DGB hatte zuvor erklärt, daß, nachdem die Veranstaltung verboten worden sei, die geplante Gegenkundgebung gegenstandslos geworden sei. Trotzdem waren viele Gewerkschafter gekommen, um sich persönlich vor der Verhinderung der Faschistenfeier zu überzeugen und wenn nicht, dafür zu sorgen, daß sie endgültig verhindert wird. Und natürlich kamen die Faschisten. Angesichts der großen Menge von Gegendemonstranten schlichen sie sich zaghaft vor die Halle. Als sich der Ring von Antifaschisten immer enger um sie schloß zogen sie es dann vor zurückzustecken.

In Bussen und Autos fuhren sie, gefolgt von Antifaschisten in eine Gemeinde außerhalb Heilbronns, um dort ungestört in einer Turnhalle die Feier durchzuführen. Dort angekommen, mußten sie zu ihrem Leidwesen feststellen, daß es mit der Ruhe schon wieder vorbei war. Die Turnhalle war dicht belagert. Sprechchöre und Auseinandersetzungen am Eingang der Halle ließen bei den Faschisten kein Gefühl der Sicherheit und Geborgenheit aufkommen. Zum Schutz der Nazis umstellte dann die Polizei in schwerer Kampfmontur die Halle. Die heftigen Proteste halfen aber auch hier. Persönlich erschien der stellvertretende Landrat und verbot auch diese Ersatzveranstaltung. Durch ein Spalier von Antifaschisten mußten dann die Nazis abziehen. Bei dieser Gelegenheit fand die Polizei auch endlich den gesuchten Anlaß, einen Antifaschisten blutig zu knüppeln, weil dieser nicht sofort aus dem Weg sprang als der Eingang geräumt wurde.

Die Verhinderung der Veranstaltung war somit erfolgreich abgeschlossen worden. Ein Sieg mehr für die Antifaschisten.

Da gab es allerdings zweierlei. Diejenigen, die selbst noch in der Nacht vor der Turnhalle gekämpft hatten, und diejenigen, die von den Schreibtischen aus unter dem Druck der Öffentlichkeit die Sache verboten hatten. Diese Schreibtischtäter leisteten auch im Nachhinein ein Stückchen Wiedergutmachung an die Nazis.

Diese hatten vor dem Verwaltungsgerichtshof in Stuttgart geklagt und erwartungsgemäß „recht" bekommen. Die Stadt Heilbronn zog gleich den Schwanz ein, aber die Landesanwaltschaft Stuttgart legte Rechtsmittel ein. Pro forma wenigstens.

Inzwischen aber hat sie, man höre und staune, das Rechtsmittel wegen Aussichtslosigkeit zurückgezogen. Damit ist das Urteil in 1. Instanz rechtskräftig. Damit nun die Faschisten nicht einen falschen Eindruck von unserer Stadtverwaltung bekommen, zahlt diese 65 000 DM Schadensersatz an die DVU. Ein lohnendes Geschäft für diesen Verein. Ob wohl Dr. Frey ein Dankesschreiben an unsren OB geschickt hat? Anlaß dazu hätte er gehabt. Die Heilbronner Antifaschisten dagegen haben Anlaß, jetzt erst recht für den weiteren Zusammenschluß und die Stärkung ihrer Kräfte zu arbeiten.

Nach starkem Druck aus Washington und Bonn

NOK entscheidet sich gegen die Olympia-Teilnahme



IOC-Mitglieder Daume (rechts) und Beitz (links) mit dem Boykotteinpeitscher Weyer (mitte).

Mit 59 gegen 40 Stimmen wurde auf der NOK-Tagung in Düsseldorf am vergangenen Donnerstag ein Antrag des Präsidiums angenommen, die Olympischen Sommerspiele in der Sowjetunion zu boykottieren. Damit haben sich im westdeutschen Sport diejenigen Kräfte durchgesetzt, die in allen Bereichen eine bedingungslose Gefolgschaft gegenüber dem amerikanischen Präsidenten Carter durchsetzen wollen.



Antiboykottveranstaltung der Sportler in der Dortmunder Westfalenhalle.

Fast alle Teilnehmer an der Diskussion während der NOK-Tagung gingen in der einen oder anderen Form auf den massiven politischen Druck ein, dem diese Sitzung ausgesetzt war. Dabei ging es nicht nur darum, daß Sportfunktionäre und Sportler einer ständigen Bearbeitung durch Vertreter des Bonner Staates ausgesetzt waren. Mehrere Sprecher verwahrten sich auch gegen die reaktionäre Pogromstimmung, die von den Massenmedien gegen solche Sportler entfacht wurde, die sich öffentlich für die Teilnahme in Moskau ausgesprochen hatten. NOK-Generalsekretär Tröger berichtete sogar, daß Boykottgegner Drohungen gegen Leib und Leben ausgesetzt waren.

Das Ziel dieses Drucks war es, die Sportverbände und die olympische Bewegung in der Bundesrepublik für die weitreichenden aggressiven Pläne des amerikanischen Imperialismus gefügig zu machen, der ja bekanntlich in der Person Jimmy Carters verkündet hatte, er wolle die diesjährigen Olympischen Sommerspiele mißbrauchen, um durch ihren weltweiten Boykott den sowjetischen Konkurrenten zu bestrafen. Die Bundesregierung hatte sich im Gegensatz auch zu anderen westlichen Regierungen widerspruchslos an die Seite Carters gestellt und in einer Erklärung das NOK zum Boykott aufgefordert.

Der Bundestag hatte sich gegen die Stimmen einiger weniger SPD-Abgeordneter dieser Forderung angeschlossen. Noch einen Tag vor der NOK-Sitzung hatte der Bundespräsident, Alt-Nazi und Strauß-Gefolgsmann, Karl Carstens, einige Dutzend NOK-Mitglieder zu sich gebeten, um sie auf den reaktionären Boykott-Kurs einzuschwören. Wie dann während der Tagung bekannt wurde, hatte der DSB-Präsident und Boykott-Einpeitscher, Weyer selbst am Morgen der Sitzung noch mit Bundeskanzler Schmidt telefoniert. Dabei ging es ihm unter anderem darum, sich versichern zu lassen, daß die Bundesregierung trotz des eindeutigen Votums des französischen NOK für die Teilnahme in Moskau nach wie vor an ihrer Boykott-Forderung festhält. Weyer machte mit diesem Telefongespräch Stimmung, um schwankende Sportfunktionäre auf die harte Boykott-Linie einzuschwören.

Daume: Wir sind die wahren Patrioten

Angesichts dieser Begleitumstände von Druck und Drohung eröffnete NOK-Präsident Willi Daume die Sitzung mit einem klaren Bekenntnis zur olympischen Idee und zur Teilnahme einer westdeutschen Mannschaft an den Sommerspielen in Moskau und Tallin. Daume stellte heraus, daß das NOK eine politische Entscheidung zu treffen hätte. Er führte an, daß es zwar in der Verurteilung der sowjetischen Aggression gegen Afghanistan Einverständnis gäbe, nicht aber in der Haltung zu den USA. Daume kritisierte zwar nicht die reaktionäre Politik, die Carter und seiner Verbündeten mit dem Olympia-Boykott verfolgen. Er stellte dieser Politik jedoch die langfristigen Ziele der olympischen Bewegung gegenüber.

Es gelte das zu verwirklichen, was der Philosoph Ernst Bloch die „konkrete Utopie der Versöhnung“ genannt hätte. Die olympische Bewegung müsse gerade im gegenwärtigen Streit der Staaten Friedensmöglichkeiten vorwegnehmen und zur Verständigung zwischen den Völkern beitragen. Die Verteidigung der Olympischen Spiele gegen die Boykott-Kampagne nannte Daume einen Ausdruck von Humanismus und wahrhaftem Patriotismus. Und wenn der NOK-Präsident erklärte, eine solche Haltung stünde gerade uns Deutschen gut an, dann ist ihm nur zuzustimmen.

Auf Willi Daume antwortete der frühere Innenminister von NRW und Präsident des Deutschen Sportbundes, Willy Weyer. Er ist gemeinsam mit dem Gesellschafter des Rüstungskonzerns Flick, Eberhard von Brauchitsch, der schärfste Einpeitscher für den Boykott innerhalb des NOK. Von Weyer stammt auch der erwähnte Antrag des Präsidiums, der jetzt zur Abstimmung stand.

Weyer: Opfer für Carter bringen

Weyer stellte von vornherein klar, was seiner Meinung nach vom Sport zu erwarten ist: „Jetzt bittet der Staat uns, und da wollen wir uns als Sportler versagen?“ Einmal abgesehen davon, daß der Expolizeiminister ja wohl kaum selbst zu den Sportlern gehört, und daß „der Staat“ alles andere tut als nur zu bitten: Weyer und seinesgleichen verlangen die blinde Gefolgschaft der Sportbewegung gegenüber den Staatsorganen. In den Überlegungen dieses Reaktionärs haben Gedanken, wie sie von Willi Daume entwickelt wurden, kein Platz. Und so war es denn auch nicht verwunderlich, daß Weyer die Sportler aufforderte, auch mit dem amerikanischen Präsidenten im Gleichschritt zu marschieren.

Auf die Weigerung der überwiegenden Zahl der westdeutschen Sportler, Opfer für Carters Politik zu bringen, wußte er nur die Antwort: Es werden eben alle Opfer zu bringen haben, und zwar solche Opfer, die heute für junge Menschen nur schwer vorstellbar wären. Was hat das denn anderes zu bedeuten, als daß Herr Weyer eine Tagung des NOK dazu benutzt, die Menschen in unserem Land auf die nächsten und noch weiter reichenden Konsequenzen der Bündnistreue mit dem Kriegstreiber Carter einzuschwören?

Es ist bezeichnend für die westdeutsche Sportbewegung, daß solche reaktionären Elemente wie Willy Weyer Schlüsselpositionen einnehmen. Leider ist auf der Düsseldorfer Tagung niemand frontal gegen die Position eines Weyer aufgetreten. Es wurden zwar einige seiner Behauptungen schlagend widerlegt. So etwa die demagogische Gleichsetzung des fast einstimmigen Votums des Bundestages für den Boykott mit der Meinung der westdeutschen Bevölkerung. Demgegenüber wurde von Mitgliedern des NOK darauf hingewiesen, daß keine Meinungsumfrage eine deutliche Ablehnung der Teilnahme an den Sommerspielen ergeben hätte. Vielmehr würden sich Gegner und Befürworter ungefähr die Waage halten.

Außerdem wurden die Ausführungen von Weyer durch verschiedene Sprecher dadurch entlarvt, daß sie sich auf frühere Äußerungen des DSB-Präsidenten beriefen, in denen er sich noch zu Beginn dieses Jahres eindeutig gegen den Boykott als Mittel der Sportpolitik ausgesprochen hatte. Solche Gegenüberstellungen waren zwar geeignet, die zutiefst opportunistische Haltung von Weyer und anderen Boykott-Schreiern zu entlarven, die ihr Mäntelchen stets in den Wind der jeweiligen Bonner politischen Konjunktur hängen. Auf der anderen Seite jedoch versäumte kaum ein Redner auf der NOK-Sitzung (und die Mehrheit der Wortmeldungen war gegen den Boykott gerichtet) die Verbeugung vor der Bundesregierung und der Solidarität mit den „amerikanischen Verbündeten.“

Bündnistreue zu Carter ist verhängnisvoll

Von daher argumentierten die Boykott-Gegner auch stets aus der Defensive heraus. Um wirklich eine Teilnahme an den Sommerspielen sowohl politisch wie auch von der olympischen Idee her offensiv zu verteidigen, wäre jedoch die Infragestellung der blinden Bündnistreue mit den amerikanischen Imperialisten, wie sie die Bundesregierung verlangt, notwendig gewesen. Eines der stärksten „Argumente“ der Boykott-Verfechter war — wie es der Panzerbauer von Brauchitsch formulierte — die „Gefahr des Abkoppelns von den USA“ durch einen Beschluß für die Teilnahme. Tatsächlich aber ist ein solches Abkoppeln keine Gefahr für unser Volk, sondern im Gegenteil die Bedingung dafür, daß die Bundesrepublik nicht auf allen Gebieten, einschließlich des Sports, in die zunehmend schärfer werdende Konfrontation zwischen den Supermächten hineingerissen wird. Nur ein solches Abkoppeln kann letztlich auch verhindern, daß unser Land zum Aufmarschfeld der amerikanischen Supermacht bei einer militärischen Auseinandersetzung mit Moskau wird. Aufgabe des NOKs wäre es also gewesen, gerade im olympischen Bereich hier ein Zeichen zu setzen und im Sinne der olympischen Idee — so wie es Daume in seiner Eingangsrede entwickelte — klarzustellen, daß sich die olympische Bewegung in unserem Land gegen den Amoklauf von Carter stellt.

Der einzige, der in Düsseldorf Überlegungen in dieser Richtung anstellte, war Horst Meyer, Mitglied des Gold-Achters von Rom und heute persönliches Mitglied des NOK. Er verwies als einziger Diskussionssprecher darauf, daß auch die Amerikaner ihren Aggressionskrieg geführt haben, nämlich in Vietnam. Es ist ja bekannt — das sei hier noch einmal erwähnt — daß sich die heutigen Boykott-Schreier nicht im geringsten daran gestört haben, daß die US-Imperialisten vor einem Jahrzehnt ein ganzes Volk mit Bomben und Napalm ausrotten wollten. Im Gegenteil — ein Weyer beispielsweise kommandierte damals die Polizei zur Unterdrückung von Vietnam-Protesten in Nordrhein-Westfalen.

Horst Meyer setzte dem Geschrei von der Afghanistan-Krise eine Analyse der wirklichen Verhältnisse im Mittleren Osten entgegen. Er stellte heraus, daß Washington mit dem Sturz des iranischen Schah-Regimes seinen wichtigsten Stützpfeiler in dieser Region verloren hat. Damit hätte Afghanistan plötzlich eine besondere Bedeutung für die USA erlangt, und Washington hätte dementsprechend auch versucht, durch Organisierung von US-treuen Rebellengruppen den Sturz der dortigen prosowjetischen Regierung zu organisieren.

Auch Meyer verurteilte die dann erfolgte militärische Invasion der sowjetischen Truppen, aber er kennzeichnete den Konflikt in dieser Region eindeutig als machtpolitische Auseinandersetzung zwischen den beiden Supermächten. Eine solche Einschätzung gibt wirklich die Tatsachen wieder, und sie läßt den Boykott auch als das erscheinen, was er wirklich ist, nämlich das politische Instrument einer Supermacht in ihrer Rivalität mit der anderen.

Gefährliche Folgen der NOK-Entscheidung

Horst Meyer und die anderen Gegner des Boykotts konnten sich jedoch nicht durchsetzen. Es wurde zwar auf der NOK-Tagung mehrmals hervorgehoben, daß die überwiegende Mehrheit der Sportler für den Start in Moskau eintritt — dennoch entschieden sich die meisten Funktionäre gegen die Olympiade, gegen den Sport und für die Politik eines Carter oder Schmidt.

Und die Folgen dieser Entscheidung? Was Willi Daume und andere schon lange befürchteten, ist bereits eingetreten: Die Boykotteure haben den westdeutschen Sport innerhalb Westeuropas isoliert. Die Sportler nahezu aller anderen Länder werden sich am friedlichen Wettstreit in Moskau und Tallin beteiligen; sie werden versuchen, den Geist der olympischen Idee zu verwirklichen und — wie einige Mannschaften angekündigt haben — auch durch verschiedene Aktionen ihren Protest gegen die imperialistische Politik Moskaus zum Ausdruck bringen.

Die westdeutsche Mannschaft jedoch wird zu Hause bleiben — zum Boykott gezwungen durch Elemente, für die gegenwärtig nur eine Parole gilt: „Carter befiehl — wir folgen!“ Und wenn man noch einmal die Worte aus Willi Daumes Rede vor dem NOK aufnimmt, dann muß man ihm auch darin recht geben, daß er die Boykott-Gegner als die wahren Patrioten bezeichnete. Die Schmidt und Genscher aber und ihre Handlanger in der Sportbewegung wie Weyer und seinesgleichen — sie handeln unpatriotisch, sie handeln als blinde und katzbuckelnde Befehlsempfänger einer fremden aggressiven Supermacht.

Es ist zu hoffen, daß sich die olympische Bewegung und der Sport in unserem Land aus ihren Klauen befreien können. Denn — auch das ist während der NOK-Tagung oft genug gesagt worden — der Cartersche Amoklauf beschwört die Gefahr einer völligen Zerstörung der internationalen olympischen Bewegung und eine schwere Gefährdung der internationalen Sportbegegnungen überhaupt herauf. Wobei als erstes natürlich die Sportkontakte zwischen den beiden deutschen Staaten getroffen wären. Will man einer solchen Gefahr erfolgreich begegnen, dann muß alles daran gesetzt werden — auch nach dem traurigen Ergebnis der NOK-Tagung den westdeutschen Sport vom Amoklauf eines Carter endgültig abzukoppeln.



Bei den Maidemonstrationen und auf anderen Massenkundgebungen wurde immer wieder der Olympiaboykott verurteilt.

Aufruf des Solidaritätskomitees

Rettet das Leben von Erdal Eren!

Prozeßfarce wird entlarvt

Wie in der vorletzten Ausgabe des „Roten Morgen" berichtet, droht dem 16jährigen antifaschistischen Schüler Erdal Eren in der Türkei die Hinrichtung. Am 19. März war er von einem Militärgericht in Ankara im Schnellverfahren zum Tode verurteilt worden. Ihm wird vorgeworfen, bei einem Angriff von Armee-Einheiten auf eine antifaschistische Demonstration einen Soldaten erschossen zu haben. Wie unhaltbar diese Vorwürfe sind, weist das Nachrichtenbulletin „Stimme der Revolution" der Revolutionären Kommunistischen Partei der Türkei nach. Wir geben im folgenden den Bericht über das Verfahren von Erdal Eren wieder.

Das YDGF-Mitglied Erdal Eren wurde angeklagt, einen Soldaten erschossen zu haben, und nach einem sehr kurzen Prozeß ohne jeden Beweis verurteilt. Das Kriegsgericht von Ankara fällte seine Entscheidung auf eine Art und Weise, die selbst den herrschenden bürgerlich-feudalen Gesetzen widerspricht.

Während der Verhandlung wurden Gesetze und juristische Verfahrensregeln auf das schwerste mißachtet. Die Kriegsrichter ignorierten die Forderungen Erens und seines Anwalts. Dutzende von Beweisen, die die Anklage des Staatsanwalts und der Polizei entkräftet hätten, wurden nicht beachtet. Die Verhandlung von Erdal Eren, die zu seinem Todesurteil führte, ist ein Skandal, denn:

1. Der Soldat, der während der Demonstration in Ankara starb, wurde von hinten erschossen. Aber die meisten Zeugen, die der Staatsanwalt aufrief, sagten aus, daß Erdal Eren dem Soldaten gegenüberstand. Ebenfalls diesen Zeugen und den Polizeikräften zufolge verfolgte dieser Soldat anschließend Eren. Das macht seine Erschießung durch Eren unmöglich.

2. Der gerichtsmedizinische Bericht sagt aus, daß die Wunde im Rücken des Soldaten angesengt war, daß heißt, daß er aus sehr kurzer Entfernung getroffen wurde (0-50cm). So ist es klar, daß der Soldat von hinten und aus kurzer Entfernung getroffen wurde. Aber, den Zeugenaussagen entsprechend, war die Entfernung zwischen dem Soldaten und Eren im Augenblick des Schusses mehr als fünf Meter.

3. Das Verfahren wurde schnell durchgeführt, und kein Beweis und kein Vorfall wurde gründlich untersucht. Obwohl die schweren Fälle in unserem Land oft jahrelang verhandelt werden, wurde Erens Fall in nur einem Monat abgeschlossen, nach lediglich vier Sitzungen.

4. Die Forderung des Anwalts, die Widersprüche zwischen dem gerichtsmedizinischen Bericht und den Zeugenaussagen zu untersuchen und zu erhellen, wurde abgelehnt. Ebenso die Darstellung der schwachen Punkte in der Anklage der Staatsanwaltschaft durch die Verteidigung.

5. Alle Forderungen des Anwalts, Zeugen der Verteidigung zu berufen, wurden vom Kriegsgericht abgelehnt. Während der Verhandlung wurden nur Zeugen der Anklage gehört.

6. Eren ist zu jung, denn Jugendliche unter 18 Jahren können in der Türkei nicht hingerichtet werden. Eren wurde in einem entfernten Dorf geboren, und sein Geburtsdatum wurde falsch ins Geburtenregister eingetragen. Das Gericht weigerte sich, diese Angelegenheit zu untersuchen.

7. Am Tage der Urteilsverkündung veröffentlichte die Kriegsrechtskommandantur von Ankara ein Kommuniqué, das die Urteilsfindung beeinflußt haben kann — wobei es entsprechend der Verfassung verboten ist, Meinungen zu laufenden Prozessen abzugeben. Aber die Kriegsrechtskommandantur durchbrach sogar dies und gab öffentliche Erklärungen ab, um das Verfahren des höchsten Berufungsgerichts zu beschleunigen, und um es zu zwingen, ein Urteil in Übereinstimmung mit dem Gericht zu fällen.

8. Während des ganzen Verfahrens waren der Angeklagte und sein Anwalt Unterdrückungsmaßnahmen ausgesetzt, und das Recht auf Verteidigung wurde beschnitten. Die Kriegsrechtskommandantur von Ankara führte den Prozeß gegen den Angeklagten und seinen Verteidiger und versuchte diesen einzuschüchtern.

Das Solidaritätskomitee „Rettet das Leben von Erdal Eren" hat bereits eine breite Solidaritätskampagne organisiert. Es ist bemüht, weiterhin möglichst viel Unterstützung von namhaften demokratischen und antifaschistischen Persönlichkeiten zu erhalten. Der Aufruf des Komitees wird in deutsch und türkisch breit verteilt. Es werden Unterschriftensammlungen auf der Straße und bei Veranstaltungen durchgeführt. Dafür steht auch eine Fotoausstellung über den Prozeß und den faschistischen Terror in der Türkei zur Verfügung.

Wir rufen alle Leser des „Roten Morgen" auf: Unterstützt nach Kräften die Aktivitäten des Solidaritätskomitees. Bestellt bei der Kontaktadresse des Komitees:

- **Aufrufe in deutsch und türkisch**
- **Unterschriftenlisten**
- **Protestkarten an das türkische Parlament**
- **die Fotoausstellung**
- **SPENDET! Auf das Konto: Cafer Cebe, Nr. 6885826, Commerzbank Bielefeld, (BLZ 48040035)**

Die Kontaktadresse des Komitees:
***Cafer Cebe, Ellerstraße 20, 4800 Bielefeld 1, (Tel.: 0521/121532 — ab 18.00 Uhr]*.**





Massenstreiks in Portugal

Der reaktionäre, arbeiterfeindliche Kurs der Carneiro-Regierung ruft immer breiteren Widerstand der arbeitenden Bevölkerung in Stadt und Land hervor. Nach den riesigen Massendemonstrationen in Hunderten von Städten und Ortschaften am 1. Mai hat auch die Streikbewegung neue Kraft entfaltet. Der 1. Mai 1980 war so stark, schreibt „Bandeira Vermelha", Zentralorgan der Portugiesischen Kommunistischen Partei (Wiederaufgebaut), daß er nur mit dem 1. Mai 1979 zu vergleichen ist. Vor allem die Lissaboner Maidemonstration, die größte in Westeuropa, stand eindeutig unter politischen Losungen. Und auch die Streiks, die sich nach dem 1. Mai entfalteten, haben ausdrücklich politische Forderungen an die Regierung zum Inhalt.

Kampagne in der Bundesrepublik, Frankreich und der Schweiz

Heute wie gestern: in Spanien wird gefoltert!

Opfer klagen an

KÖLN.— Im Rahmen einer internationalen Kampagne zur Enthüllung der heutigen Zustände in Spanien fand am 5. Mai auch eine Veranstaltung in Köln statt. Diese Kampagne, die vom „Internationalen Tribunal gegen die Verbrechen des Franco-Faschismus" organisiert wurde, führte die Redner auch nach München, Paris und Genf.

Die Redner, das waren Fernando Salas, Rechtsanwalt, und der Genosse Carlos Hurtado, Mitglied der KP Spaniens (M-L). Fernando Salas ist einer der bekanntesten Rechtsanwälte des Landes, der unter anderem im Jahre 1973 die Angeklagten im Gewerkschaftsprozeß von El Goloso und 1975 in dem großen Prozeß, der zur Hinrichtung von fünf Antifaschisten führte, verteidigte. Carlos Hurtado war der Erste von rund 20 Mitgliedern der KPSp(M-L), dem aufgrund einer Verhaftungswelle im letzten Jahr der Prozeß gemacht wurde. Er war bereits 1974 verurteilt worden.

Die Veranstaltung in Köln fand in einem Hörsaal der Universität statt. Unterstütz wurde sie von der „Kölner Juristenzeitung" und dem ESG-Pfarrer Jankowski. Etwa 50 aufmerksame Zuhörer, die meisten Studenten, auch einige Rechtsanwälte sowie einige spanische Arbeiter, hörten die beiden Redebeiträge Salas' und Hurtados und diskutierten anschließend noch über eine Stunde lang.

Fernando Salas zeigte in seinem ausführlichen Redebeitrag auf, wie sehr die sogenannte spanische Demokratisierung eine Farce ist. Er bewies anhand einzelner Personen und der Zusammensetzung leitender Organe der Gerichte und der Polizei, daß es die gleichen Leute sind, die heute in Spanien Richter und Polizisten sind, die es auch zu Francos Zeit waren. Dieselben Richter, die unter Franco das wichtigste politische Sondergericht bildeten, bilden heute das oberste Gericht für die öffentliche Ordnung, das die politischen Fälle behandelt. Polizei- und Gefängniskommandanten der berüchtigtsten Einheiten sind die gleichen geblieben.

Salas, der zusammen mit mehr als 90 anderen spanischen Rechtsanwälten Strafantrag gegen den Anstaltsleiter von „Henca de la Mancha" und andere 21 Beamte dieses „Modellgefängnisses" gestellt hat, wird nun, zusammen mit diesen Kollegen, seinerseits wegen Verleumdung angeklagt werden.

Denn, obwohl es in den letzten Jahren einige Fälle gab, die so krass waren, daß sie nicht mehr verschwiegen werden konnten, ist es laut amtlichen Stellen eine Verleumdung, wenn man heute von Folter in Spanien spricht. Das mußte übrigens erst vor wenigen Tagen, nach der Kölner Veranstaltung, der Chefredakteur der liberalen Zeitung „El Pais" erfahren, der einzigen großen Zeitung, die über die Foltern berichtete — er wurde ebenfalls angeklagt.

Carlos Hurtado seinerseits erzählte von seinem eigenen Fall, wo durch Folter ein Geständnis erzwungen worden war, das er später widerrief. **Elf Tage lang war auch er, entsprechend geltendem Recht, letztes Jahr ohne jeden Kontakt mit der Außenwelt festgehalten worden, davon wurde er die ersten drei Tage pausenlos geschlagen — immer wieder bis zur Bewußtlosigkeit.** (Der „Rote Morgen" berichtete im November '79 über den Prozeß gegen Hurtado und Pellicer). Dabei hob er auch noch die Besonderheit der heutigen Anklageweise aufgrund des „Antiterrorgesetzes" hervor, die sich nicht mehr gegen die politische Partei richtet, sondern gegen den Besitz falscher Papiere, von Waffen usw., für einen Verfolgten unter Franco absolut lebensnotwendig. Interessant und aufschlußreich war auch hier die Tatsache, daß sowohl der „vernehmende" Polizeioffizier wie auch der Staatsanwalt in seinem Prozeß dieselben waren, die ihn bereits 1974 „behandelt" hatten.

Beide Redner riefen am Schluß ihrer Ausführungen dazu auf, die Arbeit des Internationalen Tribunals zu unterstützen. Dieses Tribunal hat sich zum Ziel gesetzt, dazu beizutragen, die Wurzeln des Franco-Faschismus in Spanien wirklich auszureißen, wofür die republikanischen Kräfte kämpfen. Dazu ist es nicht zuletzt notwendig, Informationen über die heutigen Zustände zu verbreiten, da auch die Parteien der sogenannten parlamentarischen Linken, also die PSOE von Gonzalez und Carillos PCE das Stillschweigen mitmachen.

Ein kleiner Beitrag dazu war sicher auch die Kölner Veranstaltung, der man eine größere Öffentlichkeit gewünscht hätte. Denn: das hier Interesse besteht, zeigte die Bereitschaft des Deutschen Strafverteidigertages in München, Fernando Salas Redemöglichkeit zu geben, wo er vor dem Forum seiner deutschen Berufskollegen einen aufsehenerregenden Vortrag hielt.

Gegen Regierungsbeschluß

Zehntausend Pariser Studenten demonstrierten

Ein Todesopfer bei Verfolgungsjagd der Polizei

PARIS.— Mehr als zehntausend Studenten demonstrierten in Paris gegen einen neuen Beschluß der Regierung Barre, der es ausländischen Studenten erschweren soll, an französischen Universitäten zu studieren.

Dieser Beschluß der Regierung ist ein neuer Schritt in der reaktionären Kampagne gegen Ausländer, die seit einiger Zeit verstärkt geführt wird. Frankreich hat an seinen Universitäten die höchste Quote von ausländischen Studenten in Westeuropa. Diese Studenten und ihre Vereinigungen sind in vielen Fällen wichtige Zentren des Widerstands gegen französische Marionettenregimes in Afrika gewesen. Bezeichnend ist daher, daß dieser Beschluß vor allem auf afrikanische Studenten zielt, die sich ja in den letzten Monaten in verschiedenen westafrikanischen Staaten zu großen Aktionen erhoben.

Zahlreiche Organisationen der Studenten hatten gegen diesen Beschluß zum Widerstand aufgerufen. Neben der Demonstration in Paris fanden auch in sechs anderen französischen Universitätsstädten große Demonstrationen statt. Aber die Pariser Demonstration ragte nicht nur durch ihre Größe heraus. Sie wurde an mindestens vier Stellen von der Polizei überfallen. An zwei dieser Überfälle waren auch die berüchtigten „Noirs", die Schlägertruppen der Sonderpolizei CRS beteiligt.

Bei einem dieser Überfälle wurde ein junger Arbeitsloser auf das Dach eines Universitätsgebäudes im Quartier Latin gejagt, wo er durch die Verglasung brach und zu Tode stürzte. Daraufhin gab es mehrere Stunden lang militante Auseinandersetzungen im Quartier Latin, einige Polizeieinheiten wurden in ihre Reviere zurückgetrieben.

Die Studentenorganisationen kündigten an, die Kampagne bis zur Rücknahme des Regierungsbeschlusses weiterzuführen.

Unruhen an der Westküste, Instabilität im Osten, Rassisten im Süden

Afrika — Kontinent der Armut

Die Last des Kolonialismus drückt 400 Millionen Menschen

Die Neuigkeiten aus Afrika jagen einander. Aber nur die verschiedenen Putsche oder Putschversuche dringen in die Schlagzeilen der westdeutschen Presse vor, während von anderen, wichtigeren Ereignissen nicht oder nur am Rande berichtet wird. Große Unruhen in allen westafrikanischen Ländern, die Schachereien der Imperialisten im Osten Afrikas, der Terror der südafrikanischen Rassisten gegen die farbige Bevölkerung und die benachbarten Staaten — alle diese Ereignisse sind Ergebnisse der neokolonialen Ausbeutung der Reichtümer des schwarzen Kontinents durch die Monopole der hochentwickelten kapitalistischen Staaten.

Auf der diesjährigen Tagung der Organisation für afrikanische Einheit (OAE) wurde zum ersten Mal eine wirtschaftliche Bilanz der letzten 20 Jahre gezogen. In dieser Zeit wurde die politische Unabhängigkeit der afrikanischen Staaten in breitem Ausmaß zur Tatsache.

Afrika umfaßt 28 Prozent der Landfläche dieser Erde, rund 30 Millionen Quadratkilometer. Auf dieser großen Fläche gibt es zahlreiche Rohstoffe. So besitzt der Kontinent folgende Anteile an bekannten Weltvorkommen: 97 Prozent des Chroms, 85 Prozent des Platins, 64 Prozent des Goldes, 50 Prozent des Mangans, 25 Prozent des Urans, 13 Prozent des Kupfers. Afrika besitzt, im Vergleich der Kontinente, die höchsten Vorkommen an Diamanten, Bauxit, Nickel und Blei. Ein Fünftel der Weltreserven an Wasserkraft und ebenfalls ein Fünftel des heute gehandelten Erdöls kommen aus Afrika.

Tatsache ist, daß das Bruttonationalprodukt der 50 OAE-Mitgliedstaaten, also eines knappen Drittels der Staaten dieser Welt, lediglich 2,7 Prozent der Welt ausmacht. Diese 50 Staaten zusammen produzieren etwas weniger als die drei Beneluxstaaten.

Das Wirtschaftswachstum der afrikanischen OAE-Staaten betrug im Durchschnitt der Jahre 1960 bis 1980 lediglich 4,8 Prozent. Bereinigt von der Inflation sogar nur 2,9 Prozent. In derselben Zeit betrug das durchschnittliche Bevölkerungswachstum 3,0 Prozent. Was nichts anderes heißt, als daß sich, im kontinentalen Durchschnitt gesehen, die Wirtschaftskraft der Staaten jährlich um 0,1 Prozent vermindert hat.

Diese wirtschaftliche Entwicklung ist die ganz unmittelbare Ursache für die großen Unruhen, die seit dem letzten Frühjahr die Staaten an der Westküste Afrikas erschüttern. Dort herrschen Hunger, Arbeitslosigkeit, Wohnungselend. Denn der größte Wirtschaftszweig, die Landwirtschaft, hat im afrikanischen Durchschnitt die schlechteste Entwicklung durchgemacht. In den fünfziger Jahren betrug zum Beispiel die Ertragsrate in Afrikas Weizenanbau im Vergleich zum Weltdurchschnitt 72 Prozent, während diese Rate in den 70er Jahren nur noch 45 Prozent betrug. **Einer der Gründe: Nur ganze zwei Prozent der auf der Welt benutzten Traktoren befinden sich in Afrika.**

So ist auch der Anteil des Bruttonationalprodukts, der zum Import von Lebensmitteln verwendet werden muß, innerhalb von zehn Jahren um 35 Prozent gestiegen. 1960 wurden 5,3 Millionen Tonnen Getreide importiert, 1970 waren es bereits 7,3 Millionen Tonnen.

Die dadurch gesteigerte Verschuldung der afrikanischen Staaten, verstärkt durch die korrupten Handlungen der bürgerlichen Staatsapparate und der Profitgier der nationalen Kapitalisten, führt zu einer immer schlechteren Lebenslage des Volkes. Man erinnere sich an die großen Demonstrationen der Studenten in Senegal, die massiven Streikbewegungen in Obervolta, Mali und im Niger, die bewaffneten Unruhen in Liberia vor dem Putsch gegen das Tolbert-Regime, die regierungsfeindliche Kundgebungen an der Elfenbeinküste.

Im Osten Afrikas, wo lediglich 2,7 Prozent der arbeitenden Bevölkerung in der Industrie beschäftigt sind, hat der koloniale Terror am längsten in seiner offenen Form gewütet. Zimbabwe und Moçambique wurden über 15 Jahre länger blutig unterdrückt als die Länder der Westküste. Somalia und Äthiopien werden für blutige Kriege ausgerüstet und sind direkte „Karten" im strategischen Spiel der imperialistischen Großmächte. In Uganda hat die — zunächst von Britannien mit Geld und Waffen stark unterstützte — Terrorherrschaft Amins das Land zurückgeworfen.

Wieder andere Länder, wie Zaire und Zentralafrika, werden von Marionetten ausländischer Imperialisten bis aufs Blut ausgeplündert, alle Reichtümer verschwinden im Sumpf der Korruption und im Ausland.

Angola wird durch den ständigen militärischen Terror der südafrikanischen Rassisten und der von ihnen ausgehaltenen Unita-Banden an einem normalen wirtschaftlichen Aufbau gehindert, während der Tschad durch den Krieg der — allesamt von Frankreich ausgerüsteten — Prätorianer-Garden verschiedener Möchtegernstaatschefs zerrissen wird.

Der Grund für alle diese Entwicklungen ist die Tatsache, daß sich Industrie und Landwirtschaft auf dem afrikanischen Kontinent auch heute im wesentlichen in der Hand der multinationalen Monopole vor allem aus USA, Britannien und Frankreich befinden. Aber auch die westdeutschen und japanischen Monopole sowie die osteuropäischen Staatsmonopole dringen immer stärker in die Länder Afrikas ein.

So befindet sich zum Beispiel die sich entwickelnde Erdölwirtschaft der Länder südlich der Sahara mit Ausnahme Nigerias in den Händen von neun großen Monopolbetrieben. Die Mobil Oil Company vor allem beherrscht in acht afrikanischen Staaten zwischen 25 und 100 Prozent des Erdölmarkts.

Neben den bekannten anderen Ölmultis wie Shell, BP, Texaco, Gulf und Exxon ist hier vor allem auch die Rolle der Compagnie Française des Petroles (Total) hervorzuheben, die ebenfalls die Erdölwirtschaft mehrerer Länder beherrscht.

Läßt man Südafrika und Zaire außer Betracht, wird die afrikanische Erzförderung zu fast 40 Prozent von dem britischen Monopol Rio Tinto Zinc kontrolliert. Die monopolkapitalistischen Gruppen sind es, die an der wachsenden Armut Afrikas am meisten verdienen. Nur kleine Gruppen einheimischer Kapitalisten bekommen von deren Milliardenprofiten eine geringen Teil ab.

In dieser Situation wächst nicht nur die allgemeine Unruhe unter den Völkern Afrikas, wächst nicht nur der Kampf um eine wirkliche nationale Befreiung an. Die afrikanischen Gewerkschaften meldeten für das Jahr 1979 die bisher größte Zuwachsrate ihrer Geschichte. Eine Tatsache, die zeigt, wie das zahlenmäßig relativ geringe und in vielen Ländern politisch relativ unerfahrene afrikanische Proletariat nach der Organisation drängt. Auch die Entstehung marxistisch-leninistischer Parteien in Dahomey und Obervolta, die Stärkung der kommunistischen Organisation OCA in Angola, sind gute Zeichen für die Zukunft, die noch große Kämpfe bringen wird.

Auf Befehl des Pentagon

Salvadors Junta greift Städte mit Bombern an

Auch Soldaten aus Guatemala und Honduras eingesetzt

SAN MIGUEL.— Zum ersten Mal hat die Junta von El Salvador am 2. Mai der Luftwaffe des Landes Befehl gegeben, ein Bombardement durchzuführen. Ziel war dabei die Gegend um die Stadt San Miguel, rund 70 Kilometer von der Hauptstadt entfernt. Angeblicher Grund: Dort sollen starke Guerilla-Einheiten des Revolutionären Volksblocks stationiert sein.

Nur einen Tag später, am 3. Mai, war auch die Stadt Santa Ana Ziel eines Bombenangriffs der salvadorianischen Luftwaffe. Nicht bestätigten Meldungen zufolge sollen dabei über 100 Zivilisten getötet worden rere hundert verletzt worden sein.

Tatsache ist, daß die Macht der Junta nur noch auf den Waffen der Armee beruht. Die Zahl der US-Militärberater beträgt inzwischen 2000, von denen die US-Propaganda selbst ein Fünftel zugibt. Amerikanische Militärberater waren es auch, einem Bericht der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" zufolge, die das Bombardement der zwei Städte „empfohlen" haben. Neben den US-Offizieren, die in Wirklichkeit keine Berater sind, sondern auch Kommandofunktionen haben, sind, von den USA organisiert, auch noch andere ausländische Militärkräfte im Kampf gegen den salvadorianischen Volksaufstand engagiert.

An der Grenze zwischen El Salvador und Guatemala werden von Spezialisten der US-Army mehrere tausend Mann Exilkubaner, Exilvietnamesen und Kader der ehemaligen Nationalgarde Somozas zusammen mit US-Söldnern für den Einsatz vorbereitet.

Im Rahmen des von den USA beherrschten Condeca-Militärpakts (dem Salvador, Guatemala und Honduras angehören) nehmen reguläre guatemaltekische und hondurensische Antiguerilla-Einheiten am Kampf der Juntaarmee teil.

Hektisch betreiben die USA die Vorbereitungen für einen blutigen Entscheidungsschlag. Alleine im Laufe des Mai wurden mehrere hundert nordamerikanische Transportflüge in jenes Grenzgebiet registriert, wo sich die reaktionären Söldnerarmeen gesammelt haben. Diesen Entscheidungsschlag betrachten die USA laut einer Aussage ihres Kriegsorganisators Brzezinski als nötig, da die Guerilleros der Armee immer neue Teile des Landes entreißen würden.

Unter diesen Schlägen zerfällt die Junta immer mehr. Inzwischen hat bereits der achte Minister seit Januar abgedankt. Die faschistischen Offiziere des Landes haben der Junta mit einem Putsch gedroht, weil sie acht Offiziere, denen die Kriegsführung zu wenig brutal war, verhaften ließ.

Dagegen erstarkt der Kampf immer breiterer Teile der Bevölkerung ständig. Waren es im letzten Jahr vor allem die Landarbeiter und armen Bauern sowie die studierende Jugend, die sich am Kampf beteiligte, so hat jetzt die Gewerkschaftsbewegung eine tragende Rolle übernommen. **Von besonderer Bedeutung ist dabei der Streik der 1500 Hafenarbeiter von Acajutla, denn über diesen Hafen liefen drei Viertel des amerikanischen Nachschubs an Waffen und auch Soldaten. Die Tatsache, daß der Hafen jetzt durch die streikenden Arbeiter, die von Erschießung bedroht sind, lahmgelegt wird, hat wesentlich dazu beigetragen, daß der angedrohte amerikanische Entscheidungsschlag bisher nicht stattgefunden hat.**

In einen unbefristeten Streik sind auch 20000 Lehrer getreten, um gegen die Ermordung von 28 Kollegen durch die faschistische Orden-Killerbande, die vom CIA geleitet wird, zu protestieren.

Auch verschiedene akademische Standesorganisationen und Technikervereinigungen haben offiziell erklärt, sie betrachteten sich als Gegner der herrschenden Junta.

In dieser Situation haben sich verschiedene oppositionelle Organisationen zu einer gemeinsamen Front, der revolutionären demokratischen Front (FDR) zusammengeschlossen, um den Sturz der Faschistenjunta zu beschleunigen.

Westjordanland

Amoklauf der Tel Aviver Zionisten

Breitester Widerstand gegen rassistische Siedlungspolitik

NABLUS.— Nach der Ausweisung der drei arabischen Funktionsträger aus ihrer Heimat in den Libanon hat sich die Situation im israelisch besetzten Westjordanland weiter verschärft.

Ausgang der neuesten Entwicklung war die Tötung von fünf Mitgliedern der militärischen „Gush-Eumunim"-Bewegung, die als „Bibelschüler" getarnt die Voraustruppe der Tel Aviver Siedlungspolitik im Westjordanland darstellen. Sie hatten versucht, den Anfang Mai von der Regierung gefaßten Beschluß zur Verstärkung der Besiedlungspolitik zu verwirklichen und waren dabei mit Bewohnern der Stadt Hebron in ein Feuergefecht verwickelt worden. Die Zionisten reagierten mit Notstandsmaßnahmen. Die Armee marschierte auf, politische Rechte wurden völlig außer Kraft gesetzt.

Dieser gesteigerte Terror rief breitesten Widerstand der einheimischen Bevölkerung hervor. Streiks, Demonstrationen und Kundgebungen und verschiedene direkte Aktionen gegen die Siedlungspolitik waren die Folge. PLO-Führer Arafat rief die Palästinenser im Westjordanland zum verstärkten bewaffneten Kampf auf.

Das Ziel der zionistischen Politik ist es, die „Autonomie"-Verhandlungen über das Westjordanland von vornherein zu unterlaufen. Denn diese sogenannten Verhandlungen wurden den Rassenfanatikern Tel Avivs von ihren Washingtoner Hintermännern diktiert, um so vielleicht deren neuen Schützling Sadat etwas aufzupolieren. So hatte der Ministerrat Israels bereits im letzten November beschlossen, im Jahre 1980 6000 Wohneinheiten im Westjordanland für jüdische „Siedler" zu schaffen. Die Verschärfung der Lage seit Anfang Mai hat ihren Grund darin, daß seit diesem Zeitpunkt damit begonnen wurde, die geplanten 3500 Wohneinheiten innerhalb arabischer Städte zu schaffen.

Waren im letzten Jahr noch scheinbare Differenzen zwischen Begins Regierung und den „Gush-Eumunim"-Leuten aufgetreten, so ist inzwischen klar, daß nicht nur die Nationalreligiöse Partei deren rassistische Politik unterstützt, sondern die ganze Regierung.

Denn jetzt wurde bekannt, daß die Regierung **sämtliche** Vorhaben der „Gush"-Terroristen finanziert.

Beteiligt sind aber auch jene, objektiv gesehen staatlichen zionistischen Organisationen, die vom Imperialismus und Zionismus weltweit gefördert werden. Die „Jewish Agency for Erez Israel" zum Beispiel schoß „Gush-Eumunim"-Projekten für 1980 die Summe von rund 130 Millionen Mark zu.

In diesem Zusammenhang muß man nochmals daran erinnern, daß die UNO-Resolution Nr. 3379, mit der im Jahre 1975 festgehalten wurde, daß die Tel Aviver Regierung eine Politik des Rassismus betreibt, nicht zuletzt aufgrund der offen rassistischen Satzungen solcher fast-staatlichen Organisationen zu diesem Ergebnis kam.

Die Streikbewegung im Westjordanland dauert an, die Großkundgebungen sollen ebenfalls fortgesetzt werden.

Meldungen

Madagaskar: Stützpunkte abgelehnt

TANANARIVO.— Die Regierung Madagaskars hat es in einer offiziellen Stellungnahme abgelehnt, irgendeiner ausländischen Militärmacht Stützpunkte oder Landerechte einzuräumen.

Damit antwortete die madegassische Regierung auf Anfragen sowohl der UdSSR als auch der USA, die beide die frühere französische Militärbasis Diego Suarez benutzen wollten. Der Beschluß gelte, so der Regierungssprecher, für Land und Wasser im gesamten Hoheitsgebiet Madagaskars.

Honduras: Kapitalflucht

TEGUCIGALPA.— Die Zentralbank von Honduras veröffentlichte jetzt Zahlen, die eine ständige stärkere Kapitalflucht ausweisen.

Seit dem Sturz der Somoza-Diktatur im Nachbarland Nicaragua und der revolutionären Entwicklung in El Salvador haben auch in Honduras die Unruhen stark zugenommen. Deshalb fürchten die Reichen im Lande um ihre Pfründe. Rund 69 Millionen Mark sind im letzten Dreivierteljahr aus dem Land abgezogen worden.

Südafrika: Neue Namen, alte Verbrechen

PRETORIA.— Der berüchtigte südafrikanische Geheimdienst BOSS wurde umbenannt und bekam einen neuen Chef.

Der neue Namen des Rassistengeheimdienstes lautet jetzt DONS (Department of National Security) und der neue Kommandant der Terrortruppe ist der Politikprofessor Lukas Barnard. An der Universität von Bloemfontain war er Spezialist für Antiguerilla-Kriegstaktik. Der neue Mann ist der erste Geheimdienstchef, der kein Offizier ist. Seine Qualifikation: das Mitgliedsbuch Nummer 10083 der extremen Rassistenorganisation „Afrikaner Broederbond", der seit Jahren sogar die Regierung als „negerfreundlich" bezeichnet.

Nicaragua: Verstärkte Unterdrückung

MANAGUA.— Die herrschende sandinistische Junta betreibt immer offener einen reaktionären Kurs.

Nachdem bereits seit langem die marxistisch-leninistische MAP verfolgt wird, ließ die Junta jetzt auch 30 Funktionäre der revisionistischen KP Nicaraguas verhaften, weil sie einen Streik von Textilarbeitern für Lohnerhöhung unterstützt hätten. Die KPN, treuer Parteigänger der sandinistischen Junta, wies den Vorwurf zurück.

Die letzte Folge unserer Serie untersuchte unter anderem die imperialistischen Interessen der Bundesrepublik im Nahen Osten. Im Hinblick auf die revolutionären Veränderungen im Iran wurde festgestellt: „So war denn der Sturz des Schahs, die Befreiung des iranischen Volkes vom Joch des USA-Imperialismus gleichzeitig eine Befreiung von der Ausplünderung durch die westdeutschen Monopole, eine Niederlage Bonns."

Sterben für die USA? (10. Teil)

Der wachsenden Kriegsgefahr begegnen!

Vorbei war die Zeit, da man dem Iran, diesem erdölreichen Staat, zwecks Energieerzeugung Kernkraftwerke andrehen, ihm überflüssiges Zeug wie U-Boote und andere Waffen gewinnbringend verkaufen konnte. Die überflüssigen Großprojekte wurden gestoppt oder liefen aus. Der Außenhandel mit dem Iran ging von 2,5 Milliarden Mark im ersten Halbjahr 1978 auf 1,4 im ersten Halbjahr 1979 zurück. Der Umsatz der AEG fiel um rund 75 Prozent, der von Siemens ging um 100 Millionen Mark zurück. Daimler-Benz beschränkte sich auf Zulieferungen für Motoren- und LKW-Produktion, BASF mußte einen Umsatzrückgang von 25 Prozent hinnehmen, Hoechst verzeichnete einen Rückgang um 410 Millionen auf 240 Millionen usw. usf. Dennoch blieb die Bundesrepublik trotz eines starken Rückganges der Ausfuhren nach Iran der größte westliche Handelspartner Teherans. 1979 lieferten deutsche Firmen Waren im Wert von 2,3 Milliarden Mark (1978: 6,8 Milliarden) in den Iran, aus dem Iran wurden zur gleichen Zeit Güter im Wert von 4,2 Milliarden Mark bezogen, wobei das Iran-Geschäft heute vorwiegend von kleineren und mittleren Unternehmen getragen wird.

Wenn jetzt die Bundesregierung aus recht einseitiger Solidarität mit Amerika (denn der mit Abstand größte Handelspartner des Iran ist die EG) im Rahmen der EG **ein Handelsembargo gegen Iran beschloß, so stehen dahinter die handfesten Interessen westdeutscher Konzerne, westdeutscher Multis, die verlorengegangenes Terrain zurückerobern und ausdehnen möchten. Schließlich geht es im arabischen Raum um die reichsten Ölressourcen der Welt, aber auch um ein Drittel der Weltphosphate, riesige Mengen Erdgas, Kupfer und Zink. Und Kriege sind schon um viel weniger geführt worden.**

Deshalb unterstützt die Bundesregierung, unterstützt Schmidt offen die Kriegsabenteuer des US-Imperialismus und rechtfertigt sie. Es geht — wie schon gesagt — doch gar nicht um die sogenannten Geiseln, es geht um die Bodenschätze des Iran, den Absatzmarkt, es geht darum, das Land wieder unter die Kontrolle des Westens zu bringen, ein Exempel für die anderen arabischen Völker zu statuieren: Seht, so geht es Euch, wenn Ihr es wagt, uns zu verdrängen, um Euch auf Eure eigenen Kräfte und Ressourcen zu stützen. Deswegen bereitet man neue Kommandounternehmen und Kriegshandlungen gegen den Iran vor, deshalb versucht man das Land in Krieg und Bürgerkrieg zu stürzen, um so besser eingreifen zu können. Sollte sich dann aber — wie zu erwarten — die sowjetische Supermacht ebenfalls einmischen, dann wird es heißen: Die Sowjets greifen zum arabischen Öl, verteidigt die Freiheit des Westens! **Doch was wir verteidigen werden, werden wie im ersten und zweiten Weltkrieg die Profite der Konzerne und Banken sein. Und die Rechnung wird lauten: Blut für Öl!**

Dabei gibt es Öl en masse. Und wir können es kaufen. Die gesamte Rohölförderung in der Welt hat 1979 gegenüber dem Vorjahr um fünf Prozent zugenommen. Wenn es zu teuer ist, so sind nicht die arabischen Ölscheichs, ist nicht der Khomeiny daran schuld — wie man uns einreden möchte —, sondern die Ölkonzerne wie der amerikanische Multi Exxon (Tochter: Esso), der in den ersten drei Monaten dieses Jahres 1 920 000 000 Dollar, also rund dreieinhalb Milliarden Mark (!!) einsackte. Das ist der größte Gewinn, der je von einer Privatgesellschaft innerhalb eines Quartals erwirtschaftet wurde. Dabei ist die Exxon nur einer von den sieben großen Ölkonzernen, deren Gewinne im gleichen Zeitraum nicht viel weniger waren. Solidarität mit den Vereinigten Staaten, wo im Gegensatz zu unseren 1,20 DM der Liter Super immer noch 50 Pfennig kostet!

Ein Handelsboykott Irans beispielsweise belästigt weder den amerikanischen Außenhandel noch die amerikanischen Öleinfuhren. Anders bei den Europäern. Wenn auch die unmittelbaren auf den Iran bezogenen handelspolitischen Konsequenzen gering sind — beim Öl sieht es schon anders aus. Über zehn Prozent Lieferausfall allein für die Bundesrepublik, falls der Iran mit einer Ölliefersperre antwortet. Und wenn infolge einer weiteren Verschärfung der Spannungen im Nahen und Mittleren Osten sich weitere arabische Staaten der Liefersperre des Iran anschließen, wenn die Ölquellen in die Luft fliegen, wenn die diesbezüglichen Notstandspläne der Bundesregierung in Kraft treten und bei 30 Prozent Ölausfall jeglicher Privatverkehr eingestellt wird, werden die Amerikaner noch fröhlich mit ihren Benzinkutschen ins Grüne fahren. Von Solidarität keine Spur.

Begehrliche Blicke auf Afrika

Doch nicht nur auf den Nahen und Mittleren Osten, auch auf den afrikanischen Kontinent haben die westdeutschen Imperialisten ihre begehrlichen Blicke geworfen, versuchen sie, sich verstärkt zu engagieren. Bundesaußenminister Genscher sieht hier große Möglichkeiten der Einflußnahme. Anlaß für diese Überlegungen waren die Abstimmungsniederlagen, die die Sowjetunion nach ihrem Einmarsch in Afghanistan im Sicherheitsrat und in der UNO-Vollversammlung erlitten hatte.

So fließt der Löwenanteil der diesjährigen westdeutschen „Entwicklungshilfe", 831 Millionen DM, wiederum nach Schwarzafrika. Davon erhält Botswana 50 Millionen, Benin 14 Millionen, Gambia 10 Millionen, Ghana 40 Millionen (Schulden an Bonn 263 Mio.), Guinea 15 Millionen, Kamerun 85 Millionen (Schulden 155 Mio.), Uganda 40 Millionen, Zaire 45 Millionen (Schulden 52 Mio.), Kenia 110 Millionen (Schulden 166 Mio.), Liberia 25 Millionen (Schulden 64 Mio.), Madagaskar 20 Millionen (Schulden 50 Mio.), Tansania 110 Millionen (Schulden 184 Mio.), Togo 50 Millionen (Schulden 202 Mio.), Nigeria 20 Millionen (Schulden 205 Mio.), Elfenbeinküste 80 Millionen (Schulden 131 Mio.), Somalia, daß seit der Geiselbefreiung von Mogadischu besonders gefördert wird, eine Mehrjahreszulage von 95 Millionen.

Ganz offensichtlich erfolgt die Verteilung nach der Frage des Wohlverhaltens der einzelnen Länder gegenüber dem Westen und ihrem Reichtum an Rohstoffen: So sind Sambia, das an Bonn mit 58 Millionen Mark verschuldet ist, und Zaire die kupferreichsten Länder in dieser Region. Zaire liegt darüber hinaus im Besitz von Zink an erster Stelle in der Welt. Liberia ist Großexporteur von Eisen. Alles Rohstoffe, von denen die Bundesrepublik teils zu 100 Prozent (Kupfer) abhängig ist.

Weitere bundesrepublikanische Kapitalhilfe, die neben der Rohstoffsicherung der unmittelbaren Eroberung neuer Märkte für die westdeutschen Konzerne dient, geht in diesem Jahr nach: Bangladesh 120 Millionen, Indien 360 Millionen (Schulden an die BRD 3 347 Mio.), Nepal 15 Millionen (Schulden 12 Mio.), Sri Lanka 15 Millionen, Birma 120 Millionen (Schulden 129 Mio.), Indonesien 120 Millionen (Schulden 986 Mio.), Südkorea 15 Millionen, Papua-Neuguinea 10 Millionen, Philippinen 25 Millionen (Schulden 38 Mio.), Thailand 40 Millionen (Schulden 105 Mio.).

Hauptempfängerland bundesdeutscher Entwicklungshilfe in Lateinamerika ist Brasilien mit 70 Millionen (Schulden 406 Mio.), desweiteren sind eingeplant für: Bolivien 30 Millionen (Schulden 103 Mio.), Dominikanische Republik 15 Millionen, Ecuador und Guatemala jeweils 10 Millionen, Haiti 25 Millionen, Nicaragua 25 Millionen (Schulden 43 Mio.), Jamaika 20 Millionen, Peru 50 Millionen (Schulden 137 Mio.), Paraguay 10 Millionen (Schulden 54 Mio.), Costa Rica 20 Millionen u.a.m.

Man sieht, daß auch Bonn der US-amerikanischen Praxis folgt und vornehmlich reaktionärste Regime und Diktaturen mit seiner Hilfe (unseren Steuergeldern) beglückt. Auch wenn sie in diesem Jahr nicht bedacht wurden, haben doch Chile immer noch 173 Millionen und Argentinien 150 Millionen Mark Schulden an die BRD. **Mit ihrer sogenannten Entwicklungshilfe hat die Bundesrepublik bereits die alten Kolonialmächte Frankreich und Großbritannien überflügelt und steht mit ihrem Engagement in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas bereits hinter den USA an zweiter Stelle.**

Kapitalexport

Aber es ist ja nicht allein der staatliche Kapitalexport, der vornehmlich in die unterentwickelten Länder fließt, um hier den Boden für das spätere Eindringen der westdeutschen Konzerne vorzubereiten, es sind die privatwirtschaftlichen Unternehmen selbst, die in zunehmendem Maß Kapital ins Ausland exportieren. **Insgesamt haben westdeutsche Firmen von 1952 bis 1978 rund 58 Milliarden Mark im Ausland investiert.** Allein im vorletzten Jahr waren es über sechs Milliarden, im letzten Jahr noch mehr. Den Löwenanteil von diesen 58 Milliarden schluckten die Industriestaaten nämlich: die USA 8 591 Millionen, Belgien/Luxemburg 5 748 Millionen, Frankreich 5 632 Millionen, Kanada 3 989 Millionen, Schweiz 5 153 Millionen, Niederlande 3 598 Millionen, Spanien 3 215 Millionen, Großbritannien 2 358 Millionen, Österreich 1 852 Millionen, Italien 1 825 Millionen usw.

Natürlich fließt auch umgekehrt ausländisches Kapital in die Bundesrepublik und zwar in den vergangenen 18 Jahren rund 53 Milliarden Mark. Davon kamen 37 Prozent allein aus den USA und 50 Prozent aus der Schweiz, den Benelux-Staaten, Großbritannien und Frankreich. Man kann davon ausgehen, daß es nicht diese, sondern die ärmeren, kapitalschwachen Länder wie Spanien, Österreich, Italien, Griechenland, Portugal u.a. sind, die in zunehmende Abhängigkeit vom westdeutschen Imperialismus geraten.



Schmidt im VW-Werk von Lagos/Nigeria. Nicht zuletzt die Hungerlöhne der schwarzen Arbeiter sind der Grund für den verstärkten Kapitalexport nach Afrika.

Was den Kapitalexport in die Entwicklungsländer, die Verlagerung von Produktionskapazitäten betrifft, so sind es nicht die ärmsten, sondern die ohnehin schon relativ gut entwickelten Länder wie etwa Brasilien, Südkorea, Taiwan und die OPEC-Staaten, **denen der größte Geldsegen zufloß.** Weitere Gelder flossen nach Mexico (766 Millionen), Panama (244 Millionen), Nigeria (221 Millionen), Singapur (200 Millionen), Indien (179 Millionen), Kolumbien (136 Millionen), Thailand (42 Millionen) u.a.m. Die ärmsten Staaten kommen bei diesen Kapitalinvestitionen schlecht weg. Denn wo es keine Straßen, Häfen, Energie, Facharbeiter gibt, besteht so gut wie keine Chance, Privatkapital gewinnträchtig zu investieren.

Bei der Verlagerung von Produktionskapazitäten ins Ausland gehen die westdeutschen Unternehmen in der Reihenfolge von folgenden Gründen aus: Absatzsicherung 70 Prozent, niedrige Löhne 64 Prozent, niedrigere Transportkosten 42 Prozent, Umgehung von Importbeschränkungen 40 Prozent, unsichere Devisenkurse 37 Prozent, ausländische Investitionsförderung 25 Prozent, weniger Steuern 17 Prozent, geringere Grundstückskosten 7 Prozent, weniger Umweltschutz 4 Prozent. **Man nutzt das niedrige Lohnniveau, die längsten Arbeitszeiten und die fehlende Sozialgesetzgebung der Entwicklungsländer um „freie Produktionszonen" zu errichten.** Diese „Hilfsbetriebe" exportieren von Jahr zu Jahr mehr in die Bundesrepublik, während der allgemeine Export derselben Entwicklungsländer in die Bundesrepublik allen nur möglichen Restriktionen unterliegen.

Steigerung der Extraprofite

Die westdeutschen Konzerne haben bei ihrer Praxis der neokolonialistischen Ausplünderung der Entwicklungsländer ihren guten Schnitt gemacht. So trugen diese Extraprofite nicht unwesentlich zu den über **vierhalb Milliarden Mark** bei, die westdeutschlands 50 größte Unternehmen **allein im letzten Jahr an Dividenden** ausschütteten. Die Deutsche Bank rückte inzwischen auf Platz zwei der Weltrangliste vor. **Drei Ziele sind es, die das westdeutsche Finanzkapital verfolgen: erstens, die Ausweitung des politischen und wirtschaftlichen Einflusses der Bundesrepublik; zweitens, die Sicherstellung von Rohstoffquellen; drittens, die Neuverteilung der Weltabsatzmärkte zugunsten der westdeutschen Industrie.**

So setzte sich die Bundesregierung beispielsweise in der Sicherung ihrer Uranvorräte rigoros über bestehende Abkommen hinweg. Trotz Beschlusses des Namibia-Rats der Vereinten Nationen, der 1974 jegliche Förderung, Verarbeitung und Ausfuhr namibischer Bodenschätze für illegal erklärte, stammen von den 14 000 Tonnen Uranerz, die die Bundesrepublik bis Ende 1980 beziehen will, 4 150 Tonnen — also 30 Prozent — aus Namibia und 2 250 aus Südafrika.

Überhaupt halten die Bundesregierung und westdeutsche Firmen schon seit Jahren überaus freundschaftliche Beziehungen zum südafrikanischen Rassistenregime. Bis heute nicht widerlegt ist die von afrikanischer Seite immer wieder vorgetragene Behauptung, daß die BRD Südafrika die Voraussetzungen zum Bau einer eigenen Atombombe lieferte und diese mit ihm gemeinsam baute. **Was feststeht ist, daß die BRD sehr große Mengen wichtiger Rohstoffe aus dem südlichen Afrika bezieht und von der Angst geplagt wird, es könne in Südafrika zu einer ähnlichen Befreiung des afrikanischen Volkes wie in Zimbabwe/Rhodesien kommen.** Dies veranlaßte die „Welt" vom 9.1.80 zur Verbreitung einer angeblich „geheimen Bonner Analyse", nach der Moskau im südlichen Afrika die Rohstoffquellen unter seine Kontrolle zu bringen versuche und damit die Wirtschaftsstabilität der Bundesrepublik Deutschland gefährde. Wörtlich:

„Ein längerfristiger Ausfall beispielsweise der Chromlieferungen aus dieser Region um nur 30 Prozent würde bei uns 6,8 Millionen Arbeitsplätze gefährden. Weitere 14 Millionen Arbeitslose würde eine solche Versorgungslücke bei Mangan und Asbest heraufbeschwören." Wen packt da nicht das kalte Grauen. **20,8 Millionen Arbeitslose in der Bundesrepublik.** Wer arbeitet denn da noch? Und das alles wegen der bösen Russen oder besser der Farbigen, die endlich ihr eigenes Land wieder in Besitz nehmen wollen. Ersteres schreibt man, letzteres denkt man nur. Deshalb forderte die gleiche Zeitung denn auch **„...die Beteiligung der Bundeswehr an erweiterter militärischer Solidarität...außerhalb des NATO-Bereichs"** und meint: „Eine Erweiterung des Interessen- und Einflußgebietes der NATO (auf ganz Afrika, d. Red.) ist im übrigen keine Naivität. Nur waren es bisher einzelne Alliierte, die — wo es nottat — außerhalb des unmittelbaren Bündnisbereichs aktiv wurden: Belgien im Kongo, Frankreich u.a. im sogenannten ‚Zentralafrikanischen Kaiserreich' Bokassas."

Klarer ließen sich die neokolonialistischen Interessen des westdeutschen Imperialismus nicht formulieren. Wie der USA-Imperialismus unterstützt er vorzugsweise rassistische und faschistische Regime gegen den Freiheitskampf der Völker. **Wie die imperialistischen Supermächte versucht er im Spiel der Größeren mitzumischen, um sein Stück vom Weltkuchen zu bekommen.**

Im nächsten RM:

Bereit zum Waffengang

In der nächsten Folge unserer Serie wird die Haltung der Bundesregierung gegenüber den amerikanischen Kriegsvorbereitungen untersucht, die von unerschütterliche Treue zu Washington gekennzeichnet ist.

Stoppt die Ruinierung der bäuerlichen Landwirtschaft

Kostendeckende Erzeugerpreise sind erforderlich!

KPD/ML fordert: Wirtschaftliche und soziale Gleichstellung mit der Stadt

Seit den massiven Bauernprotesten in der letzten Märzwoche in Essen und Straßburg, bei der eine der wichtigsten Forderungen auf die deutliche Erhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise abzielte, bemühen sich Parteien und Regierung verstärkt, diese Forderung der bäuerlichen Landwirtschaft als verbraucherfeindlich zu disqualifizieren. Wir wollen daher zu klären versuchen, welche Bedeutung die Erzeugerpreise für die bäuerliche Landwirtschaft haben und in welchem Zusammenhang sie mit den Verbraucherpreisen stehen.

Zunächst muß einmal festgestellt werden, daß der Bauer seine Erzeugnisse nicht unmittelbar an den Verbraucher weitergibt, sondern an Nahrungsmittelkonzerne zwecks Weiterverarbeitung verkauft bzw. dem Zwischenhandel überlassen muß. Deshalb ist es überhaupt notwendig, zwischen Erzeugerpreis und Verbraucherpreis zu unterscheiden. Der Erzeugerpreis ist jener Betrag, den die marktbeherrschenden Nahrungsmittelkonzerne aus den Taschen des Konsumenten einstreichen.

Wie kommt nun der Erzeugerpreis zustande?

Vom Standpunkt der Nahrungsmittelkonzerne aus gesehen, muß der Erzeugerpreis natürlich extrem niedrig sein, um eine möglichst hohe Gewinnspanne zu erzielen, denn das Interesse dieser Kapitalisten besteht nicht in der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, allein die Realisierung hoher Profite bestimmt ihr Handeln. Und da die kapitalistische Gesellschaft nach der einfachen Regel „Geld bedeutet Macht" funktioniert, sind die kapitalträchtigen Nahrungsmittelkonzerne in der Lage, der vom wirtschaftlichen Ruin bedrohten bäuerlichen Landwirtschaft ihre Bedingungen zu diktieren. Die Bauern müssen zu den vom Kapital diktierten Preisen verkaufen oder sie bleiben auf ihren Erzeugnissen sitzen. Dabei interessiert es die Kapitalisten nicht im geringsten, ob die Bauern bei den aufgezwungenen Erzeugerpreisen wirtschaftlich arbeiten können.

Für die bäuerliche Landwirtschaft ist der Verkauf ihrer Produkte die Haupteinnahmequelle. Somit kommt der Höhe des Erzeugerpreises zentrale Bedeutung zu. Aus den Verkaufserlösen muß der Bauer Familie und Hof unterhalten, Kranken- und Rentenversicherung bestreiten, Bankschulden abzahlen, Neuinvestitionen unternehmen etc.

Er ist also im Gegensatz zu den Nahrungsmittelkonzernen und Zwischenhändlern an einem mindestens kostendeckenden Erzeugerpreis interessiert. Doch von kostendeckenden Erzeugerpreisen kann überhaupt keine Rede sein. Während die Erzeugerpreise in den letzten zehn Jahren um durchschnittlich 38 Prozent gestiegen sind, stiegen die Betriebsmittelpreise im selben Zeitraum um annähernd 60 Prozent.

Wichtige Bestandteile der Betriebsmittelkosten sind Posten für Treibstoff und Reparaturen. Während die Treibstoffkosten sich in den letzten zehn Jahren um 145 Prozent verteuerten (in dieser Zahl sind die Preiserhöhungen von 1980 noch gar nicht berücksichtigt), stiegen auch die Reparaturkosten um mehr als das Doppelte. Gerade solche Betriebe, die unter Aufwendung riesiger finanzieller Mittel ihren Hof mechanisiert haben, sind noch in viel größerem Umfang von der auseinanderklaffenden Schere zwischen Erzeuger- und Betriebsmittelpreisen betroffen als die Durchschnittsstatistik aufzeigen kann.

Auf der Seite der Erzeugerpreise schneiden die Getreidepreise besonders schlecht ab. Sie sind in den letzten zehn Jahren nur um 20 Prozent gestiegen, seit 1976 sogar ständig gesunken. Wenn man bedenkt, daß gerade für auf Getreideanbau spezialisierte Höfe die Mechanisierung besonders hoch sein muß, wird verständlich, daß heute die bäuerliche Landwirtschaft fast vollständig verdrängt ist.

Als weitere Belastung für die bäuerliche Landwirtschaft kommt hinzu, daß auch die allgemeinen Lebenshaltungskosten viel schneller wachsen als die Erzeugerpreise. Selbst die Kredite werden durch die Zinspolitik der Bundesbank ständig teurer und drehen so manchem bäuerlichen Betrieb vollends die Luft ab.

Während beim Bauern also die Zahlen auf der Ausgabenseite rapide emporschnellen, fallen die Einnahmen, die in erster Linie durch die Erzeugerpreise abgedeckt werden, hoffnungslos zurück.

Resultat: Allein im letzten Jahr mußten 28 400 bäuerliche Betriebe aufgeben.

An den verschiedenen Interessen, die an den Erzeugerpreis geknüpft sind, zeigt sich klar und deutlich, daß auch auf dem Lande der Klassenwiderspruch existiert, in diesem Falle zwischen dem Monopolkapital und den von der Ruinierung bedrohten Bauern, wobei diese Bauern ihren Lebensunterhalt meist durch selbständige Arbeit und nicht durch die Ausbeutung von Lohnarbeitern bestreiten.

Die bäuerliche Landwirtschaft befindet sich regelrecht in der Zange des Monopolkapitals. Auf der einen Seite drücken die Nahrungsmittelkonzerne die Erzeugerpreise, auf der anderen Seite plündern die Konzerne die Bauern über Betriebsmittelpreise (landwirtschaftliches Gerät, Düngemittel etc.) aus.

Erschwerend für die Bauern kommt noch hinzu, daß sie zur Erzeugung ihrer Produkte, für die sie später die „stabilen" Erzeugerpreise erhalten, erhebliche Vorleistungen in Form von Maschinen, Saatgut und Düngemitteln aufbringen müssen, deren Preise stark inflationär sind. Sie müssen also zu einem Zeitpunkt erhebliche Geldmittel aufwenden, wo ihnen der ohnehin viel zu niedrige Erlös für ihre Arbeit noch lange nicht zur Verfügung steht. Hier greifen dann die Banken ein, die die Bauern auch von ihrer Seite her in immer größere Abhängigkeit zum Monopolkapital bringen.

Daraus wird klar, daß die bäuerliche Landwirtschaft nur in entscheidendem Kampf gegen das Kapital ihre Interessen verteidigen kann. Der Kampf zur Verteidigung der bäuerlichen Landwirtschaft ist somit untrennbar mit dem Kampf gegen die Monopolbourgeoisie verbunden.

Die KPD/ML unterstützt daher entschieden die Forderung der bäuerlichen Landwirtschaft nach einer deutlichen Anhebung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise!

Wirft man einen Blick auf Parteien, Verbände und Institutionen in Sachen Erzeugerpreis, so wird schnell klar, daß überall an den entscheidenden Stellen die Feinde der bäuerlichen Landwirtschaft sitzen.

Die EG-Kommission steht dabei an der Spitze der Feinde des Landes. Sie will die Erzeugerpreise für das Wirtschaftsjahr 1980/81 um durchschnittlich 2,4 Prozent erhöhen. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß durch verschiedene Grenzausgleichsregelungen für die westdeutsche Landwirtschaft etwa 1,4 Prozent dabei herauskommen würde. Ein Blick auf die Inflationsrate in unserem Land beweist, daß dieser Vorschlag vollkommen indiskutabel ist. Für Milch, Zucker und Rindfleisch wird sogar ein Nullwachstum angestrebt. Gerade in diesem Bereich, vor allem in der Milchwirtschaft, ist die bäuerliche Landwirtschaft besonders stark engagiert.

Die Landwirtschaftsexperten von SPD und FDP sprachen sich im Rahmen einer agrarpolitischen Debatte im Bundestag im März für eine „vorsichtige Preispolitik" aus, während der CDU-Agrarexperte Burkhard Ritz sich für 4 Prozent aussprach.

Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV) forderte auf den Protestveranstaltungen der Bauern 7,9 Prozent, die einzig ernstzunehmende Forderung, die bisher genannt wurde.

Hier allerdings ist es Aufgabe der DBV-Mitgliedschaft, für den nötigen Nachdruck zu sorgen, denn der Diskussionsbeitrag des bayrischen Bauernpräsidenten Sühler macht deutlich, daß man sich in den Kreisen der Verbandsspitze auch mit weniger zufrieden geben würde. Er setzte eine Forderung von 5 Prozent in Umlauf.

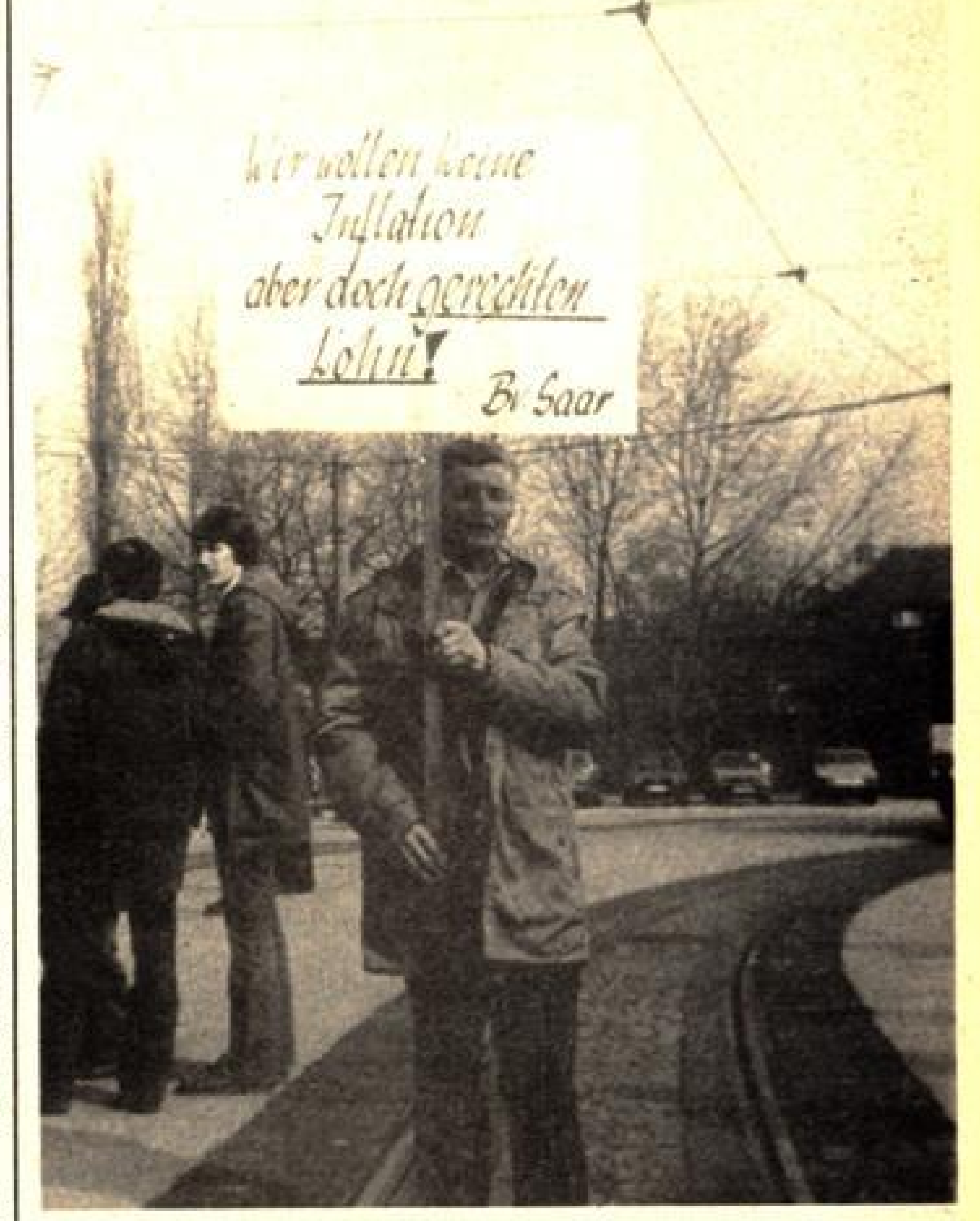
Die KPD/ML fordert in ihren Aktionsprogramm: „Wirksame Förderung der ländlichen Gebiete zu ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Gleichstellung mit der Stadt!"

Für die Erzeugerpreise bedeutet das, daß sie mindestens in dem Maße angehoben werden müssen, daß die bäuerliche Landwirtschaft kostendeckend produzieren muß. Nur die Durchsetzung dieser Forderung wird die wachsende Ruinierung der bäuerlichen Landwirtschaft zumindest erheblich verlangsamen. Insgesamt müssen die Erzeugerpreise in dem Maße angehoben werden, daß die bäuerlichen Landwirtschaft ein Einkommen ermöglichen, das mit dem Durchschnittslohn der Arbeiter und Angestellten vergleichbar ist.

jvt



Am 24. März demonstrierten 14 000 Bauern in Essen



Am 24. März demonstrierten 14 000 Bauern in Essen für eine deutliche Erhöhung der Erzeugerpreise.

Erzeuger und Verbraucher sitzen in einem Boot!

Zugegebenermaßen klingt die in der Überschrift getroffene Einschätzung recht ungewöhnlich – zumal, wenn sie von Kommunisten getroffen wird. Und in der Regel ist es auch genau umgekehrt. In der kapitalistischen Gesellschaft sind die Warenproduzenten Räuber, die uns das sauer verdiente Geld aus der Tasche ziehen. Mit dieser völlig richtigen Erfahrung spekulieren die Verantwortlichen in unserem Land, wenn die bäuerliche Landwirtschaft die Erhöhung der Erzeugerpreise verlangt. Dabei verschweigt man bewußt, daß diejenigen landwirtschaftlichen Produkte, die der Verbraucher in Form von Joghurt, Dickmilch, Butter, Mehl etc. kaufen kann, gar nicht aus den Händen der bäuerlichen Landwirtschaft kommen. Die bäuerliche Landwirtschaft ist nicht der Warenproduzent jener Waren, die der Verbraucher in den Regalen der Supermärkte vorfindet. Diese Produkte werden hergestellt und verarbeitet von den Lohnarbeitern der Nahrungsmittelkonzerne. **Die ursprünglichen Produkte der bäuerlichen Landwirtschaft wie Milch oder Weizen bilden gewissermaßen den Rohstoff, den die Nahrungsmittelkonzerne weiterverarbeiten.**

Die Preise, für die diese verarbeiteten Produkte an den Konsumenten verkauft werden, haben mit den Erzeugerpreisen, also jenem Preis, den der Bauer für Milch etc. erhält, nicht mehr das geringste zu tun.

Sie werden vielmehr rücksichtslos in die Höhe getrieben. Das Kapital schreckt auch nicht vor einer groß angelegten Angebotsverknappung zurück, die den Preis künstlich hochhält. Die zahlreichen vom Steuerzahler subventionierten Milch- und Butterberge, die skandalösen Gemüse- und Getreidevernichtungsaktionen legen darüber Zeugnis ab.

Die hohen und laufend steigenden Verbraucherpreise für landwirtschaftliche Produkte gehen somit voll und ganz auf das Konto der Nahrungsmittelkonzerne, die einerseits den Bauern ihre Produkte für aufgezwungene Niedrigpreise abnehmen und sie andererseits für Höchstpreise auf den Markt werfen.

Erzeuger und Verbraucher sitzen im Gegensatz zur bürgerlichen Demagogie in einem Boot, denn sie werden beide vom Kapital ausgeplündert. Die Hetze der Bourgeoisie gegen die Erhöhung der Erzeugerpreise sollen den Arbeiter gegen die bäuerliche Landwirtschaft ausspielen.

jvt

Neue Ausgabe des „Freien Landvolks" erschienen

Aus dem Inhalt:
- **Alles über den Milchmarkt**
- **Nein zum Getreideboykott**
- **Betrügereien auf fast allen Schlachthöfen**
- **Klöckner-Humboldt-Deutz: Feind des Landes**

zu bestellen über:

Verlag Gerd Coldewey
Seefelder Außendeich
2883 Stadtland 3

(Einzelpreis bei 24 Seiten: 70 Pfennig; Jahresabo bei vierteljährlicher Erscheinungsweise: 4 Mark.)



Friedrich Engels

„Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft" [*Auszüge*]

Vor der kapitalistischen Produktion, also im Mittelalter, bestand allgemeiner Kleinbetrieb auf Grundlage des Privateigentums der Arbeiter an ihren Produktionsmitteln: der Ackerbau der kleinen, freien oder hörigen Bauern, das Handwerk der Städte. Die Arbeitsmittel — Land, Ackergerät, Werkstatt, Handwerkszeug — waren Arbeitsmittel des einzelnen, nur für den Einzelgebrauch berechnet, also notwendig kleinlich, zwerghaft, beschränkt. Aber sie gehörten eben deshalb auch in der Regel dem Produzenten selbst. Diese zersplitterten, engen Produktionsmittel zu konzentrieren, auszuweiten, sie in die mächtig wirkenden Produktionshebel der Gegenwart umzuwandeln, war gerade die historische Rolle der kapitalistischen Produktionsweise und ihrer Trägerin, der Bourgeoisie. Wie sie dies seit dem 15. Jahrhundert auf den drei Stufen der einfachen Kooperation, der Manufaktur und der großen Industrie geschichtlich durchgeführt, hat Marx im vierten Abschnitt des „Kapital" ausführlich geschildert. Aber die Bourgeoisie, wie dort ebenfalls nachgewiesen, konnte jene beschränkten Produktionsmittel nicht in gewaltige Produktivkräfte verwandeln, ohne sie aus Produktionsmitteln des einzelnen in *gesellschaftliche*, nur von einer *Gesamtheit von Menschen* anwendbare Produktionsmittel zu verwandeln. An die Stelle des Spinnrads, des Handwebestuhls, des Schmiedehammers trat die Spinnmaschine, der mechanische Webstuhl, der Dampfhammer; an die Stelle der Einzelwerkstatt, die das Zusammenwirken von Hunderten und Tausenden gebietende Fabrik. Und wie die Produktionsmittel, so verwandelte sich die Produktion selbst aus einer Reihe von Einzelhandlungen in eine Reihe gesellschaftlicher Akte, und die Produkte aus Produkten einzelner in gesellschaftliche Produkte. Das Garn, das Gewebe, die Metallwaren, die jetzt aus der Fabrik kamen, waren das gemeinsame Produkt vieler Arbeiter, durch deren Hände sie der Reihe nach gehn mußten, ehe sie ferig wurden. Kein einzelner konnte von ihnen sagen: Das habe *ich* gemacht, das ist *mein* Produkt.

***

In der Warenproduktion, wie sie sich im Mittelalter entwickelt hatte, konnte die Frage gar nicht entstehn, wem das Erzeugnis der Arbeit gehören solle. Der einzelne Produzent hatte es, in der Regel, aus ihm gehörenden, oft selbst erzeugtem Rohstoff, mit eignen Arbeitsmitteln und mit eigner Handarbeit oder der seiner Familie hergestellt. Es brauchte gar nicht erst von ihm angeeignet zu werden, es gehörte ihm ganz von selbst. Das Eigentum am Produkte beruhte also *auf eigner Arbeit*. Selbst wo fremde Hilfe gebraucht ward, blieb diese in der Regel Nebensache und erhielt häufig außer dem Lohn noch andre Vergütung: Der zünftige Lehrling und Geselle arbeiteten weniger wegen der Kost und des Lohns, als wegen ihrer eignen Ausbildung zur Meisterschaft. Da kam die Konzentration der Produktionsmittel in großen Werkstätten und Manufakturen, ihre Verwandlung in tatsächlich gesellschaftliche Produktionsmittel. Aber die gesellschaftlichen Produktionsmittel und Produkte wurden behandelt, als wären sie nach wie vor die Produktionsmittel und Produkte einzelner. Hatte bisher der Besitzer der Arbeitsmittel sich das Produkt angeeignet, weil es in der Regel sein eignes Produkt und fremde Hilfsarbeit die Ausnahme war, so fuhr jetzt der Besitzer der Arbeitsmittel fort, sich das Produkt anzueignen, obwohl es nicht mehr *sein* Produkt war, sondern ausschließlich Produkt *fremder Arbeit*. So wurden also die nunmehr gesellschaftlich erzeugten Produkte angeeignet nicht von denen, die die Produktionsmittel wirklich in Bewegung gesetzt und die Produkte wirklich erzeugt hatten, sondern vom *Kapitalisten*. Produktionsmittel und Produktion sind wesentlich gesellschaftlich geworden. Aber sie werden unterworfen einer Aneignungsform, die die Privatproduktion einzelner zur Voraussetzung hat, wobei also jeder sein eignes Produkt besitzt und zu Markte bringt. Die Produktionsweise wird dieser Aneignungsform unterworfen, obwohl sie deren Voraussetzung aufhebt. In diesem Widerspruch, der der neuen Produktionsweise ihren kapitalistischen Charakter verleiht, *liegt die ganze Kollision der Gegenwart bereits im Keim*. Je mehr die neue Produktionsweise auf allen entscheidenden Produktionsfeldern und in allen ökonomisch entscheidenden Ländern zur Herrschaft kam und



damit die Einzelproduktion bis auf unbedeutende Reste verdrängte, *desto greller mußte auch an den Tag treten die Unverträglichkeit von gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung.*

Die ersten Kapitalisten fanden, wie gesagt, die Form der Lohnarbeit bereits vor. Aber Lohnarbeit als Ausnahme, als Nebenbeschäftigung, als Aushilfe, als Durchgangspunkt. Der Landarbeiter, der zeitweise taglöhnern ging, hatte seine paar Morgen eignes Land, von denen allein er zur Not leben konnte. Die Zunftordnungen sorgten dafür, daß der Geselle von heute in den Meister von morgen überging. Sobald aber die Produktionsmittel in gesellschaftliche verwandelt und in den Händen von Kapitalisten konzentriert wurden, änderte sich dies. Das Produktionsmittel wie das Produkt des kleinen Einzelproduzenten wurde mehr und mehr wertlos; es blieb ihm nichts übrig, als zum Kapitalisten auf Lohn zu gehn. Die Lohnarbeit, früher Ausnahme und Aushilfe, wurde Regel und Grundform der ganzen Produktion; früher Nebenbeschäftigung, wurde sie jetzt ausschließliche Tätigkeit des Arbeiters. Der zeitweilige Lohnarbeiter verwandelte sich in den lebenslänglichen. Die Menge der lebenslänglichen Lohnarbeiter wurde zudem kolossal vermehrt durch den gleichzeitigen Zusammenbruch der feudalen Ordnung, Auflösung der Gefolgschaften der Feudalherren, Vertreibung von Bauern aus ihren Hofstellen etc. Die Scheidung war vollzogen zwischen den in den Händen der Kapitalisten konzentrierten Produktionsmitteln hier und den auf den Besitz von nichts als ihrer Arbeitskraft reduzierten Produzenten dort. *Der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung tritt an den Tag als Gegensatz von Proletariat und Bourgeoisie.*

***

Wenn die Krisen die Unfähigkeit der Bourgeoisie zur fernern Verwaltung der modernen Produktivkräfte aufdeckten, so zeigt die Verwandlung der großen Produktions- und Verkehrsanstalten in Aktiengesellschaften, Trusts und Staatseigentum die Entbehrlichkeit der Bourgeoisie für jenen Zweck. Alle gesellschaftlichen Funktionen des Kapitalisten werden jetzt von besoldeten Angestellten versehn. Der Kapitalist hat keine gesellschaftliche Tätigkeit mehr, außer Revenueneinstreichen, Kuponabschneiden und Spielen an der Börse, wo die verschiednen Kapitalisten untereinander sich ihr Kapital abnehmen. Hat die kapitalistische Produktionsweise zuerst Arbeiter verdrängt, so verdrängt sie jetzt die Kapitalisten und verweist sie, ganz wie die Arbeiter, in die überflüssige Bevölkerung, wenn auch zunächst noch nicht in die industrielle Reservearmee.

Aber weder die Verwandlung in Aktiengesellschaften und Trusts noch die in Staatseigentum hebt die Kapitaleigenschaft der Produktivkräfte auf. Bei den Aktiengesellschaften und Trusts liegt dies auf der Hand. Und der moderne Staat ist wieder nur die Organisation, welche sich die bürgerliche Gesellschaft gibt, um die allgemeinen äußern Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise aufrechtzuerhalten gegen Übergriffe sowohl der Arbeiter wie der einzelnen Kapitalisten. Der moderne Staat, was auch seine Form, ist eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der ideelle Gesamtkapitalist. Je mehr Produktivkräfte er in sein Eigentum übernimmt, desto mehr wird er wirklicher Gesamtkapitalist, desto mehr Staatsbürger beutet er aus. Die Arbeiter bleiben Lohnarbeiter, Proletarier. Das Kapitalverhältnis wird nicht aufgehoben, es wird vielmehr auf die Spitze getrieben. Aber auf der Spitze schlägt es um. Das Staatseigentum an den Produktivkräften ist nicht Lösung des Konflikts, aber es birgt in sich das formelle Mittel, die Handhabe der Lösung.

Diese Lösung kann nur darin liegen, daß die gesellschaftliche Natur der modernen Produktivkräfte tatsächlich anerkannt, daß also die Produktions-, Aneignungs- und Austauschweise in Einklang gesetzt wird mit dem gesellschaftlichen Charakter der Produktionsmittel. Und dies kann nur dadurch geschehn, daß die Gesellschaft offen und ohne Umwege Besitz ergreift von den jeder andren Leitung außer der ihrigen entwachsenen Produktivkräften.

***

Indem die kapitalistische Produktionsweise mehr und mehr die große Mehrzahl der Bevölkerung in Proletarier verwandelt, schafft sie die Macht, die diese Umwälzung, bei Strafe des Untergangs, zu vollziehn genötigt ist. Indem sie mehr und mehr auf Verwandlung der großen, vergesellschafteten Produktionsmittel in Staatseigentum drängt, zeigt sie selbst den Weg an zur Vollziehung der Umwälzung. *Das Proletariat ergreift die Staatsgewalt und verwandelt die Produktionsmittel zunächst in Staatseigentum.* Aber damit hebt es sich selbst als Proletariat, damit hebt es alle Klassenunterschiede und Klassengegensätze auf und damit auch den Staat als Staat. Die bisherige, sich in Klassengegensätzen bewegende Gesellschaft hatte den Staat nötig, d.h. eine Organisation der jedesmaligen ausbeutenden Klasse zur Aufrechterhaltung ihrer äußern Produktionsbedingungen, also namentlich zur gewaltsamen Niederhaltung der ausgebeuteten Klasse in den durch die bestehende Produktionsweise gegebnen Bedingungen der Unterdrückung (Sklaverei, Leibeigenschaft oder Hörigkeit, Lohnarbeit). Der Staat war der offizielle Repräsentant der ganzen Gesellschaft, ihre Zusammenfassung in einer sichtbaren Körperschaft, aber er war dies nur, insofern er der Staat derjenigen Klasse war, welche selbst für ihre Zeit die ganze Gesellschaft vertrat: im Altertum Staat der sklavenhaltenden Staatsbürger, im Mittelalter des Feudaladels, in unsrer Zeit der Bourgeoisie. Indem er endlich tatsächlich Repräsentant der ganzen Gesellschaft wird, macht er sich selbst überflüssig. Sobald es keine Gesellschaftsklasse mehr in der Unterdrückung zu halten gibt, sobald mit der Klassenherrschaft und dem in der bisherigen Anarchie der Produktion begründeten Kampf ums Einzeldasein auch die daraus entspringenden Kollisionen und Exzesse beseitigt sind, gibt es nichts mehr zu reprimieren, das eine besondere Repressionsgewalt, einen Staat, nötig machte. Der erste Akt, worin der Staat wirklich als Repräsentant der ganzen Gesellschaft auftritt — die Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft —, ist zugleich sein letzter selbständiger Akt als Staat. Das Eingreifen einer Staatsgewalt in gesellschaftliche Verhältnisse wird auf einem Gebiete nach dem andern überflüssig und schläft dann von selbst ein. An die Stelle der Regierung über Personen tritt die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen. Der Staat wird nicht „abgeschafft", *er stirbt ab.*

***

Mit der Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft ist die Warenproduktion beseitigt und damit die Herrschaft des Produkts über die Produzenten. Die Anarchie innerhalb der gesellschaftlichen Produktion wird ersetzt durch planmäßige Organisation. Der Kampf ums Einzeldasein hört auf. Damit erst scheidet der Mensch, in gewissem Sinn, endgültig aus dem Tierreich, tritt aus tierischen Daseinsbedingungen in wirklich menschliche. Der Umkreis der die Menschen umgebenden Lebensbedingungen, der die Menschen bis jetzt beherrschte, tritt jetzt unter die Herrschaft und Kontrolle der Menschen, die nun zum ersten Male bewußte, wirkliche Herren der Natur, weil und indem sie Herren ihrer eignen Vergesellschaftung werden. Die Gesetze ihres eignen gesellschaftlichen Tuns, die ihnen bisher als von Natur und Geschichte aufgenötigt gegenüberstand, wird jetzt ihre freie Tat. Die objektiven, fremden Mächte, die bisher die Geschichte beherrschten, treten unter die Kontrolle der Menschen selbst. Erst von da an werden die Menschen ihre Geschichte mit vollem Bewußtsein selbst machen, erst von da an werden die von ihnen in Bewegung gesetzten gesellschaftlichen Ursachen vorwiegend und in stets steigendem Maß auch die von ihnen gewollten Wirkungen haben. Es ist der Sprung der Menschheit aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit.

Über Friedrich Engels' Schrift „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft".

Unübertroffene Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus

Eine „Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus" nannte Karl Marx die vor hundert Jahren, im April 1980, erstmals erschienene Schrift „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft" von Friedrich Engels. Das Werk ist eine bis heute unübertroffene kurzgefaßte Darstellung der Weltanschauung des Proletaritats, der gesellschaftlichen und ökonomischen Grundlagen und der Programmatik der sozialistischen Revolution.

Grundlage der kurzen Schrift bilden drei Kapitel des umfangreichen Werkes „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft" („Anti-Dühring"), das Engels bereits in den Jahren 1876 bis 78 verfaßte. Die drei Kapitel arbeitete Engels auf Bitten des französischen Sozialisten und engen Kampfgefährten von Marx und Engels, Paul Lafargue, zu einer selbständigen populären Schrift um, um so die bevorstehende Gründung einer selbständigen Arbeiterpartei in Frankreich zu unterstützen. Die Abhandlung erschien zuerst in französischer Sprache.

Bereits zu Lebzeiten Engels erlebte das Werk eine außergewöhnliche Verbreitung. Unmittelbar nach seinem Erscheinen in französischer Sprache wurde eine polnische und spanische Ausgabe besorgt. 1883 erschien das Buch erstmals in deutscher Sprache, und 1891 war das Buch bereits in zehn Sprachen verbreitet. „Ich wüßte nicht", schrieb Friedrich Engels, „daß irgendein andres sozialistisches Werk, nicht einmal unser ‚Kommunistisches Manifest' von 1848 oder Marx' ‚Kapital', so viele Male übersetzt worden wäre." — Das kleine Buch gehört bis heute zu den meistgelesensten Werken der Klassiker des Marxismus-Leninismus; es spielte und spielt eine wesentliche Rolle bei der Propagierung der marxistischen Ideen.

Die Schrift „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft" besteht aus drei Abschnitten. In den ersten beiden Abschnitten untersucht Engels die gesellschaftlichen und theoretischen Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus; er weist in klarer Darstellung nach, daß der wissenschaftliche Sozialismus nicht das Produkt „dieses oder jenes genialen Kopfes, sondern... das notwendige Erzeugnis des Kampfes zweier geschichtlich entstandener Klassen, des Proletariats und der Bourgeoisie" ist. Dabei kommt Engels zu einer gerechten Darstellung und Würdigung der fortschrittlichen Ideen der drei großen Utopisten Claude-Henri Saint-Simon, Charles Fourier und Robert Owen, sowie der Rolle der deutschen Philosophie, namentlich Hegels. Engels charakterisiert in seiner Schrift die metaphysische und dialektische Auffassung in der Philosophie, charakterisiert Materialismus und Idealismus sowie deren gesellschaftliche Bedingtheit; er entwickelt anschaulich, wie der „Idealismus aus seinem letzten Zufluchtsort, aus der Geschichtsauffassung, vertrieben, eine materialistische Geschichtsauffassung gegeben und der Weg gefunden [wurde], um das Bewußtsein der Menschen aus ihrem Sein, statt wie bisher ihr Sein aus ihrem Bewußtsein zu erklären."

Im dritten Abschnitt seiner Schrift entwickelt Engels aus dem grundlegenden Widerspruch der kapitalistischen Gesellschaft — gesellschaftliche Form der Produktion und privaten Form der Aneignung der Produkte — den gesetzmäßigen Entwicklungsgang der kapitalistischen Gesellschaft und beweist so die Notwendigkeit ihrer Aufhebung durch die proletarische Revolution. Aus diesem Abschnitt stammen die nebenstehenden Auszüge.

Theaterkritik

Warum soll Wilhelm eigentlich Heinrich heißen?

Zu dem Stück „Mensch Wilhelm, du heißt Heinrich" von Hempels-Theater GmbH

Im Rahmen der Ruhrfestspiele Recklinghausen führte die Hamburger Hempels-Theater GmbH ihr neues Stück „Mensch Wilhelm, du heißt Heinrich" auf. Thema des Stücks ist die Arbeitslosigkeit, die Frage nach ihren Ursachen und den Möglichkeiten zu ihrer Überwindung. Entstanden ist das Stück in Coproduktion mit dem „jungen forum"/Ruhrfestspiele und der IG Metall. Es sollte, nach Aussagen der Hempels-Theater GmbH, „Theater für lohnabhängige Arbeitnehmer" sein. Von Thema, Entstehung und Absicht her also ein Stück, das von vornherein Interesse verdient.

In der Tat fesselt das Stück zunächst durch einfallsreiches und gekonntes Spiel. Verschiedenste Stilmittel kommen zum Einsatz, lösen sich in rasantem Wechsel ab, gehen ineinander über und auseinander hervor. Gleich zu Beginn findet der Zuschauer, wenn er den Saal betritt, die Theatergruppe auf der Bühne schon in einer „Strategiediskussion" von bestem Juso-Zuschnitt begriffen; und aus dieser Persiflage entwickelt sich dann, wenn die Zuschauerplätze besetzt sind, das eigentliche Stück: rund um das Thema Arbeitslosigkeit eine Kombination von Songs — zum Beispiel den Song von der Arbeitskraft —, von Agitprop-Szenen — ein Stelzenmann mit dem Zeichen des Arbeitsamtes auf dem Rücken verlost Arbeitsplätze —, von Spielfilmeinblendungen, von Spielszenen, die an ein Brechtsches Theater erinnern. Eine dieser Szenen, die Kantinenszene, in der eine Arbeiterin auftritt, die durch die Akkordarbeit zur Alkoholikerin gemacht und dann aufgrund ihres Alkoholismus entlassen wurde, dürfte die stärkste Passage des ganzen Stücks sein.

Die Spielhandlung, die dem Stück zugrundeliegt, ist folgende: Ein Arbeitsloser wird in die Position eines Chefs eines großen Waschmittelkonzerns versetzt. Der Arbeitslose meint, wenn man nur vernünftig und menschlich an die Sache ranginge, bräuchten Entlassungen und Arbeitslosigkeit kein Problem mehr zu sein. „In meinem Betrieb gibt es in Zukunft das Wort ‚Entlassung' nicht mehr", sagt er. Er kollidiert jedoch laufend mit der kapitalistischen Wirklichkeit, mit den ökonomischen Zwängen, mit der Konkurrenz. Durch seine Weigerung, Arbeiter zu entlassen, bringt er das Unternehmen in die Krise. Die Arbeiter fürchten nun erst recht um ihre Arbeitsplätze. Und am Ende muß dieser Chef, dem die Unternehmermoral fehlt, den Arbeitern auf einer Betriebsversammlung eingestehen: Ich bin euer Feind; ich bin es unabhängig von meiner eigenen Einstellung, ich bin es aufgrund der Tatsache, daß ich Kapitalist bin.

In die auf der Bühne ablaufenden revueartigen Szenen wird durch die stückweise Einblendung eines Spielfilms eine weitere Handlungsebene hineingebracht: Der wirkliche Chef der Waschmittelwerke ist durch einen dummen Zufall in die Gewalt und in den Haushalt eines Arbeitslosen geraten. Der Arbeitslose aber, der den Kapitalisten niedergeschlagen hat, wird mit dieser Situation nicht fertig. Da kommen er und seine Freunde auf die Idee, dem Kapitalisten einzureden, daß er ja eigentlich gar nicht der bekannte Waschmittelfabrikant ist, sondern der verrückte Arbeitslose Müller: „Mensch Wilhelm, du heißt Heinrich!"

Die Filmeinblenden über die Bewußtseinskrise des Waschmittelfabrikanten sind lustig und einfallsreich gemacht, aber an einem gewissen Punkt des Stückes fragt man sich, was sie eigentlich sollen. Warum soll Wilhelm unbedingt Heinrich heißen? — Das Stück mit einer Vielzahl von Stilmitteln und Einfällen läuft auseinander. Die angeschnittenen Themen, Probleme, Konflikte sind zu viele, als daß sie schließlich noch einigermaßen unter einen Hut zusammengeführt werden könnten. Je mehr das Stück fortschreitet, desto mehr wird klar, daß das in den Raum hineingestellte-, gespielte-, gesungene-, projizierte am Ende in keinen halbwegs passablen Zusammenhang mehr gestellt werden kann.

Es ist jedoch nicht nur der formale Aspekt des Stückes, die streckenweise uneinheitliche, unzusammenhängende und überzogene Komposition, die beim Zuschauer ein Gefühl der Unzufriedenheit hinterläßt. — Vor allem auch in der inhaltlichen Konzeption des Stückes liegt ein Fehler.

Das Stück zeigt Arbeitslosigkeit als Grundübel des Kapitalismus, als notwendige Folge des Systems. Das ist gut. Aber es zeigt dieses Übel undialektisch, nur als etwas Unausweichliches, als sei jeder Kampf dagegen aussichtslos. Während das Stück eindrucksvoll die Macht der ökonomischen Zwänge des Kapitalismus darstellt, versäumt es gleichzeitig, die Gegenkraft dazu sinnfällig zu machen: die Solidarität der Arbeiter, den Klassenkampf des Proletariats. Dies wäre um so notwendiger gewesen, als es sich bei „Mensch Wilhelm, du heißt Heinrich" um ein bewußt gewerkschaftliches Stück handelt, das vornehmlich vor Arbeitern gespielt werden soll, um „Theater für lohnabhängige Arbeiter".

Vielleicht mag zu diesem schwerwiegenden Mangel des Stücks die Ausgangssituation des Stücks entscheidend beigetragen haben: Ausgangspunkt ist die „Strategiediskussion" und in diesem Zusammenhang die Schwierigkeit der „Strategen", einem Arbeitslosen politökonomische Zusammenhänge klarzumachen. Und da die abgehobenen Theorien ihr Ziel nicht erreichen, versuchen die „Strategen" eben, die Lehrsätze und Begriffe in Spielsituationen zu übersetzen. So wird nicht von der wirklichen Klassenkampfsituation, und damit von den Problemen der Zuschauer vor der Bühne, ausgegangen, sondern das Stück wird aus den Vermittlungsproblemen eines Seminars über den Marxismus entwickelt. So ist von den tatsächlichen Kämpfen der Arbeiter gegen Rationalisierungen und Entlassungen in dem Stück nicht die Rede, nicht zum Beispiel vom Kampf um die 35-Stunden-Woche oder von den Streiks gegen Stillegungen, den Betriebsbesetzungen usw. Natürlich braucht ein solcher Einstieg in das Stück wie bei „Mensch Wilhelm, du heißt Heinrich" es nicht von vornherein zum Scheitern zu verurteilen; aber es ist problematisch.



Für die Zwiespältigkeit des Stücks typisch ist zum Beispiel die letzte Szene: Der zum Konzernchef avancierte Arbeitslose versucht seiner Belegschaft einzuhämmern: Ich bin euer Feind. Die Konsequenz und Radikalität, mit der das Stück so den Gegensatz von Arbeitern und Kapitalisten aufzeigt, ist beeindruckend. Merkwürdig aber ist, daß es der Kapitalist ist, der seine Arbeiter so „aufklären" muß. Es ist eine ähnliche Haltung wie bei der Strategiediskussion zu Beginn des Stückes: Von außen werden an die Arbeiter die Weisheiten herangetragen.

Ein wirkliches „Theater für lohnabhängige Arbeitnehmer" ist der Hempels-Theater GmbH mit „Mensch Wilhelm, du heißt Heinrich" noch nicht gelungen. In vielen Passagen jedoch — so in der Szene in der Kantine, in den Unternehmerszenen u.a. — bieten sie gute und sehr gut Ansätze dazu. Diese Ansätze gilt es weiterzuentwickeln. Denn daß die Hempels-Theater spielen können, haben sie mit „Mensch Wilhelm, du heißt Heinrich" allemal bewiesen.

ju

Wallraff-Archiv verschwunden

FRANKFURT. — Ein Archiv mit belastendem Material gegen die BILD-Zeitung ist aus der sogenannten „Gegen-BILD-Stelle" in Frankfurt verschwunden. Wegen des Verdachts des Einbruchs wurde Anzeige erstattet. Die „Gegen-BILD-Stelle" war im Zusammenhang mit den Veröffentlichungen des Schriftstellers Günter Wallraff über die Arbeitsweise der BILD-Zeitung gegründet worden.

Hanns-Kralik-Ausstellung

DÜSSELDORF. — Am Donnerstag letzter Woche wurde in Düsseldorf eine Ausstellung mit Arbeiten des Malers und Grafikers Hanns Kralik eröffnet. Die Ausstellung ist zunächst in dem Kunstmobil auf dem Gustaf-Gründgens-Platz vorm Düsseldorfer Schauspielhaus zu besichtigen. Ab dem 27. Mai wird sie im Stadtmuseum Düsseldorf gezeigt: Täglich von 10 bis 17 Uhr, mittwochs bis 20 Uhr.

Hanns Kralik (1900 bis 1971), von Beruf Bergarbeiter, war von Anfang an mit der kommunistischen Bewegung verbunden. Als Maler, Zeichner und Grafiker bildete er sich seit seiner Jugend autodidaktisch. 1933 wurde er verhaftet und im KZ Börgermoor interniert. 1934 gelang ihm die Flucht ins Ausland; mit seiner künstlerischen Arbeit unterstützte er den Kampf gegen die Faschisten. Nach der Befreiung wurde er als Mitglied der KPD Kulturdezernent der Stadt Düsseldorf. Durch Erlaß der Adenauer-Regierung wurde er 1951 aus dem Amt entlassen und arbeitete bis zu seinem Tode wieder als freischaffender Maler und Grafiker.

CDU gegen Jens-Professur

Welch eine Angst vor dem freien Wort.

Vorgeschoben werden formale und Verfahrensgründe. In Wirklichkeit geht es aber darum, einen unbequemen Kritiker auszuschalten und fernzuhalten. In Hamburg sperrt sich die CDU vehement gegen die Berufung des Tübinger Rhetorik-Professors Walter Jens an die Hamburger Universität.

Jens' Berufung an die Hamburger Universität soll im Rahmen eines neuen Bildungsprojektes erfolgen. Mit fünf bis sieben neu zu schaffenden Lehrstühlen soll in Hamburg ein allgemeines Vorlesungswesen wieder eingeführt werden — zugänglich nicht nur für Studenten, sondern auch für die Hamburger Bevölkerung, die sonst der Zugang zur Universität verschlossen bleibt. Jens sollte dabei eine sogenannte „Widmungsprofessur" erhalten, einen „Lessing-Lehrstuhl" — in Anlehnung an den Aufklärer Gotthold Ephraim Lessing, der schon vor gut 200 Jahren verlangt hatte, die Bildung über Forschung und Lehre hinaus „zur öffentlichen Affäre zu machen".

Weil sich die akademischen und politischen Gremien in Hamburg über die Berufung von Jens einig waren, wurde auf eine öffentliche Ausschreibung des Lehrstuhls verzichtet. An diesem Punkt jedoch hakte die Hamburger CDU ein; sie nahm den juristischen Formfehler zum Anlaß, um die Berufung von Jens zu torpedieren. Daß es ihr dabei nicht um Formfragen, sondern um die politische Haltung von Jens ging, wurde schon bald klar.

Der CDU-Politiker Echternach nannte Walter Jens einen „Rhetorik-Professor in Sachen Eurokommunismus". Und die Hamburger CDU richtete eine Anfrage an den Senat, in der es hieß: „Ist der Senat — ebenso wie Professor Jens — der Auffassung, daß die Grundrechte des Einzelnen in diesem Lande so gefährdet sind wie niemals zuvor seit Befreiung von natio-



nalsozialistischer Herrschaft? Ist der Senat — ebenso wie Professor Jens — der Auffassung, daß die freiheitlich-demokratische Grundordnung für einen Großteil der kritischen Generation zu einer ‚Panzerfaust des Staates' geworden ist?"

Und entsprechend den CDU-Politikern schoß sich die Springer-Presse auf den Rhetorik-Professor ein. Sein Lehrprogramm charakterisierte die „Welt" demagogisch so: „Mit Kommunisten soll man zusammenarbeiten, den Antikommunismus bekämpfen, Feinde unserer politischen Ordnung zu Lehrern ernennen, diese Ordnung als einen Hohn auf die Verfassung bezeichnen, das Bundesverfassungsgericht mißachten..."

Den Haß der offenen Reaktion hat sich Walter Jens durch eine Haltung erworben, die für einen Mann seiner öffentlichen Stellung in diesem Lande nicht gewöhnlich ist. Jens, international renommierter Wissenschaftler und Autor, nennt sich selbst mit Recht „Radikaldemokrat". Er gehört zu denjenigen unter den führenden bürgerlichen Intellektuellen in Westdeutschland, die sich Mut und kritischen Geist genug bewahrt haben, um gegen reaktionäre Tendenzen und Entwicklungen warnend die Stimme zu erheben: gegen Berufsverbote, Polizeimethoden, Neonazismus. Nun soll auch gegen ihn faktisch ein Berufsverbot verhängt werden.

Es geht doch darum, sagt der Rhetorik-Professor zu den sich scheinbar an Formalien entzündenden Angriffen, einen unbequemen Kritiker mundtot zu machen. „Welch eine Angst vor dem freien Wort."

Vom kriegerischen Lehrer



Da war der Lehrer Huber
Der war für den Krieg, für den Krieg
Wenn er sprach vom Alten Fritzen
Sah man seine Augen blitzen
Aber nie bei Wilhelm Pieck.

Da kam die Waschfrau Schmitten
Die war gegen Dreck, gegen Dreck
Sie nahm den Lehrer Huber
und steckt' ihn in den Zuber
und wusch ihn einfach weg.

Text: Bertolt Brecht
Grafik: George Grosz

Treibjagd gegen „Arbeiterpatre"

Lateinamerika auf der Schwäbischen Alb?

Wenn in den Kirchen auf der Schwäbischen Alb von den „Mühseligen und Beladenen", vom Mitleid mit den Schwachen und Benachteiligten die Rede ist, dann senken die frommen Unternehmer und christlichen Honoratioren in brünstiger Nächstenliebe die Häupter. Und sie lassen es sich nicht nehmen, ihre Groschen zur Förderung der caritativen Sozialwerke, zur Missionierung und zur Speisung der Notleidenden und armen Heidenkinder in der ganzen Welt in die Klingelbeutel und Opferstöcke zu drücken. — Doch nach der Messe schlägt die Stimmung um. Dann nämlich wird die Schrotflinte geladen zur Niederkämpfung des Paters Godehard Fuchs. Denn der „Pater im blauen Anton", wie Fuchs genannt wird, hat es mit der kirchlichen Lehre vom Mitleid und der Anteilnahme am Schicksal der Armen und Niedergedrückten allzu genau genommen.

Pater Fuchs ist indes alles andere als ein Revolutionär. Er ist weder ein neuer Thomas Münzer noch ein Guerilla-Priester lateinamerikanischen Zuschnitts, und er hat den schwäbischen Arbeitern auch nie das Evangelium der Hellebarde, der Pistole oder des Molotow-Cocktails gepredigt. Er hat in einem Fernsehfilm über die württembergische Heuberg-Region, in dem auch die Arbeitsbedingungen in den mittelständischen Betrieben behandelt wurden, lediglich seine Meinung geäußert. Diese Meinung allerdings wich — nicht zuletzt wohl aufgrund der Tatsache, daß Pater Fuchs lange Zeit selbst Arbeiter gewesen und erst über den zweiten Bildungsweg zu Abitur und Priesterstudium gekommen war — etwas von der offiziellen Lehrmeinung der Kirche ab.

In der ausgestrahlten Fernsehsendung sagte der Pater Godehard unter anderem: „Die Struktur des Heuberger Betriebes ist stark patriarchalisch geprägt, das heißt, daß der Chef... noch der unumschränkte Herr ist im Betrieb." Viele Arbeitnehmer, so sagte der Pater, getrauen sich nicht, die durch das Betriebsverfassungsgesetz verbrieften Rechte in Anspruch zu nehmen, „weil man eben Angst vor Repressalien hat". Und überhaupt komme der Mensch „immer ein bißchen zu kurz" in den Heuberger Betrieben.

Die Äußerungen — so unsensationell bescheiden sie im Grunde waren — waren den frommen Herren der Heuberg-Region doch entschieden zuviel. Pater Godehard werde in Zukunft mit der Schrotflinte empfangen, wenn er sich auf dem Heuberg einer Fabrik nähere, warnte der christdemokratische Exportkaufmann Manfred Schäffler den katholischen Industrieseelsorger. Und ein Mann, der sich als Heuberger Unternehmer ausgab, rief den im Krankenhaus liegenden Priester an und wünschte ihm zynisch baldige Genesung, um endlich mit ihm „abrechnen" zu können.

Der CDU-Ortsverband Wehingen sah durch den Film „Randgruppen der Gesellschaft in ihren anders- und Abartigkeiten" ermuntert. Die „Gemeinnützige Vereinigung der Drehteilhersteller" (GVD), ein Zusammenschluß von Heuberger Unternehmern, sprach von „sehr gefährlichen Lügen und Verdrehungen". Der christdemokratische Südwestfunk-Intendant Willibald Hilf entschuldigte sich daraufhin öffentlich für die „Einseitigkeit" des kritisierten Films und kündigte eine positive Wiedergutmachungssendung an.

Wiedergutmachung! Wenn schon aufgrund der vergleichsweise harmlosen Äußerungen eines Paters ein derartiger Wirbel entsteht, was wird dann erst geschehen, wenn die Heuberger Arbeiter einmal selbst mit der Faust auf den Tisch hauen, Forderungen stellen oder gar streiken sollten? Gibt es dann anstatt der Schrotflinte Kanonen? Mehr als die Äußerungen des Paters zeigte die Reaktion der Unternehmer und ihrer Repräsentanten, was in den Heuberger Mittelstandsbetrieben wirklich los ist.

Wiedergutmachung! Mit Wiedergutmachungsvorschlägen eigener Art trat denn auch unverzüglich der besagte christliche Schrotflintenheld und Exportkaufmann, Schäffler, hervor. Er verlangte in einem Telefonat mit dem Rottenburger Bischof die Abberufung des unbequemen Paters Godehard Fuchs. Und selbst Gott, den Allmächtigen, schaltete er ein: Dem Pater Fuchs werde „hoffentlich ein anderer einmal die Epistel verlesen", wünschte er. „Schließlich ist Gottes Reich nicht nur für sozialistische Arbeiterpatres reserviert!" — Berufsverbot nicht nur hienieden soll er kriegen, der „rote Hund" Godehard, sondern auch noch in der Ewigkeit!

Nein, für Arbeiterpatres und Arbeiter ist das Himmelreich tatsächlich nicht reserviert. Es ist für fromme Unternehmer, christliche Honoratioren und andere bürgerliche Patriarchen geschaffen, und sicher ist es genau nach dem Muster eines Heuberger Mittelstandsbetriebes organisiert. In einen solchen Himmel zu kommen, kann sich kein Arbeiter wünschen — es wäre ja die Hölle. Auf dieses Paradies — der brave Pater Godehard mag den Ausdruck verzeihn — ist gepfiffen.

ju.



Herr und Diener

Katholische Kirche unterdrückt Kritik am Verfassungsschutz

...und segnet die Häupter der Spitzel

„Die katholische Kirche in Bayern distanziert sich... mit Nachdruck von der Forderung des BDKJ (Bund der Deutschen Katholischen Jugend) an den Innenminister, die Aktivitäten des Verfassungsschutzes einzudämmen." Mit dieser unterwürfigen Formulierung, die gleichzeitig die Polizeistaatsmethoden rechtfertigt, distanzierte sich die Leitung der bayrischen katholischen Kirche von ihrem eigenen Jugendverband, der am 21. April in einem Schreiben an den bayrischen Innenminister Tandler die Praxis der Berufsverbote und die Spitzeltätigkeit des Verfassungsschutzes kritisiert hatte.

„Ärgert dich dein Auge, reiß es aus!" heißt ein bekannter Bibelspruch. In der katholischen Kirche Bayerns war nun ein Auge aufgemacht, war ein Blick auf die gesellschaftliche Realität des westdeutschen Berufsverbots- und Spitzelstaats geworfen und über das Gesehene gesprochen bzw. ein Brief geschrieben worden: Das war der Kirchenleitung, die Blindheit wünscht, schon zuviel. Das Auge ärgert sie. Und da es nicht so einfach ausreißen konnte, versuchte sie es zuzupressen. Die Kirchenleitung drohte, dem BDKJ die finanziellen Mittel zu entziehen. Es wäre seitens der katholischen Kirche jetzt zu klären, hieß es, ob die politischen Aktivitäten des BDKJs „sich überhaupt noch als kirchliche Jugendarbeit in kirchlicher Verantwortung vertreten lassen und kirchliche Förderung erhalten können." Und das alles wegen dem einen Brief.

In dem Brief hatte es geheißen: „Bereits 1975 stellen wir in der Jugend Tendenzen fest, die man umschreiben kann mit Angst, einen eigenen Standpunkt zu vertreten, Unsicherheit über die eigene Situation und Zukunft, Ohnmachtsgefühl gegenüber übermächtig erscheinenden Institutionen und Resignation." Gerade die Jugend dürfte als kritisches Potential für Kirche und Demokratie nicht verlorengehen. Die Gesellschaft „sollte der Jugend die Möglichkeit belassen, sich auch mit unfertigen oder umstrittenen Meinungen an die Öffentlichkeit zu wagen, ohne negative Sanktionen erwarten zu müssen."

Weiter heißt es: „Wir halten es für wichtig, daß sich Schüler mit Lehrern auseinandersetzen können, die ihnen mit ihrem kritischen Denken ein Vorbild sind. Solche Lehramtsanwärter werden jedoch zunehmend vom Staatsdienst ferngehalten oder durch die Regelanfrage massiven Verunsicherungen und Benachteiligungen ausgesetzt." Der BDKJ fordert schließlich vom bayrischen Innenminister Tandler, „die Aktivitäten des Verfassungsschutzes einzudämmen — besonders im Bereich der gesamten Jugendarbeit — und in Zukunft auf die Regelanfrage zu verzichten."



Samstag, 24. Mai, 19.50 Uhr, Südwest III
In den Sümpfen. Spielfilm aus dem Jahr 1941 (USA). Mit Walter Brennan, Walter Huston, Anne Baxter u.a. Regie: Jean Renoir.

•

Sonntag, 25. Mai, 13.40 Uhr, ARD
Jugendliche im Erziehungsheim. Erster Teil: „Wir wollen die Ketten von inwendig schmieden". — In ihrer dreiteiligen Dokumentarfilmreihe untersuchen Margret Ruthmann und Gerhard Tockan die Praxis der Heimerziehung.

•

Sonntag, 25. Mai, 22.40 Uhr, ARD
Ludwig van Beethoven: Sinfonie Nr. 9 d-Moll. Es spielen die Wiener Philharmoniker unter der Leitung von Leonhard Bernstein. Die 9. Sinfonie ist eines der großartigsten und mitreißendsten Werke des genialen Komponisten. **Einige Radiosendungen übertragen die Aufführung synchron in Stereo.**

•

Montag, 26. Mai, 20.15 Uhr, ARD
Trafic. In diesem Film rechnet der französische Komiker Jaques Tati („Die Ferien des Monsieur Hulot") mit den „Segnungen" der modernen Technik ab.

•

Dienstag, 27. Mai, 19.30 Uhr, ZDF
Ritt zum Ox-Bow. William Wellmans kritischer Western von 1943 ist stark von antifaschistischen Ideen geprägt, die zu jener Zeit auch viele Hollywood-Regisseure beeinflußten. In den Hauptrollen: Henry Fonda und Anthony Quinn.

•

Freitag, 30. Mai, 23.05 Uhr, ZDF
Schmutziger Lorbeer. Mark Robson drehte mit diesem Streifen von 1956 den klassischen Film über die Korruption im amerikanischen Boxsport. Mit Humphrey Bogart und Rod Steiger.

Polizeiterror in Boxberg

Mit Chemischer Keule gegen Bauern

Weil sie gegen den Bau einer Teststrecke der Daimler-Benz-Werke auf einer Fläche von über 600 Hektar besten Ackergrundes protestierten, wurden Boxberger Bauern von der Polizei unter anderem mit Chemical Mace traktiert. Über zwanzig Demonstranten erlitten Augenreizungen, Prellungen und Schleimhautschwellungen, die vom Arzt behandelt werden mußten.

Anlaß der Auseinandersetzungen war eine Sitzung des Boxberger Gemeinderates am Montag letzter Woche, in der über die Teststrecke entschieden werden sollte. Als Bürgermeister Franz Zipperle und die Mitglieder des Gemeinderates den als Ratssaal dienenden Aufenthaltsraum des Boxberger Schulzentrums betraten, stellten sie fest, daß ihre Plätze schon besetzt waren. Die im „Bundschuh" organisierten Bauern der Umgebung, die sich schon seit über zwei Jahren gegen die Teststrecke wehren, hatten die Sessel des Gemeinderates eingenommen. Die Bundschuh-Bauern forderten die Gemeinderäte auf, nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg ein solch riesiges Industrieprojekt zu planen. Die Verantwortlichen sollten „den Weg der Selbstausrottung durch maßloses Betonieren, Vergiften und Ausplündern" verlassen.

Die Bauern weigerten sich, die Plätze zu räumen, bis die Sitzung und damit ein Beschluß über ihre Zukunft verhindert sei. „Wir haben zu dieser Form des gewaltlosen Widerstands gegriffen, weil wir nicht mehr an eine Diskussion zwischen Gemeinderat und betroffenen Bauern glauben", sagte einer von ihnen.

Auch nachdem das Gemeinderatsgremium in den benachbarten Musiksaal umgezogen war, wurde die Sitzung durch Pfiffe und Zwischenrufe der inzwischen rund 200 Teststreckengegner so nachhaltig gestört, daß die Sitzung vertagt wurde, ohne daß ein Beschluß über den Flächennutzungsplan gefaßt werden konnte. Als der Bürgermeister Zipperle anschließend mit seinem Auto wegfahren wollte, um Diskussionen auf dem Parkplatz vor dem Schulzentrum zu entgehen, ließen sich Bauern vor seinem Fahrzeug zu einem Sitzstreik nieder.

Nun kam die Stunde der Polizei; die mittlerweile zum Schulzentrum beorderten Polizeibeamten griffen ein. Die auf dem Boden sitzenden Männer und Frauen wurden teilweise an den Haaren beiseitegezerrt. Aus einer Entfernung von teilweise nur wenigen Zentimetern wurde ihnen Chemical Mace in die Augen gesprüht. Nach Augenzeugenberichten ist in dieser fränkischen Gegend die Polizei noch nie mit einer solchen Brutalität gegen die Bevölkerung vorgegangen.



Am Ortseingang eines Dorfes in der Nähe von Boxberg

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 **BOCHUM,** Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37, geöffnet: Do 16-18.30 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

6100 **DARMSTADT,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 1, Parteibüro der KPD/ML, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel. 0231/83 23 28, geöffnet: Mo-Fr 17-19 Uhr, Sa 10-13 Uhr.

4100 **Duisburg** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203/44 30 14

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/77 12 00, geöffent: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr

7800 **FREIBURG,** Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen" Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

3000 **HANNOVER,** Parteibüro der KPD/ML, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 **HEILBRONN,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

7500 **KARLSRUHE** 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve", Goethestraße 25 b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr. Tel.: 0721/84 84 08.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18.30, Sa 10-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37a, Tel.: 0221/55 49 56, geöffnet: Di, Do und Fr 17-18.30 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 5, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstr. 13, Tel.: 089/26 75 54, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

8500 **NÜRNBERG,** Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi-Fr. 16-18, Sa 11-13 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 16-18, Sa 10-13 Uhr.